

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Hauptausschuss

86. Sitzung
7. Oktober 2015

Beginn: 11.00 Uhr
Schluss: 19.19 Uhr
Vorsitz: Frédéric Verrycken (SPD);
zweitweise Joachim Esser (GRÜNE);
zeitweise Monika Thamm (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Informationen und Beschlüsse zu den Komplexen

- Mitteilungen des Vorsitzenden,
 - Überweisungen an die Unterausschüsse,
 - Konsensliste,
 - sonstige geschäftliche Mitteilungen,
- soweit nicht in der Ausschusssitzung darüber diskutiert wurde,
sind gegebenenfalls im Beschlussprotokoll verzeichnet.

Darüber hinaus hat der Ausschuss besprochen:

Vorsitzender Frédéric Verrycken erinnert daran, in der Sprecherrunde sei vereinbart worden, dass die Tagesordnungspunkte 1 – Stichworte: Sachstand Bund-Länder-Finanzbeziehungen – und 2 – Stichworte: Sachstand Vereinbarung Bund zum Thema Flüchtlinge – zur Sitzung am 14. Oktober vertagt würden.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Vorsitzender Frédéric Verrycken schlägt vor, bei der Beratung von Tagesordnungspunkt 10 solle Kapitel 2705 – Aufwendungen der Bezirke – Inneres und Sport – nach Kapitel 0512 – Sportforum behandelt werden.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Vorsitzender Frédéric Verrycken macht darauf aufmerksam, dass als Tischvorlage die Berichtsansträge der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU – rote Nr. 1900 Z – sowie die ersten Berichtsansträge der Fraktion Die Linke – rote Nr. 1900 AA – verteilt worden seien.

Franziska Becker (SPD) bittet darum, dass der im Zusammenhang mit Kapitel 0505 – Senatsverwaltung für Inneres und Sport – Landesweite, zentrale E-Government- und IT-Maßnahmen – aufgeführte Bericht rote Nr. 1665 C zur zweiten Lesung des Einzelplans 05 am 11. November vertagt werde, weil der Ausschuss IT Dat sich noch nicht mit dem Bericht befasst habe. Darüber hinaus bitte sie darum, den im Zusammenhang mit Kapitel 0565 – Berliner Feuerwehr – Service – zu beratenden Bericht rote Nr. 1468 H – Stichwort: STEMO – ebenfalls zur zweiten Lesung des Einzelplans 05 zu vertagen, weil der Fachausschuss zu der Thematik eine Anhörung durchführe.

Der **Ausschuss** beschließt jeweils entsprechend.

Bruni Wildenhein-Lauterbach (SPD) beantragt, die Behandlung von Tagesordnungspunkt 5 – Stichworte: Petition Nr. 5687/1 – solle bis nach den Haushaltsberatungen vertagt werden.

Fabio Reinhardt (PIRATEN) weist darauf hin, dass der Fach- sowie der Unterausschuss einvernehmliche Empfehlungen dazu vorgelegt hätten. Ihm erschließe sich deshalb nicht, weshalb das Thema heute nicht behandelt werden solle.

Steffen Zillich (LINKE) ergänzt, der zuständige UA Bmc habe seine Empfehlung bereits am 25. März abgegeben. In Anbetracht dessen, dass es sich in der Sache um eine Petition handle, bitte er dringend darum, dass der Ausschuss Stellung nehme, wenngleich ihm bewusst sei, dass das politische Problem dadurch nicht gelöst werde.

Torsten Schneider (SPD) betont, selbstverständlich sei die Beschlussempfehlung des Unterausschusses bekannt. Der Petitionsausschuss sei rechtlich und politisch nicht gehindert, eine Stellungnahme des Hauptausschusses abzuwarten, obwohl eine des Unterausschusses vorliege. – Im Übrigen dürfte auf der Hand liegen, dass die Koalitionsfraktionen internen Beratungsbedarf hätten.

Der **Ausschuss** beschließt mehrheitlich, Tagesordnungspunkt 5 werde zur Sitzung am 9. Dezember 2015 vertagt.

Steffen Zillich (LINKE) macht darauf aufmerksam, dass die jeweiligen Fachausschüsse die zweite Lesung für Kapitel 0510 – Senatsverwaltung für Inneres und Sport – Sport –, Kapitel 0511 – Olympiapark – und Kapitel 0520 – Senatsverwaltung für Inneres und Sport – Verfassungsschutz – noch nicht durchgeführt hätten. Er gehe deshalb davon aus, dass diese Kapitel komplett zur zweiten Lesung zurückgestellt würden.

Vorsitzender Frédéric Verrycken bestätigt, dass so verfahren werde.

Finanzen – 15

Punkt 1 der Tagesordnung

Sachstand Neuordnung der Bund-Länder- Finanzbeziehungen - mündlicher Bericht von SenFin

Vertagt zur Sitzung am 14. Oktober 2015 – siehe „Vor Eintritt in die Tagesordnung“.

Punkt 2 der Tagesordnung

Sachstand der Vereinbarungen mit dem Bund zum Thema Flüchtlinge - mündlicher Bericht von SenFin

Vertagt zur Sitzung am 14. Oktober 2015 – siehe „Vor Eintritt in die Tagesordnung“.

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Beschlussfassung über Empfehlungen
des Unterausschusses „Vermögensverwaltung“ zu
Vorlagen – zur Beschlussfassung –
gemäß § 38 GO Abghs
- b) Beschlussfassung über eine Empfehlung
des Unterausschusses „Vermögensverwaltung“ zu
Unterrichtung gemäß § 64 Absatz 2 Satz 1 Nr. 8
i. V. m. Absatz 9 sowie § 112 Absatz 2 LHO

Es liegt keine Beschlussempfehlung vor.

Punkt 4 der Tagesordnung

Schreiben SenFin – II LIP Bu – vom 24.09.2015
**1. Umbau des Schulgebäudes und Einbau einer
Fluchttreppe Bürgermeister-Herz-GS**
**2. Umbau Mehrgenerationenhaus und
Familienzentrum, Cuvrystraße**
**Antrag auf Freigabe von nach § 24 Abs. 3 LHO
gesperrt veranschlagten Ausgaben bei Maßnahmen
des Sondervermögens Infrastruktur der
Wachsenden Stadt (SIWA)**
betr. Auflage Nr. II. A. 28 und 90.b – Drucksache
17/1400 zum Haushalt 2014/15

[2379](#)
Haupt

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Schreiben rote Nr. 2379 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Gesundheit und Soziales – 11

Punkt 5 der Tagesordnung

- | | |
|--|---|
| a) Petition Nr. 5687/17
Vertrauliches Schreiben Vors. Pet vom 11.02.2015
m.d.B. um Stellungnahme
(in der 74. Sitzung vom 25.03.2015 an den UA
Bmc zur Vorberatung überwiesen) | 1791
Haupt
Vertrauliche
Beratung |
| b) Vertrauliche Empfehlung des UA Bmc vom 16.04.2015
zur Petition Nr. 5687/17 | 1791 A
Haupt
Vertrauliche
Beratung |
| c) Petition Nr. 5687/17
Vertrauliches Schreiben Vors. Pet vom 23.04.2015
mit einer ergänzenden Zuschrift zur Petition Nr.
5687/17 | 1791 B
Haupt
Vertrauliche
Beratung |

Vertagt zur Sitzung am 9. Dezember 2015 – siehe „Vor Eintritt in die Tagesordnung“.

Punkt 6 der Tagesordnung

Antrag der Piratenfraktion	1802
Drucksache 17/2101	Haupt
Geflüchteten den Zugang zu Gesundheitsleistungen gewähren	GesSoz

Vorsitzender Frédéric Verrycken verweist auf die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales vom 28. September 2015, wonach der Antrag in neuer Fassung und mit neuer Überschrift angenommen werden solle.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus einstimmig ohne Aussprache, der Antrag Drucksache 17/2101 solle in neuer Fassung und mit neuer Überschrift angenommen werden.

Stadtentwicklung und Umwelt – 12

Punkt 7 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –	1916
Drucksache 17/2337	Haupt
Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 1-92VE	BauVerk

Vorsitzender Frédéric Verrycken verweist auf die einstimmige, dringliche Beschlussempfehlung des Ausschusses Bauen und Verkehr vom 16. September 2015, die Vorlage – zur Beschlussfassung – solle angenommen werden.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus ohne Aussprache, die Vorlage – zur Beschlussfassung – solle angenommen werden.

Punkt 8 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –	2068
Drucksache 17/2456	Haupt
Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 1-64a VE	BauVerk
(vorab überwiesen – auf Antrag des Senats)	

Vorsitzender Frédéric Verrycken verweist auf die mehrheitliche Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bauen und Verkehr vom 30. September 2015, die Vorlage – zur Beschlussfassung – solle angenommen werden.

Steffen Zillich (LINKE) regt an, die Vorlage solle an den Unterausschuss „Vermögen“ überwiesen werden, weil es um Sachverhalte gehe, deren Grundlage der sogenannte Mauerparkvertrag sei. Auch dieser sei im Unterausschuss beraten worden.

Vorsitzender Frédéric Verrycken macht darauf aufmerksam, dass der zuständige Staatssekretär nicht anwesend sei. Insofern halte er es für einen praktikablen Vorschlag, den Vorgang an den Unterausschuss zu überweisen.

Michael Freiberg (CDU) unterstreicht, dass seitens der CDU-Fraktion der Vorlage zugestimmt werden solle, weil darüber im Fachausschuss hinreichend diskutiert worden sei. Im Übrigen sei der Staatssekretär für Finanzen anwesend.

Der **Ausschuss** lehnt es ab, dass der Vorgang in den Unterausschuss „Vermögen“ überwiesen werde.

Vorsitzender Frédéric Verrycken begrüßt Herrn Staatssekretär Lütke Daldrup.

Steffen Zillich (LINKE) schickt voraus, ihn interessierten in diesem Ausschuss die finanz-, vermögens- und beteiligungspolitischen Auswirkungen dieses Vorgangs für das Land Berlin. Er müsse sich in diesem Zusammenhang auf den Mauerpark-Vertrag beziehen. In dem in Rede stehenden vorhabenbezogenem Bebauungsplan würden viele Verpflichtungen deshalb nicht eingegangen, weil die Sicherung von Rechten im sogenannten Mauerpark-Vertrag versäumt worden sei. Er bitte die Finanzverwaltung deshalb um eine vermögensrechtliche Bewertung des Vorgangs. Was bringe das Land Berlin in den Gesamtkomplex ein und was erhalte es? Er verweise diesbezüglich auf die Stellungnahme der Finanzverwaltung, die in der Drucksache enthalten sei und in der darauf eingegangen werde, dass die Inhalte des Durchführungsvertrages und des Mauerpark-Vertrags nicht viel mit dem Modell der kooperativen Baulandentwicklung zu tun hätten. Dabei solle versucht werden, Infrastrukturkosten als Gegenwert für die Schaffung von Baurecht und Verwertungsmöglichkeiten auf den Investor zu übertragen. Im konkreten Fall werde dargestellt, Schulplätze seien nicht nötig, Spielplätze würden an anderer Stelle bereits von der DEWEWO geschaffen und die Erschließungsstraße finanziere das Land Berlin und nicht der Vorhabenträger. Er bitte um eine Erläuterung dieses Spannungsfeldes. Der Verweis, dass das Land Berlin sich bereits zu bestimmten Dingen verpflichtet habe und deshalb jetzt diesen Bebauungsplan machen müsse, reiche ihm nicht aus.

Joachim Esser (GRÜNE) schließt sich den gestellten Fragen an, wobei absehbar sei, dass die Koalition beabsichtige, die Angelegenheit durchzuziehen.

Die Fraktion der Grünen werde sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten. Wenn frei über die Bebauung entschieden werden könnte, würde sich seine Fraktion allerdings für eine andere Art der Bebauung entscheiden. Es würden nicht 58 000 m² Bruttogeschossfläche – BGF – gebaut werden, sondern 40 000 m² BGF, was eine grüne Durchwegung ermöglichte und auch den Konflikt mit dem Kinderbauernhof entschärfte. Außerdem würde eine andere Form der sozialen Bodennutzung im Rahmen eines städtebaulichen Vertrages verankert werden und die eine oder andere Einwendung seitens der Bürger gegen den Bebauungsplan berücksichtigt werden. Aus Sicht seiner Fraktion erhalte man städtebaulich nicht das, was es geben könnte. Dies liege daran, dass es Bindungen aus der Vergangenheit gebe.

Es könne nicht ignoriert werden, dass die vorherige große Koalition mit dem Vertrag mit der Allianz-Stiftung über den Mauerpark eine Zwangslage geschaffen habe. Damals habe man vor der Frage gestanden, ob für die verbliebenen Grundstücke volle Grundstückspreise für ein Stück Wiese gezahlt werden sollten oder ob der Versuch unternommen werden sollte, diese

gegen Baurechte einzutauschen. Letztlich sei man in einer Naturaltauschsituation gelandet, die zur Folge gehabt habe, dass ein normales Bebauungsplanverfahren im Prinzip gar nicht habe stattfinden können. Selbst die Exekutive könne nicht das machen, was sie sonst machen würde. Aus seiner Sicht sei die Gesamtsituation städtebaulich komplett unbefriedigend, er nehme aber zur Kenntnis, dass bereits im Jahr 2012 Bindungen eingegangen worden seien, die Änderungen substanzieller Art nicht erlaubten. Insofern müssten Wohnungen unter Bedingungen geschaffen werden, die finanziell, sozial und städtebaulich nachteilig seien. In Anerkennung dieser Gemengelage werde sich seine Fraktion enthalten.

Staatssekretär Klaus Feiler (SenFin) wirbt dafür, dass die Finanzverwaltung keine Gesamtdarstellung abgeben müsse. Der Senat habe einen einstimmigen Beschluss gefasst, es liege ein Votum des Fachausschusses vor und die Finanzverwaltung habe den Vorgang mitgezeichnet, weshalb er keine Notwendigkeit für eine erneute Bewertung sehe.

Michael Freiberg (CDU) wiederholt, die Koalitionsfraktionen würden der Vorlage zustimmen. Gleichwohl sei es in Ordnung, wenn in der Sache unterschiedliche Positionen vertreten würden.

Steffen Zillich (LINKE) vertritt die Auffassung, das Vorliegen eines Senatsbeschlusses bedeute nicht das Ende der Auskunftspflicht gegenüber dem Parlament. In diesem Ausschuss gehe es um finanzielle und vermögensrechtliche Bewertungen. Dafür sei es notwendig, dass der Senat die Folgen einer Zustimmung zu diesem Bebauungsplan einschätze. Es befremde ihn, dass es offenbar nicht möglich sei, diese Einschätzung abzugeben.

Er frage deshalb, ob es zutreffe, dass das Land Berlin mit dem Grundstücksdeal an die CA Immo bzw. mittlerweile an die Groth Gruppe 3,58 Mio. Euro gezahlt habe? Treffe es weiterhin zu, dass sich das Land Berlin dazu verpflichtet habe, 1,25 Mio. Euro für die Sanierung des Gleimtunnels aufzubringen, ohne dass sich der Vorhabenträger daran beteilige? Werde das Land Berlin für die innere Erschließung der Wohnanlage 160 000 bis 200 000 Euro – gleich dem 10-prozentigen Anteil – aufbringen? Habe sich das Land Berlin dazu verpflichtet, 350 000 Euro für den Umbau der Gleimstraße aufzubringen? Treffe es darüber hinaus zu, dass der Spielplatz, zu dessen Herrichtung sich der Vorhabenträger verpflichtet habe, bereits vorhanden sei, aufgrund des Bauvorhabens weichen müsse und lediglich wieder errichtet werde? Treffe es zu, dass es dem Land Berlin nicht gelungen sei, eine Beteiligung des Vorhabenträgers an sozialer Infrastruktur wie Schulen, Senioren- und Jugendfreizeiteinrichtungen vertraglich festzulegen, sondern lediglich für den Bereich Kita? Was sei der Grund dafür, dass als öffentlicher Partner für den Bau der geförderten Wohnungen die GEWO BAG in Aussicht gestellt werde und nicht die DEGEWO oder die HOWOGE, die dort angrenzend größere Bestände hätten? Welche Vereinbarungen bestünden über die Konditionen des Verkaufs der dort errichteten Bestände an die GEWO BAG? Wie streng sei die Verpflichtung, einen Verkauf von Wohnungen an eine öffentliche Wohnungsbaugesellschaft vorzunehmen, wenn im Durchführungsvertrag lediglich darauf verwiesen werde, dass Verhandlungen darüber stattfänden? – Diese Fragen könnten auch schriftlich beantwortet werden. Dadurch würde kein Zeitverzug entstehen, denn nach Stand von heute Morgen werde aufgrund von Geschäftsordnungsproblemen ohnehin nicht morgen im Plenum über den Vorgang befunden werden.

Joachim Esser (GRÜNE) stellt heraus, seine Fraktion habe die Vorgeschichte nicht zu beantworten. Deshalb trete er auch nicht für die Folgen ein. – Er glaube, dass die Finanzverwal-

tung von Rechts wegen mit der Angelegenheit nicht so umgehen könne, wie es gerade praktiziert worden sei. Er wolle wissen, ob der gesamte Prozess aus Sicht der Finanzverwaltung als wirtschaftlich vorteilhaft anzusehen sei gegenüber der Alternative, die einst bestanden habe, nämlich die Gewerbegrundstücke zu kaufen. Eine derartige Abwägung und deren Darstellung seien Pflicht des Senats. Darüber hinaus interessiere ihn, wie der Stand der Dinge hinsichtlich des 22,5-prozentigem öffentlichen Wohnungsbestands zwischen der Groth Gruppe und der GEWOBAG aussehe. Auf welche Art und Weise kämen die 22 Prozent Studentisches Wohnen zusammen? Der Ausschuss habe keine konkreten Kenntnisse darüber, unter welchen konkreten Bedingungen der Übergang stattfinden solle. Es bedürfe einer Kaufvereinbarung für den Übergang der errichteten Bestände.

Michael Freiberg (CDU) weist darauf hin, dass bestimmte vom Kollegen Zillich gestellte Fragen der Vertraulichkeit unterlägen. – [Zurufe] – Er gehe davon aus, dass die im Fachausschuss gestellten Fragen beantwortet und anschließend ein Beschluss gefasst worden seien. Deshalb stelle sich jetzt die Frage, ob demokratische Mehrheiten respektiert würden. Ihn verärgere es deshalb, dass die Fachdebatte erneut im Hauptausschuss geführt werde.

Er erinnere daran, dass zuzeiten des Westberliner Abgeordnetenhauses auch darüber diskutiert worden sei, ob erste und zweite Lesung an einem Tag in einer Sitzung stattfinden dürfe. Die damalige Abgeordnete der Grünen Künast habe damals vertreten, dass dies machbar sei.

Joachim Esser (GRÜNE) kritisiert, dass der Abgeordnete Freiberg ständig inhaltliche Debatten durch formale ersetze und dabei auch noch versuche, Demokratieunterricht zu erteilen.

Zu einer demokratischen Entscheidung gehöre ein demokratisches Prozedere. Der in Rede stehende Vorgang sei jedoch belastet, weil der Senat die Angelegenheit in dem Moment an sich gezogen habe, als ein Volksentscheid gedroht habe. Er stelle gar nicht infrage, dass die Angelegenheit von gesamtstädtischer Bedeutung sei, stelle jedoch gleichzeitig fest, dass sich durch dieses Vorgehen die Position gegenüber denjenigen, die bei umstrittenen Bauvorhaben jeweils forderten, dass alles beim Alten bleiben müsse, nicht verbessere. Dieser Vorgang stärke das Vertrauen in die Politik nicht. Aufgrund der Verbindungen sei den substanziellen Bürgereinwendungen nicht nachgegeben worden, weil daraus finanzielle Folgen erwachsen wären. Aufgrund der Verbindungen seien Mieteinnahmen im Umfang von nahezu 5 Mio. Euro faktisch garantiert worden.

Darüber hinaus sei die Demokratie im Parlament ausgehebelt, denn im Normalfall könne ein Bebauungsplan abgelehnt und der Senat aufgefordert werden, einen neuen vorzulegen. Im konkreten Fall gehe dies jedoch nicht, weil beispielsweise die Baumasse nicht reduziert werden könne, da ansonsten wirtschaftlich das geschmälert werde, wozu sich das Land Berlin gegenüber den Eigentümern längst verpflichtet habe.

Nunmehr werde auch noch einem Kollegen entgegengehalten, er dürfe bestimmte Fragen nicht stellen, weil sie vertrauliche Aspekte beträfen, obwohl er zuvor beantragt habe, den Vorgang in einen vertraulich tagenden Ausschuss zu überweisen, was jedoch von den Koalitionsfraktionen abgelehnt worden sei. – Zum Argument Wiederholung der Debatte des Fachausschusses stelle er fest, dass die Fachpolitiker seiner Fraktion aus städtebaulichen Gründen gegen den B-Plan-Entwurf gestimmt hätten. Nach der gestrigen Fraktionssitzung werde sich die Fraktion der Grünen jedoch der Stimme enthalten, weil in der Debatte auf den Gesamtzu-

sammenhang hingewiesen worden sei. Es nütze nichts, etwas anderes zu wollen, wenn es gar nicht umgesetzt werden könne. Daraus werde deutlich, dass die Debatte nicht einfach wiederholt werde. Deshalb sei auch die Frage völlig berechtigt, ob der gesamte Vorgang vermögenspolitisch von Vorteil gewesen sei. Der Senat müsse nachweisen, ob es nicht besser gewesen wäre, die Wiesen zu den Preisen wie am Potsdamer Platz zu kaufen.

Aus seiner Sicht könne die erste und zweite Lesung lediglich dann an einem Tag durchgeführt werden, wenn dies im Einvernehmen geschehe. Wenn dies jedoch strittig gestellt werde, sollte darauf verzichtet werden.

Torsten Schneider (SPD) betont, die SPD-Fraktion habe ein großes Interesse daran, die aufgeworfenen Fragen gründlich und gelassen zu diskutieren. Allerdings werde sie es nicht mitmachen, einen Jahrzehnte währenden Prozess durch Trickereien mit der Geschäftsordnung um einige Wochen zu verzögern. Wenn es erforderlich sei, die aufgeworfenen Fragen in vertraulicher Sitzung zu behandeln, sei er damit einverstanden und sehe dabei auch kein zeitliches Limit.

In der morgigen Plenarsitzung würden vermögensrechtliche Fragen eine untergeordnete Rolle spielen. Die Linksfraktion werde dabei die Fragen beantworten müssen, weshalb sie die Bürgerbeteiligung verhindert habe. Die SPD-Fraktion habe sich gewünscht, dass die Bürger gerade im Hinblick auf das Thema Mauerpark ernst genommen würden und man darüber länger ins Gespräch gekommen wäre. Damals hätten jedoch Die Linke und die Grünen ein Veto dagegen eingelegt.

Staatssekretär Klaus Feiler (SenFin) schickt voraus, die fachlichen Fragen werde Kollege Lütke Daldrup beantworten. – Aus Sicht der Finanzverwaltung weise er darauf hin, dass es nach einem langen Prozess einen Senatsbeschluss gebe, nachdem zuvor Abwägungen getroffen worden seien. Die notwendigen Mittel seien im Haushaltsplanentwurf in Kapitel 1210 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt – Stadt- und Freiraumplanung – in Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben – eingestellt. Die Finanzverwaltung werde sich davon nicht distanzieren oder irgendwelche anderen Abwägungen treffen. Er fühle sich an das Senatsvotum gebunden.

Staatssekretär Dr. Engelbert Lütke Daldrup (SenStadtUm) bemerkt, die Senatsverwaltung erachte den Bebauungsplan städtebaulich für sehr gelungen. Es würden etwa 700 Wohnungen geschaffen – inklusive der Wohnungen für studentisches Wohnen –, wovon 22,5 Prozent gefördert würden. Darüber hinaus werde sichergestellt, dass ein erheblicher Teil der Flächen dauerhaft dem Mauerparkareal zugeführt werde.

Das Abgeordnetenhaus habe am 8. November 2012 dem sogenannten Mauerpark-Vertrag zugestimmt. Das Land Berlin müsse danach der CA Immo als damaligem Eigentümer der Liegenschaften des früheren Güterbahnhofs einen Betrag von 3,82 Mio. Euro erstatten. Davon seien bereits 667 000 Euro erstattet worden, die für Planungskosten im Vorfeld sowie entgangenem Gewinn durch Freimachung und Leerstand gezahlt worden seien. Weiterhin müsse das Land Berlin die Kosten für die öffentliche Straße im Umfang von 10 Prozent tragen, was nach aktuellem Kenntnisstand rund 160 000 Euro betragen werde. Am Gleimtunnel seien Umbaumaßnahmen erforderlich, die mit voraussichtlichen Kosten in Höhe von 1,52 Mio. Euro zu Buche schlugen. Wenn diese realisiert würden, sei die Deutsche Bahn Nutznießer. Darüber

hinaus solle die Gleimstraße verändert werden, wofür die Kosten auf 325 000 Euro geschätzt würden.

Zur sozialen Infrastruktur: Zum Zeitpunkt des Abschlusses des Mauerpark-Vertrages habe es noch kein Berliner Modell gegeben. Dieses sei erst im August 2014 eingeführt worden. Im Berliner Modell gehe es im Kern um den Bedarf von Kindern in den Bereichen Schule und Kindertagesstätten. Das Schul- und Sportamt des Bezirks Mitte habe ermittelt, dass der Bedarf von 68 Grundschulplätzen in bestehenden Einrichtungen abgedeckt werden könne. Der Spielplatzumbau koste rund 100 000 Euro und werde vom Vorhabenträger finanziert.

Die geförderten Wohnungsanteile seien von der GEWO BAG erworben worden, zumindest habe der Aufsichtsrat dazu die erforderlichen Beschlüsse gefasst. Der Erwerb habe zu den üblichen geltenden Obergrenzen stattgefunden. Es handele sich um einen Standort mit einem erheblichen Grundstückskostenanteil und einem relativ hohen Wohnungsstandard. Insofern sei die Angelegenheit aus seiner Sicht eine finanzpolitisch vorteilhafte Regelung.

Joachim Esser (GRÜNE) wirft die Frage auf, was aus Titel 67101 im Jahr 2017 finanziert werden solle. – Im Zusammenhang mit der GEWO BAG bitte er um einen Bericht, in dem beantwortet werde, zu welchen Konditionen das Geschäft vollzogen worden sei, welche Förderung aus dem Haushalt in die Objekte fließen werde und zu welcher Mieterstruktur dies in dem Wohnungsbestand der GEWO BAG an dem Standort führen solle.

Vorsitzender Frédéric Verrycken schlägt vor, der Bericht sollte zur zweiten Lesung des Einzelplans 12 am 18. November erstellt werden.

Steffen Zillich (LINKE) bittet darum, dass in dem Bericht auch auf die erwähnten hohen Grundstückskosten eingegangen werde, da die Bewertung des Grundstückes durch den Bebauungsplan beeinflusst werde. Es sei doch gerade die Frage, ob es wirtschaftlich sei, hohe Grundstückskosten, die erst durch die Schaffung von Planungsrecht entstünden, an anderer Stelle bei der öffentlichen Hand abzuladen. – Für ihn stehe weiter die Frage im Raum, weshalb die GEWO BAG gewählt worden sei. Seines Wissens sei auch mit anderen Wohnungsbauengesellschaften gesprochen worden, deren Bestände sich näher an der in Rede stehenden Liegenschaft befänden. Er bitte um Beantwortung. Darüber hinaus bitte er um eine Einschätzung des Senats, inwieweit es gelungen sei, privaten Gewinn durch die Schaffung von Planungsrechts im Saldo abzuschöpfen.

Dass die Schaffung des Spielplatzes für die öffentliche Hand kostenneutral sei, glaube er gern, denn der Spielplatz sei bereits vorhanden, er komme jetzt aber weg und werde anschließend wieder errichtet. Spannend wäre es nur, wenn diese Wiedererrichtung als Leistung des Privaten angerechnet werde würde. Dem sei aber offenbar nicht so.

Die Senatsfinanzverwaltung sei ausweislich ihrer Stellungnahme zunächst nicht davon überzeugt gewesen, dass die Schaffung von Baurecht gleichwertig mit dem sei, was der private Investor für Infrastrukturleistungen aufbringe. Er erwarte eine Einschätzung, inwieweit es dem Land Berlin gelungen sei, eine Wertabschöpfung für die Schaffung von Baurecht zu erreichen.

Torsten Schneider (SPD) erklärt, er unterstütze die Berichtsbitten. Die SPD-Fraktion habe darüber hinaus ein Interesse daran, dass dargestellt werde, was aus der Idee der Errichtung einer Stiftung geworden sei, die Geld habe sammeln wollen und den Aufkauf von Flächen geplant habe.

Stefanie Remlinger (GRÜNE) erinnert daran, dass die „Mauerpark Stiftung Welt-Bürger-Park“ allein deshalb nicht erfolgreich habe starten können, weil bei der Gründungsversammlung die örtliche SPD-Abteilung mit 15 Mitgliedern aufgetreten sei und die Stiftung von innen heraus „platt gemacht hat“. Sie rate davon ab, die Stiftung lächerlich zu machen. Für sie handele es sich um ein sehr lehrreiches Beispiel, wie man Bürgerengagement kaputt machen könne.

Torsten Schneider (SPD) bekundet, es sei ihm völlig egal, was der Senat über irgendwelche SPD-Abteilungen in den Bericht schreibe. Er wolle lediglich eine Bewertung, ob die Stiftung volkswirtschaftlich für das Land Berlin eine Alternative gewesen wäre.

Staatssekretär Dr. Engelbert Lütke Daldrup (SenStadtUm) weist darauf hin, das Baugesetzbuch sehe keine Abschöpfung von Planungsgewinnen vor. Es könnten lediglich Folgekostenvereinbarungen getroffen werden, worüber er bereits berichtet habe. Die Grundfrage, was am Mauerpark ökonomisch und planerisch geschehen solle, sei vom Abgeordnetenhaus im Jahr 2012 im Rahmen des sogenannten Mauerpark-Vertrags beschlossen worden. – Die GEWOBAG habe ein Vertragsverhältnis mit der Groth Gruppe geschlossen. Der Senat sei nicht der Auffassung, dass er dirigieren müsse, welche Wohnungsbaugesellschaft einen Vertrag abschließe. Dem Senat gehe es darum, dass geförderter Wohnungsbau zu vernünftigen Konditionen entstehe. Die geltende Förderrichtlinie sei vom Ausschuss vor der Sommerpause behandelt worden. Sie sei Grundlage der Förderentscheidung, die der Bewilligungsausschuss der IBB sowie die Projektleitstelle der Senatsbauverwaltung zu treffen hätten.

Joachim Esser (GRÜNE) erklärt, er sei mittlerweile in seiner Auffassung bestärkt, dass im Rahmen der zweiten Lesung des Einzelplans 12 über den GEWOBAG-Vorgang diskutiert werden müsse. – Die Frage von Herrn Schneider könne bereits heute beantwortet werden: Wenn es Bürgern gelungen wäre, Geld zu sammeln, um die Wiese zu kaufen, wäre dies für den Haushalt vorteilhaft gewesen. Es sei ihnen jedoch nicht gelungen.

Steffen Zillich (LINKE) glaubt, es sei absurd, dass darauf verwiesen werde, den Senat interessiere nicht, welche der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften welches Projekt umsetze und ansonsten gebe es Förderbedingungen. Selbstverständlich diskutierten der Ausschuss sowie seine Unterausschüsse darüber, weshalb welche Gesellschaft welches Projekt umsetze, wie günstig dies sei und wie der Senat als Eigentümer mit den Gesellschaften umgehe. Wenn das Verhältnis zwischen der Förderung und den Konditionen in irgendeiner Form für die Entscheidung bedeutend sei, dann müsse darüber diskutiert werden.

Er vertrete die Auffassung, dass sich der Senat nicht einfach vom Feld stehlen und behaupten könne, das Baugesetzbuch sehe keine Abschöpfung von Bauplanungsgewinnen vor. Es gehe um eine wirtschaftliche Gegenüberstellung dessen, was in der Folge von Schaffung von Baurecht dem Investor finanziell zugutekomme, seinen Leistungen für die Infrastruktur des Landes sowie dem, was sich das Land Berlin ohnehin bereits verpflichtet habe zu zahlen. Dies

müsse einander gegenübergestellt werden. Für ihn sei die Antwort auf diese Frage eine Entscheidungsgrundlage.

Torsten Schneider (SPD) verweist auf die Beschlusslage des Abgeordnetenhauses, wonach nach § 1 Abs. 5 Satz 1 Baugesetzbuch des Bundes und dem Münchener Modell Bodenwerte, die durch hoheitliche planerische Eingriffe stiegen, nicht nur adressiert, sondern zur Mietenstabilisierung eingesetzt würden. Dies sei zwischen Senat und Abgeordnetenhaus verabredet worden. So sei aber auch vorgegangen worden. Er sehe keinen Anlass, einem Bebauungsplan, der sich mit Kubaturen, Geschossflächen und anderem befasse, nicht zuzustimmen, weil nicht der Nachweis erbracht worden sei, dass keine hinreichende Wertabschöpfung stattfinde. Es lägen keine Indizien dafür vor, dass der Senat die Gesamtinteressen Berlins nicht in ausgewogener Weise adressiert habe.

Steffen Zillich (LINKE) bemerkt, es stehe gerade der Vorgang in Rede, durch den der höhere Bodenwert entstehe. Insofern gehörten die Fragen, inwieweit der Mauerpark-Vertrag erfüllt und ob er wirtschaftlich im Sinne des Landes angewandt worden sei, in diesen Ausschuss, ebenso wie die Frage, inwieweit die konkreten Gegenleistungen, die in dem Mauerpark-Vertrag nicht konkret benannt seien, einträten. Genau dies sei Gegenstand der Stellungnahme der Senatsverwaltung für Finanzen, die den alleinigen Verweis auf den Mauerpark-Vertrag für nicht ausreichend erachte. Die Konkretisierung müsse jetzt erfolgen und sie müsse wirtschaftlich bewertet werden, damit klar werde, inwieweit die Gegenleistung in einem Verhältnis zum Vermögensgewinn durch Baurecht beim privaten Investor stehe. Diese Frage bitte er zu beantworten.

Staatssekretär Dr. Engelbert Lütke Daldrup (SenStadtUm) erklärt, da der Wunsch nach Berichten bestehe, würden die Fragen schriftlich beantwortet werden.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus mehrheitlich, die Vorlage – zur Beschlussfassung – solle gemäß der Beschlussempfehlung des Bauausschusses angenommen werden.

Justiz und Verbraucherschutz – 06

Punkt 9 der Tagesordnung

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 50
Absatz 1 Satz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 17/2421

[1992](#)
Haupt
Recht

**Staatsvertrag der Länder Berlin und Brandenburg
über die Errichtung und den Betrieb einer
gemeinsamen Jugendarrestanstalt**

Hinweis: Der Ausschuss Recht hat die Besprechung der
Vorlage – zur Kenntnisnahme – in seiner 61. Sitzung
am 16.09.2015 abgeschlossen.

Der **Ausschuss** nimmt die Vorlage – zur Kenntnisnahme – ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 10 der Tagesordnung

Fortsetzung der Haushaltsberatungen 2016/2017 (Erste Lesung)

- a) Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 17/2400
**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von
Berlin für die Haushaltsjahre 2016 und 2017
(Haushaltsgesetz 2016/2017 – HG 16/17)**
- [1900](#)
Haupt (f)
ArbIntFrau
BauVerk
BildJugFam
EuroBundMed
GesSoz
InnSichO
ITDat
Kult
Recht
Sport
StadtUm
VerfSch
WiFoTech
Wiss
- b) **Austauschseiten im Band 4 – Einzelplan 05**
- [1900-1](#)
Haupt

Mitberaten werden:

- c) Bericht SenFin – II B – vom 22.07.2015
IuK-Titelliste
(nur 1x pro Fraktion in Papierfassung)
- [1900 A](#)
Haupt
- d) Bericht SenFin – II B – vom 22.07.2015
FM-Titelliste
(nur 1x pro Fraktion in Papierfassung)
- [1900 B](#)
Haupt
- e) Vorlage – zur Kenntnisnahme –
Drucksache 17/2416
Finanzplanung von Berlin 2015 bis 2019
(vorab auf Antrag der Fraktion der SPD und der
Fraktion der CDU überwiesen)
- [1950](#)
Haupt
- f) Bericht SenFin – II B – vom 31.08.2015
Gender Budgeting
Sammelvorlage Senatsverwaltungen
betr. Auflage Nr. II. A. 12 – Drucksache 17/1400 zum
Haushalt 2014/15
- [1876 A](#)
Haupt

- g) Vorlage – zur Beschlussfassung – [2000](#)
Drucksache 17/2420 Haupt
**Nachträgliche Genehmigung der im Haushaltsjahr
2014 in Anspruch genommenen über- und
außerplanmäßigen Ausgaben und
Verpflichtungsermächtigungen für die
Hauptverwaltung und für die Bezirke**
(in der 83. Sitzung vom 23.09.2015 vertagt)

Heiko Herberg (PIRATEN) wirft die Frage auf, ob schriftliche Fragen für die zweite Lesung nachgereicht werden dürften, weil die zweite Lesung im Fachausschuss nach der ersten Lesung im Hauptausschuss stattfinde. Er beantrage, den gesamten Einzelplan zur zweiten Lesung zurückzustellen.

Vorsitzender Frédéric Verrycken schlägt vor, es solle analog des Verfahrens zum Thema Flüchtlinge verfahren und den Fraktionen die Möglichkeit eingeräumt werden, bis Freitag eine überschaubare Anzahl von Fragen nachzureichen.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Vorsitzender Frédéric Verrycken hält fest, der gesamte Einzelplan 06 werde zur zweiten Lesung zurückgestellt.

Einzelplan 06 – Justiz und Verbraucherschutz

Einzelplanübergreifend

Mitberaten wird:

- a) Bericht SenJustV – vom 01.07.2015 [0933 A-5](#)
**Broschüre „Was kostet wo wie viel? – Berliner
Senatsverwaltungen im Kostenvergleich“ für das
Haushaltsjahr 2013** Haupt
**1. Personal im Justizvollzug
2. Umbauprojekte im Justizvollzug
3. Bereich der bezirklichen Betreuungsfälle und
Pflegschaften**
(Berichtsauftrag aus der 77. Sitzung vom 06.05.2015)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0933 A-5 ohne Aussprache zur Kenntnis.

- b) Bericht SenJustV – I C 4 – vom 09.09.2015 [1707 B](#)
Einsatz privater Sicherheitsdienste bei der Haupt
Eingangskontrolle in Gerichten und
Justizvollzugsanstalten
(Berichtsauftrag aus der 74. Sitzung vom 11.03.2015)

Nicole Ludwig (GRÜNE) wirft die Frage auf, ob die Justizwachtmeister, die laut Bericht zum Teil flexibel eingesetzt werden könnten, immer zu 100 Prozent ausgelastet seien oder viel Zeit mit Warten verbrächten.

Senator Thomas Heilmann (SenJustV) betont, es gebe keine planmäßigen Leerlaufzeiten, sondern ein sehr kompliziertes Dienstplansystem. Die Anordnungen der Richter, wie viele Personen einen Prozess schützen sollten, lägen vorher vor, worauf der Dienstplan abgestimmt werde. Er wolle nicht ausschließen, dass es in Einzelfällen zu Leerlauf komme, dies geschehe jedoch nicht planmäßig. Bestimmte Spitzen würden zudem durch Amtshilfe der Polizei abgedeckt.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1707 B zur Kenntnis.

Aus dem Fachausschuss

- Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Einzelplan 06 – Justiz und Verbraucherschutz Haupt
(allgemein/kapitelübergreifend)
Nr. 1, 2a/b: Übergreifend: Titel 42202: Bezüge der
planmäßigen Richter/Richterinnen (S. 12)
Nr. 3: Übergreifend: Die Berliner
Justizvollzugsanstalten im Jahr 2020 (S. 14)
Nr. 4: Allgemein: Stellenausstattung im Justizvollzug
(S. 16)
Nr. 5: Allgemein: Ausbildung im Allgemeinen
Vollzugsdienst und Justizwachtmeisterdienst (S. 20)
Nr. 6: Allgemein: Schmöckwitz-Prozess (S. 22)
Nr. 7: Allgemein: Gesetz zur Weiterentwicklung des
Justizvollzuges (S. 24)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Carola Bluhm (LINKE) fragt, wann mit einem Ergebnis der Prüfung des Gerichtsurteils zu den planmäßigen Bezügen der Richter und Richterinnen zu rechnen sei.

Senator Thomas Heilmann (SenJustV) weist darauf hin, die Zuständigkeit liege bei der Innenverwaltung, die zu dem Thema sehr ausführlich im Rechtsausschuss Stellung genommen habe. Er verweise diesbezüglich auf das Protokoll über die Sitzung des Rechtsausschusses.

Carola Bluhm (LINKE) erklärt, sie sei davon ausgegangen, dass der Senat ein Interesse an einer zügigen Bearbeitung habe. Das Urteil stamme vom 5. Mai. Sie habe erwartet, dass der Justizsenator auskunftsfähig sei, weil er womöglich von den Richterinnen und Richtern befragt werde. Die Antwort sei deshalb nicht nur für sie ärgerlich.

Senator Thomas Heilmann (SenJustV) betont, nicht für alles, wofür er sich interessiere, sei er zuständig. Die Innenverwaltung prüfe und das Ergebnis sei völlig offen. In der Sache gehe es um die Besoldung zuzeiten des rot-roten Senats, die im Hinblick auf Sachsen-Anhalt für verfassungswidrig erklärt worden sei. Es könnte demnach sein, dass während der Beteiligung der Linken am Senat eine verfassungswidrige Besoldung gegolten habe. Da die Expertise der zuständigen Innenverwaltung noch nicht vorliege, könne er keine Auskunft geben. Seine Privatmeinung zähle in diesem Fall nicht.

Amtierende Vorsitzende Monika Thamm hält fest, die Nummern 1 bis 7 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2388 seien damit zur Kenntnis genommen. Die folgenden Fragen würden schriftlich beantwortet:

Frage Nr. 1, rote Nr. 1900 Z, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

In welchem Umfang sind bei den Zuwendungsempfängern Tarifvorsorgeerhöhungen enthalten?

Frage Nr. 2, rote Nr. 1900 Z, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

In welchen Kapiteln/Titeln sind zusätzliche (d. h. über den bestehenden Entwurf hinausgehende) Ausgaben für die Bearbeitung von Belangen von Asylbewerbern/Flüchtlingen eingeplant?

Frage Nr. 1, rote Nr. 1900 AB, Fraktion Die Linke

Erbitten Bericht zum Stand der Prüfung der Auswirkungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes zur Richterbesoldung und wann mit einem Ergebnis zu rechnen ist?

Kapitel 0600 – Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz - Politisch- Administrativer Bereich und Service -

Kapitel- und Titelübergreifend

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015

Einzelplan 06 – Justiz und Verbraucherschutz

**Nr. 8: Kapitel 0600/div. Titel: Justizvollzugszulage
(S. 25)**

**Nr. 9: Kapitel 0600/div. Titel:
Anwärtersonderzuschläge (S. 26)**

**Nr. 10: Kapitel 0600/div. Titel: Neue Stellen im
allgemeinen Vollzugsdienst (S. 27)**

Nr. 11: Kapitel 0600/div. Titel: Hundestaffel (S. 28)

**Nr. 12: Kapitel 0600/div. Titel: Durchsuchung von
Hafträumen (S. 30)**

**Nr. 13: Kapitel 0600/div. Titel: Bekämpfung von
Radikalisierung und Islamisierung im Justizvollzug
(S. 32)**

**Nr. 14: Kapitel 0600/div. Titel: Nutzung von
Schießständen (S. 35)**

**Nr. 15: Allgemein: Ausbildung im juristischen
Vorbereitungsdienst / Unterhaltsbeihilfe (S. 36)**

**Nr. 16: Allgemein: Umsetzung der Empfehlungen
des NSU-Untersuchungsausschusses (S. 38)**

**Nr. 17: Allgemein: Umsetzung des Partizipations-
und Integrationsgesetzes (S. 39)**

**Nr. 18: Allgemein: Umsetzung der „10
Behindertenpolitische Leitlinien des Landes Berlin
zur nachhaltigen Umsetzung der UN-
Behindertenrechtskonvention bis zum Jahr 2020“
(S. 41)**

**Nr. 19: Alle Kapitel/Titel 53101: Veröffentlichungen
(S. 43)**

**Nr. 20: Alle Kapitel/Titel 54085: Dienstleistungen für
die verfahrensabhängige IuK-Technik (S. 44)**

**Nr. 21: Alle Kapitel/Titel 51715: Betriebs- und
Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements
(S. 46)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

[2388](#)

Haupt

Der **Ausschuss** nimmt die Nummern 8 bis 19 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2388 ohne Aussprache zur Kenntnis.

**S. 14: Titel 27292 – Zuschüsse der EU aus dem ESF für konsumtive Zwecke
(Förderperiode 2007-2013) –**

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Einzelplan 06 – Justiz und Verbraucherschutz Nr. 8: Haupt
Kapitel 0600:
Nr. 22: Kapitel 0600/Titel 27292: Zuschüsse der EU
aus dem ESF für konsumtive Zwecke
(Förderperiode 2007-2013) (S. 48)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 22 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2388 ohne Aussprache zur Kenntnis.

S. 15: Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamten/Beamtinnen –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Einzelplan 06 – Justiz und Verbraucherschutz Nr. 8: Haupt
Kapitel 0600:
Nr. 23 a/b: Kapitel 0600/Titel 42201: Bezüge der
planmäßigen Beamten/Beamtinnen (S. 49)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummern 23 a und b aus der Sammelvorlage rote Nr. 2388 ohne Aussprache zur Kenntnis.

S. 15: Titel 46201 – Pauschale Minderausgaben für Personalausgaben –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Einzelplan 06 – Justiz und Verbraucherschutz Nr. 8: Haupt
Kapitel 0600:
Nr. 24 a/b/c: Kapitel 0600/Titel 46201: Pauschale
Minderausgaben für Personalausgaben (S. 54)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Nicole Ludwig (GRÜNE) fragt, ob sie es richtig sehe, dass die Pauschale Minderausgabe – PMA – für Personal bislang noch nicht aufgelöst worden sei. Wie solle dies in Zukunft gehandhabt werden? Wie hoch sei in der Vergangenheit die Abbaurate gewesen?

Senator Thomas Heilmann (SenJustV) antwortet, eine PMA werde immer zum Jahresende aufgelöst. Nach derzeitiger Kenntnis könne die PMA im laufenden Haushaltsjahr 2015 vollständig aufgelöst werden. Sie sei niedriger als in den vergangenen Jahren angesetzt, weil der

Personalabbau nicht fortgesetzt werde. Er verweise auf Drucksache 17/1400, worin unter II. A. 18 dargelegt sei, wie der Abbau aussehe. Er sei sehr optimistisch, dass auch in den Haushaltsjahren 2016 und 2017 die PMA erfüllt werde.

Der **Ausschuss** nimmt Nummer 24 a und b der Sammelvorlage rote Nr. 2388 zur Kenntnis.

S. 17: Titel 52601 – Gerichts- und ähnliche Kosten –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Einzelplan 06 – Justiz und Verbraucherschutz Nr. 8: Haupt
Kapitel 0600:
Nr. 25: Kapitel 0600/Titel 52601: Gerichts- und
ähnliche Kosten (S. 56)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt Nummer 25 der Sammelvorlage rote Nr. 2388 ohne Aussprache zur Kenntnis.

S. 17: Titel 52610 – Gutachten –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Einzelplan 06 – Justiz und Verbraucherschutz Nr. 8: Haupt
Kapitel 0600:
Nr. 26 a/b/c: Kapitel 0600/Titel 52610: Gutachten
(S. 57)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt Nummer 26 a und b aus der Sammelvorlage rote Nr. 2388 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Frage Nr. 2, rote Nr. 1900 AB, Fraktion Die Linke

Nr. 7: Was ergab die Prüfung der Aufgabenwahrnehmung Gesundheitsmanagement durch die Verwaltung? Warum muss ein externer Dienstleister damit beauftragt werden?“

Amtierende Vorsitzende Monika Thamm hält fest, die Frage der Fraktion Die Linke werde schriftlich beantwortet.

S. 18: Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Einzelplan 06 – Justiz und Verbraucherschutz Nr. 8: Haupt
Kapitel 0600:
Nr. 27: Kapitel 0600/Titel 53101: Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit (S. 62)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt Nummer 27 der Sammelvorlage rote Nr. 2388 ohne Aussprache zur Kenntnis.

S. 18: Titel 54010 – Dienstleistungen –
S. 18: Titel 54053 – Veranstaltungen –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Einzelplan 06 – Justiz und Verbraucherschutz Nr. 8: Haupt
Kapitel 0600:
Nr. 28 a/b/c: Kapitel 0600/Titel 54010 und 54053: Dienstleistungen/Veranstaltungen (S. 63)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt ohne Aussprache die Nummern 28 a bis c aus der Sammelvorlage rote Nr. 2388 zur Kenntnis.

S. 18: Titel 54034 – Leistungen der Selbstversicherung –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Einzelplan 06 – Justiz und Verbraucherschutz Nr. 8: Haupt
Kapitel 0600:
Nr. 29 a/b: Kapitel 0600/Titel 54034: Leistungen der Selbstversicherung (S. 65)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt ohne Aussprache Nummer 29 a und b aus der Sammelvorlage rote Nr. 2388 zur Kenntnis.

S. 19: Titel 63202 – Ersatz von Personalausgaben an Länder bei Abordnungen und Versetzungen –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Einzelplan 06 – Justiz und Verbraucherschutz Nr. 8: Haupt
Kapitel 0600:
Nr. 30: Kapitel 0600/Titel 63202: Ersatz von
Personalausgaben an Länder bei Abordnungen oder
Versetzungen (S. 66)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt ohne Aussprache Nummer 30 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2388 zur Kenntnis.

S. 19: Titel 63202 – Ersatz von Personalausgaben an Länder bei Abordnungen und Versetzungen –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Einzelplan 06 – Justiz und Verbraucherschutz Nr. 8: Haupt
Kapitel 0600:
Nr. 30: Kapitel 0600/Titel 63202: Ersatz von
Personalausgaben an Länder bei Abordnungen oder
Versetzungen (S. 66)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Carola Bluhm (LINKE) möchte wissen, wie der Zusammenhang zwischen dem geplanten Justizportal und der Schufa aussehe.

Staatssekretär Alexander Straßmeir (SenJustV) teilt mit, es habe nichts mit der Schufa zu tun, es handele sich vielmehr um gemeinsame Einrichtungen mit anderen Ländern. Im Land Hessen werde das Schutzschriftenregister neu eingerichtet. Diese müssten ab Januar 2016 zentral hinterlegt werden. Diese Aufgabe übernehme das Bundesland Hessen. Damit seien laufende Kosten sowie einmalige Kosten für die Software verbunden. Die Veranschlagung sei erfolgt, bevor die Servicezeiten für das Register festgelegt worden seien. Gleichwohl dürfte der veranschlagte Betrag ausreichen.

Der **Ausschuss** nimmt Nummer 30 der Sammelvorlage rote Nr. 2388 zur Kenntnis.

S. 19: Titel 63302 – Ersatz von Ausgaben an Jugendhilfeträger –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Einzelplan 06 – Justiz und Verbraucherschutz Nr. 8: Haupt
Kapitel 0600:
Nr. 32: Kapitel 0600/Titel 63302: Ersatz von
Ausgaben an Jugendhilfeträger (S. 75)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt Nummer 32 der Sammelvorlage rote Nr. 2388 ohne Aussprache zur Kenntnis.

S. 20: Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Einzelplan 06 – Justiz und Verbraucherschutz Nr. 8: Haupt
Kapitel 0600:
Nr. 33 a bis e: Kapitel 0600/Titel 68406: Zuschüsse
an soziale und ähnliche Einrichtungen (S. 77)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Nicole Ludwig (GRÜNE) bemerkt positiv, dass eine Verstärkung des Ansatzes bereits vorgesehen sei. Allerdings werde weder aus den Erläuterungen im Haushaltsplan noch aus dem Bericht deutlich, ob die freien Träger ihre Leistungen noch bedarfsgerecht vorhalten könnten, wenn seitens des Landes Berlin keine Vorsorge für eine Tarifierung getroffen werde.

Carola Bluhm (LINKE) schließt sich der Frage an, wie es mit der Tarifvorsorge aussehe. Sie habe die Argumentation so verstanden, dass eine Vorsorge deshalb nicht getroffen werden könne, weil die Gewaltschutzambulanz finanziert werde.

Sie interessiere sich dafür, ob bereits eine Entscheidung der Lottostiftung über den Antrag zur Herrichtung des Gewaltschutzzentrums getroffen worden sei. Wie sei der Stand des Bundesmodellprojekts? Ihres Wissens wollten drei Bundesministerien gemeinsam ein derartiges Modellprojekt auf den Weg bringen. – Im Haushalt sei eine Aufstockung der Mittel um 70 000 Euro vorgesehen. Damit könnten genau 30 Stunden für eine Rechtsmedizinerin oder eines Rechtsmediziners finanziert werden. Weshalb werde die Gewaltschutzambulanz personell und finanziell nicht besser ausgestattet? Eine vertrauliche Spurensicherung werde auch in Zukunft nicht möglich sein. Mit 1,4 Stellen könnten nur halbe Tage abgedeckt werden und ohnehin keine Öffnungszeiten am Wochenende. Punktblutungen könnten jedoch nur kurze Zeit und am besten von Rechtsmedizinern erfasst werden. Es würden auch keine mobilen Teams eingerichtet. Darüber hinaus werde jetzt auch noch eine Verbindung zu den Kinderschutzzentren hergestellt, für die sich Kliniken beworben hätten, in denen keine Rechtsmediziner vor Ort seien.

Aus ihrer Sicht erschwerten es die mittlerweile vorliegenden empirischen Befunde der Justizverwaltung, die kurzen Öffnungszeiten der Gewaltschutzambulanz fortzuschreiben. Aus ihrer Sicht gebe es ein allgemeines gesellschaftliches Interesse daran, die Spurensicherung von Rechtsmedizinern vornehmen zu lassen und nicht von dafür nicht ausgebildeten Gynäkologen.

Senator Thomas Heilmann (SenJustV) hält es für wünschenswert, dass allen Trägern die Tarifierhöhung erstattet werden könnte. Sein Etat sei jedoch knapp bemessen, weshalb dies nicht funktioniere. Innerhalb des Einzelplans 06 genieße die Gewaltschutzambulanz politische Priorität.

Zur Historie der Gewaltschutzambulanz: Die Charité habe im Jahr 2007 einen entsprechenden Antrag gestellt. Dieser sei von Frau Senatorin a.D. Lompscher abgelehnt worden. Im vergangenen Doppelhaushalt seien dann 150 000 Euro bereitgestellt worden. Parallel habe die Piratenfraktion einen entsprechenden Antrag eingebracht, worin auch die Finanzierung der vertraulichen Spurensuche enthalten gewesen sei. Die Gewaltschutzambulanz sei deshalb eingerichtet worden, um insbesondere für den Komplex häusliche Gewalt ein niedrigschwelliges Angebot vorzuhalten. Dieses Angebot werde sehr gut angenommen und funktioniere auch ohne vertrauliche Spurensicherung gut.

Als nächster Schritt würden jetzt die Kinderschutzambulanzen eingerichtet. Im Fachausschuss beantragten die Koalitionsfraktionen, dass der Zuschuss auf 650 000 Euro erhöht werden solle.

Neben der Gewaltschutzambulanz und den Kinderschutzzentren solle in einem nächsten Schritt ein Family-Justice-Center errichtet werden. Er habe mehrere Bundesminister in letztgenanntes Projekt involviert, weil er wolle, dass sich der Bund an der Finanzierung beteilige. Die Charité beabsichtige, ein Finanzierungskonzept zu erstellen. Die Lottostiftung habe seines Wissens noch keine Entscheidung getroffen.

Es gelte, noch über komplizierte Einzelfragen Entscheidungen zu treffen. Dazu gehöre, welche Nummer gegenüber den Krankenkassen abgerechnet werden solle. Er könne sich nicht vorstellen, dass in einer Abrechnung die Position „Kindesmisshandlung“ oder „vertrauliche Spurensicherung“ auftauchen solle.

Die vertrauliche Spurensicherung führe in den meisten Fällen leider nicht zu einer Verurteilung, weil die Spuren beim Täter nicht mehr festgestellt werden könnten. Es könnten nur die Spuren eines sexuellen Kontaktes am Opfer – in der Regel einer Frau – festgestellt werden. Ob der sexuelle Kontakt einvernehmlich gewesen sei oder nicht, ließe sich durch Kratzspuren beim Täter nachweisen, nicht jedoch, wenn diese Spuren erst Monate später überhaupt untersucht werden sollten. Er empfehle deshalb den Opfern, sich am besten gleich zu einer Anzeige zu entschließen, weil die Chance einer Verurteilung dadurch wesentlich steige. Er befürworte aber gleichzeitig das Angebot einer vertraulichen Spurensicherung, weil sich die betroffenen – in der Regel – Frauen in einer besonderen Notsituation befänden. Man habe sich für einen schrittweisen Aufbau dieses Angebots entschieden, was aus seiner Sicht ein Erfolg dieser Koalition sei.

Staatssekretär Alexander Straßmeir (SenJustV) ergänzt, die Erhöhung des Ansatzes erfolge genau deshalb, damit die Kinderschutzambulanzen auf Anforderung einen Rechtsmediziner hinzuziehen könnten. Dieses System sei zwischen SenGesSoz, SenBildJugWiss und SenJustV abgesprochen worden.

Michael Freiberg (CDU) äußert, er sei gespannt darauf, wie der Rechtsausschuss mit den Änderungsanträgen verfahren werde. Er bitte darum, dass dem Ausschuss aktualisiert berichtet werde, wie die Vernetzung der Gewaltschutzambulanz mit den Kinderschutzambulanzen aussehe und wie sich das Gesamtkonzept der Ambulanzen darstelle.

Senator Thomas Heilmann (SenJustV) geht davon aus, dass über die Kinderschutzambulanzen SenBildJugWiss berichte und sein Haus diesen Bericht mitzeichnen werde.

Michael Freiberg (CDU) verdeutlicht, die Senatsverwaltung für Jugend habe diesen Berichtsauftrag bereits erhalten. An dieser Stelle beziehe sich sein Berichtswunsch insbesondere auf die Gewaltschutzambulanz, die ein Teil des aufzubauenden Ambulanzsystems sei.

Amtierende Vorsitzende Monika Thamm hält fest, der Bericht sei zur zweiten Lesung des Einzelplans 06 erbeten. Nummer 33 a bis e aus der Sammelvorlage rote Nr. 2388 sei zur Kenntnis genommen worden.

S. 22: Titel 68492 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2007-2013) –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Einzelplan 06 – Justiz und Verbraucherschutz Nr. 8: Haupt
Kapitel 0600:
Nr. 34: Kapitel 0600/Titel 68492: Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2007-2013) (S. 92)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt ohne Aussprache Nummer 34 der Sammelvorlage rote Nr. 2388 zur Kenntnis.

Kapitel 0605 – Gemeinsames Juristisches Prüfungsamt

S. 32: Titel 42701 – Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Einzelplan 06 – Justiz und Verbraucherschutz Nr. 8: Haupt
Kapitel 0605:
Nr. 35: Kapitel 0605/Titel 42701: Aufwendungen für
freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter (S. 93)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt ohne Aussprache Nummer 35 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2388 zur Kenntnis.

Franziska Becker (SPD) möchte zu Titel 511 01 – Geschäftsbedarf – wissen, womit der erhöhte Ansatz begründet werde.

Senator Thomas Heilmann (SenJustV) antwortet, der Ansatz sei gleich hoch geblieben, weil es im laufenden Jahr außerordentlich niedrige Ausgaben gegeben habe.

Amtierende Vorsitzende Monika Thamm stellt fest, die Frage sei damit beantwortet.

Kapitel 0608 – Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz – Verbraucherschutz -

Titelübergreifend

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Einzelplan 06 – Justiz und Verbraucherschutz Nr. 8: Haupt
Kapitel 0608:
Nr. 36: Kapitel 0608/div. Titel: Wildtierbehandlung
FU Berlin (S. 94)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt ohne Aussprache Nummer 36 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2388 zur Kenntnis.

S. 40: Titel 11921 – Rückzahlungen von Zuwendungen –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Einzelplan 06 – Justiz und Verbraucherschutz Nr. 8: Haupt
Nr. 37: Kapitel 0608/Titel 11921: Rückzahlungen
von Zuwendungen (S. 95)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Nicole Ludwig (GRÜNE) macht darauf aufmerksam, das Ist habe per 30. September 2015 bei über 70 000 Euro gelegen. Was veranlasse den Senat, für die Zukunft lediglich eine Einnahme im Umfang von 20 000 Euro zu prognostizieren?

Staatssekretärin Sabine Toepfer-Kataw (SenJustV) bestätigt, dass die Haushaltsjahre sehr schwankend verliefen. Unvorhergesehene Ereignisse führten zu Rückzahlungen, was jedoch nicht geplant werden könne.

Der **Ausschuss** nimmt Nummer 37 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2388 zur Kenntnis.

S. 40: Titel 11938 – Sonstige Kostenbeiträge –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Einzelplan 06 – Justiz und Verbraucherschutz Nr. 8: Haupt
Nr. 38: Kapitel 0608/Titel 11938: Sonstige
Kostenbeiträge (S. 96)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt ohne Aussprache Nummer 38 der Sammelvorlage rote Nr. 2388 zur Kenntnis.

S. 42: Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamten/Beamtinnen –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Einzelplan 06 – Justiz und Verbraucherschutz Nr. 8: Haupt
Nr. 39 bis 41: Kapitel 0608/Titel 42201: Bezüge der
planmäßigen Beamten/Beamtinnen (S. 97)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Carola Bluhm (LINKE) wirft die Frage auf, weshalb der Mehrbedarf ausschließlich durch Beamte erledigt werden solle. Handele es sich ausschließlich um hoheitliche Aufgaben?

Nicole Ludwig (GRÜNE) fragt, ob genauer dargestellt werden könne, wie sich die zehn zusätzlichen Stellen auf die einzelnen Themenfelder verteilen. – In den Berichten an den Fach-

ausschuss werde dargestellt, dass die Zusammenarbeit mit neuen Zuwendungsempfängern im Bereich präventiver Verbraucherschutz verstärkt werden solle. Sie bitte um konkrete Nennung der neuen Zuwendungsempfänger.

Staatssekretärin Sabine Toepfer-Kataw (SenJustV) antwortet, es handele sich beim Aufwuchs um hoheitliche Aufgaben, zum Teil aufgrund des Hundegesetzes, zum Teil im gesundheitlichen Verbraucherschutz um eine Umwandlung von Stellen. Die zusätzlichen Stellen würden nicht alle am gleichen Ort eingerichtet. Einige Angestelltenstellen, die jetzt als Beamtenstellen ausgewiesen werden müssten, seien im gesundheitlichen Verbraucherschutz. Die Stellen, die in den wirtschaftlichen Verbraucherschutz gingen, würden dann zu Angestelltenstellen. Es handele sich also um hoheitliche Aufgaben.

Es gehe um drei Stellen im Zusammenhang mit dem gerade im Abgeordnetenhaus beratenen Hundegesetz, wie es auch in der Gesetzesvorlage so vorgegeben sei. Im Querschnittsbereich sei bei der Umressortierung das Problem aufgetreten, dass ein Teil des Overheads nicht mitgegangen sei. Es habe sich im vergangenen Jahr als nachteilig erwiesen, in der differenzierten Unterscheidung zwischen Justiz und Verbraucherschutz alle Angelegenheiten im Querschnittsbereich über den Justizbereich abzudecken. Gerade im Haushaltsbereich, bei den Zuwendungsempfängern, bestehe ein anderes System als im Justizbereich. Daher müsse das selbst gesteuert werden, was früher vom Overhead Gesundheit, Umweltschutz, Verbraucherschutz gesteuert worden sei. Das Gleiche gelte für die Tiefenprüfungen der Zuwendungsempfänger. Auch hier bestehe ein Bedarf. Das seien die Angelegenheiten, die zusätzlich in den Querschnittsbereich gegeben würden. Im gesundheitlichen Verbraucherschutz seien es das Hundegesetz, das Qualitätsmanagement – das unterbesetzt sei und nun zum ersten Mal nachgebessert werden könne –, und im wirtschaftlichen Verbraucherschutz seien es vor allem die Projekte, die nacheinander durchgeführt worden seien und nun, wenn es möglich sei, parallel durchgeführt werden sollten. Dabei gehe es um weitere drei Stellen.

Bei den Zuwendungsempfängern gehe es um die präventive Arbeit. Es solle flexibel reagiert werden auf auftretende Neuerungen. Es sei versucht worden, dies im digitalen Bereich anzustoßen und es dann in die normale Beratung in der Verbraucherzentrale zu überführen. Die Verwaltung sei hier flexibler als ein eingetragener Verein, um auf neue Angelegenheiten eingehen zu können. Die Verwaltung wolle sich im nächsten Jahr z. B. an dem Zuwendungsempfänger FEZ City beteiligen, um bei den Kindern den Bereich Ernährung abzudecken, mit der Fragestellung, wie Lebensmittel entstünden. Man sei in Verhandlungen mit FEZ City und dem Träger dort, ob es nicht möglich sei, einen mobilen Hühnerstall einzurichten. Dies sei eines der Beispiele, wo neue Zuwendungsempfänger einbezogen würden.

Nicole Ludwig (GRÜNE) bittet zur zweiten Lesung um einen Bericht mit einem Organigramm, aus dem die Verschiebungen nachvollziehbar wären.

S. 43: Titel 53105 – Beteiligung an Messen und Ausstellungen –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015

[2388](#)

Einzelplan 06 – Justiz und Verbraucherschutz Nr. 8: Haupt

**Nr. 44: Kapitel 0608/Titel 53105: Beteiligung an
Messen und Ausstellungen (S. 102)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 44 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 43: Titel 54010 – Dienstleistungen –

Frage Nr. 9, rote Nr. 1900 Z, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Wofür sind die in Titel 54010 angesetzten 100.000 Euro zur Einrichtung eines Hunderegisters vorgesehen? Bitte um Darlegung des Ziels, des Konzepts, des Finanzierungsaufwands und der dahinterliegenden der Kostenkalkulation.

Frage Nr. 3, rote Nr. 1900 AB, Fraktion Die Linke

Welche Aufgaben sollen bei der Erstellung und Pflege eines Hunderegisters durch externe Dienstleister erfüllt werden?

S. 43: Titel 54010 – Dienstleistungen –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Einzelplan 06 – Justiz und Verbraucherschutz Nr. 8: Haupt
Nr. 45 a/b/c: Kapitel 0608/Titel 54010:
Dienstleistungen (S. 103)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Franziska Becker (SPD) spricht an, im Bericht zum Aufbau eines Hunderegisters sei ausgeführt, die Dienstleistung evtl. externalisieren zu wollen. Was wäre der Vorteil dieser Entscheidung? Sie halte fest, dass der Titel zur zweiten Lesung am 13.11.2015 zurückgestellt sei.

Staatssekretärin Sabine Toepfer-Kataw (SenJustV) antwortet, es seien Erkenntnisse in anderen Bundesländern eingeholt worden, z. B. aus Niedersachsen. Wenn es privat organisierbar wäre, sollte es privat organisiert werden. Es seien bereits Register für Heimtiere vorhanden. Diese Möglichkeit solle geprüft werden, aber sie solle sich auch wirtschaftlich rechnen. Daher sei der Platzhalter für die Größenordnung des niedersächsischen Registers eingesetzt worden. Wenn die konkreten Angebote vorlägen, solle entschieden werden. Selbst mit einem Aufwuchs von zehn Stellen sei ihr Bereich noch relativ klein, und die Personen sollten nicht unbedingt „für die Tonne“ arbeiten. Daher werde vieles vorbereitet, und die Vorsorge werde auch finanziell getroffen, aber die konkreten Angelegenheiten würden geregelt, wenn das Abgeordnetenhaus das Gesetz verabschiedet habe. Wenn das Haus feststellen sollte, dass kein Hunderegister eingerichtet werden solle, wäre die Arbeit vergebens gewesen.

Vorsitzender Frédéric Verrycken hält fest, die beiden Berichtsaufträge seien hiermit erledigt. Die Nummer 45 der Sammelvorlage [2388](#) wird zur Kenntnis genommen.

S. 44: Titel 54053 – Veranstaltungen –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Einzelplan 06 – Justiz und Verbraucherschutz Nr. 8: Haupt
Nr. 46: Kapitel 0608/Titel 54053: Veranstaltungen
(S. 106)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 46 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 44: **Titel 54079 – Verschiedene Ausgaben –**

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Einzelplan 06 – Justiz und Verbraucherschutz Nr. 8: Haupt
Nr. 47: Kapitel 0608/Titel 54079: Verschiedene
Ausgaben (S. 108)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 47 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 44: **Titel 63107 – Ersatz von Ausgaben an den Bund –**

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Einzelplan 06 – Justiz und Verbraucherschutz Nr. 8: Haupt
Nr. 48: Kapitel 0608/Titel 63107: Ersatz von
Ausgaben an den Bund (S. 109)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 48 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 45: **Titel 63201 – Ersatz von Verwaltungsausgaben an Länder –**

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Einzelplan 06 – Justiz und Verbraucherschutz Nr. 8: Haupt
Nr. 49: Kapitel 0608/Titel 63201: Ersatz von
Verwaltungsausgaben an Länder (S. 111)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 49 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 45: **Titel 68250 – Zuschuss an das Landeslabor Berlin-Brandenburg (LLBB) –**

Mitberaten wird:

Bericht SenJustV und SenFin – VA FA und ID – vom
12.06.2015

[0455 K](#)
Haupt

**Planungen zur Unterbringung des Landeslabors
Berlin-Brandenburg (LLBB)**

I. Sachstand Wettbewerblicher Dialog

II. Sachstand zur Aufnahme in die deutsche

Anmeldeliste zum EU-Infrastrukturfonds

(Berichtsauftrag aus der 73. Sitzung vom 18.02.2015)

(in der 80. Sitzung vom 24.06.2015 vertagt)

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015

[2388](#)

Einzelplan 06 – Justiz und Verbraucherschutz Nr. 8: Haupt
**Nr. 50: Kapitel 0608/Titel 68250: Zuschuss an das
Landeslabor Berlin-Brandenburg (LLBB) (S. 112)**
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Titel 68250 – Zuschuss an das Landeslabor Berlin-Brandenburg (LLBB) –

Frage Nr. 4, rote Nr. 1900 AB, Fraktion Die Linke

Wann und durch wen erfolgt die im Bericht genannte grundlegende aufgabenkritische Überprüfung der Leistungen des LLBB? Wie ist hier die Zusammenarbeit mit Brandenburg gewährleistet? Wann ist mit Ergebnissen zu rechnen?

Staatssekretärin Sabine Toepfer-Kataw (SenJustV) antwortet zur letzteren Frage, die aufgabenkritische Überprüfung sei in Gang. Die meisten Aufgaben seien nicht aus ihrem Hause dort eingereicht worden, sondern würden sowohl von den Bezirken als auch von verschiedenen Senatsverwaltungen, vor allem StadtUm und Gesundheit, aufgegeben. Gegenwärtig laufe noch die Abfrage. Bis Ende des Jahres sei ein Bericht zu erwarten. Es zeichne sich ab, dass es entweder Angelegenheiten seien, die über den Staatsvertrag verpflichtend geregelt seien, oder gesetzliche Aufgaben.

Zur Zusammenarbeit mit Brandenburg sei zu sagen, dass sie sich erfreulich gestalte, abhängig von den Personen, die dort tätig seien. Ein Abstimmungsprozess sei in Gang. Die Unterlagen zeigten, dass eine Art Kosten-Leistungsrechnung eingeführt worden sei, wie es der Staatsvertrag vorsehe. Die Preisliste habe aber gezeigt, dass die Leistungen nicht gleichmäßig verteilt seien. Sie zeige ähnlich der Kosten-Leistungsrechnung die Verteilung der Kosten auf die einzelnen Leistungen. Problematisch sei, dass 54 Prozent der Leistungen von Brandenburg abgefordert würden und nur 46 Prozent von Berlin. Das Niveau sollte aber einigermaßen gleich sein, damit auch die Fixkosten gleich verteilt werden könnten. Es wäre nun möglich, dass Brandenburg entweder weniger Leistungen hereingebe oder Berlin sehen müsse, ob gesetzliche Leistungen vorhanden seien, die abgearbeitet werden müssten und in ähnlicher Kosten-

struktur in das Landeslabor gegeben werden könnten. Dazu würden Gespräche mit Brandenburg geführt. Das nächste Gespräch werde im November stattfinden.

Carola Bluhm (LINKE) bemerkt, dass sich die Frage nach der Zusammenarbeit mit Brandenburg auf die Aufgabenkritik bezogen habe. Wer seien dort die Ansprechpartner?

Staatssekretärin Sabine Toepfer-Kataw (SenJustV) antwortet, die Aufgabenkritik zu den Aufgaben, die aus Brandenburg abgefragt würden, könne sie nur einfordern, aber nicht gewährleisten; sie wäre auch nur begrenzt vorteilhaft, weil damit die Fixkosten auf Berlin verlagert würden. Sie wolle nicht, dass die Brandenburger weniger Leistungen in das Labor gäben, sondern dass sie das Niveau hielten, damit ein hoher Ertrag aus dem Labor komme. Insofern sei die Aufgabenkritik, die aus Brandenburg zu leisten wäre, nicht ihr Thema. Sie wolle sehen, ob die Aufgaben, die aus Berlin kämen, dort untergebracht seien oder ob sie anderswo günstiger erhältlich seien. So habe sie die Aufgabenkritik verstanden – damit die Kosten für das Labor möglichst niedrig gehalten würden.

Carola Bluhm (LINKE) antwortet, sie sei der Auffassung gewesen, es sei ein gemeinsames Landeslabor und man wolle zu einer gemeinsamen aufgabenkritischen Bewertung kommen.

Staatssekretärin Sabine Toepfer-Kataw (SenJustV) antwortet, es werde eine Aufgabenkritik durchgeführt, um festzustellen, ob die Aufgaben, die das Land Berlin ins Landeslabor gebe, dort notwendigerweise seien. Die Aufgabenkritik sei nur für Berlin möglich. Man wolle sehen, ob es Alternativen gebe, die kostengünstiger wären, ob die Aufgaben gesetzlich vorgeschrieben seien oder ob überhaupt Variablen vorhanden seien. Diese Aufgabenkritik sei unabhängig von Brandenburg und beziehe sich nur auf das Land Berlin.

Parallel dazu müsse man das Ganze im Blick behalten, und dazu sei sie in Gesprächen mit Brandenburg, wo es darum gehe, welche Aufgaben das Landeslabor leisten könne, welche im Zusammenhang geleistet werden könnten und was im Verhältnis Berlin-Brandenburg verbessert werden könne. Dazu habe sie ausgeführt, dass 54 Prozent der Leistungen von Brandenburg abgefordert würden, was zu Folge habe, dass Brandenburg auch einen größeren Teil der Fixkosten trage. Sie habe aber kein Interesse, dass Brandenburg dort Leistungen herausnehme, sondern damit sich die Fixkostenverteilung ausgleiche und nicht die Preise höher stiegen, müsse gesehen werden, ob dort weitere Leistungen kostengünstig und strukturell gut untergebracht werden könnten. Daran arbeite sie mit Brandenburg zusammen, wozu ein nächstes Treffen Ende November stattfinden solle, um zu erreichen, dass eine Verteilung 50 : 50 erreicht werde, ohne dass die Kosten im Landeslabor weiter stiegen. Hier werde gut zusammengearbeitet.

Vorsitzender Frédéric Verrycken bittet auch zum mitlaufenden Bericht rote Nr. 0455 K um einen weiteren Bericht zum 9.12.2015 im Hauptausschuss. Die rote Nr. 0455 K wird zur Kenntnis genommen. Der Berichtswunsch der Linken sei erledigt.

S. 46: Titel 68469 – Zuschuss an die Verbraucherzentrale Berlin e.V. –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Einzelplan 06 – Justiz und Verbraucherschutz Nr. 8: Haupt
Nr. 51: Kapitel 0608/Titel 68469: Zuschuss an die
Verbraucherzentrale Berlin e.V. (S. 113)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

S. 46: Titel 68475 – Förderung der Verbraucheraufklärung –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Einzelplan 06 – Justiz und Verbraucherschutz Nr. 8: Haupt
Nr. 52 a/b: Kapitel 0608/Titel 68475: Förderung der
Verbraucheraufklärung (S. 114)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Titel 68469 – Zuschuss an die Verbraucherzentrale Berlin e.V. –

Frage Nr. 8, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

In welchem Umfang (personell und sachlich) und mit welchem Angebot wird aktuellen verbraucherschutzpolitischen Entwicklungen und Anforderungen (v. a. zu digitalen Themen) in der Beratungstätigkeit der Verbraucherzentrale derzeit und zukünftig Rechnung getragen?

Nicole Ludwig (GRÜNE) bemerkt, der Ansatz für die Verbraucherzentrale ändere sich nicht, aber die Arbeitsaufgaben änderten sich, beispielsweise beim Thema Digitalis. Wenn Facebook seine Daten nicht mehr in Übersee speichern dürfe, heiße dies nicht, dass der Verbraucherschutz nicht mehr notwendig sei. Der Bericht gehe auf das Thema digitale Dienste und Datenschutz in keiner Weise ein. Sei die Verbraucherzentrale nicht so flexibel und gehe nicht auf digitalen Datenschutz ein? Solle sie das Thema nicht behandeln, sondern die Verwaltung mache das selbst? Wie sei dies vorzustellen bei gleichbleibenden Zuschüssen, wie dieses umfangreiche Themengebiet von der Verbraucherzentrale bearbeitet werden solle?

Staatssekretärin Sabine Toepfer-Kataw (SenJustV) antwortet, sie habe nicht gesagt, dass die Verbraucherzentrale dies nicht leisten könne. In den letzten vier Jahren habe ein deutlicher Zuwachs bei der Verbraucherzentrale stattgefunden, und sie sei nun im Konsolidierungsbereich. Gerade Digitalis sei ein Thema für die Zukunft. Die Verwaltung habe bereits mehrere Auflagen an die Verbraucherzentrale gegeben. Momentan finde die Konsolidierung statt, und die Aufgaben würden von der Zentrale für sich selbst definiert. Bis heute sei trotz mehrerer Aufforderungen noch keine Onlineanmeldung möglich. Die Entwicklung einer Onlineberatung lasse sehr zu wünschen übrig. Das wäre mit dem Mittelzuwachs der letzten Jahre durchaus gedeckt. Die Leistungen, die in den letzten Jahren gegeben worden seien, müssten nun auch abgefordert werden. Neue Tatbestände sollten dort später berücksichtigt werden. Momentan wäre die Frage, ob die Mittel ausreichend wären, zu bejahen.

Nicole Ludwig (GRÜNE) stellt fest, dass das Thema Digitalis komplett ausgeklammert werde. Nach ihrer Ansicht wäre Digitalis ein Gegenwartsthema und kein Zukunftsthema. Offenbar werde es derzeit für die Verbraucherzentrale ausgeklammert.

Joachim Esser (GRÜNE) bittet um Zurückstellung des Titels zur zweiten Lesung – auch wenn bereits der gesamte Einzelplan zurückgestellt sei. Es könne sein, dass die Ausführungen der Staatssekretärin ein Grund für eine Sperre wären. Die Frage der digitalen Beratung könnte mit einer Ansatzerhöhung in Verbindung gebracht werden.

Staatssekretärin Sabine Toepfer-Kataw (SenJustV) erläutert, für die Verbraucherzentrale sei das Thema Digitalis zu großen Teilen ein Zukunftsthema, das Thema sei natürlich aktuell, und Teile würden von der Verbraucherzentrale bereits bearbeitet. Es finde aber eine Konsolidierung statt, wobei eine grundsätzliche Sortierung der Themen stattfinde. Der Zentrale nunmehr noch neue Themen aufzugeben, würde eine Überforderung darstellen. Noch nicht einmal die Onlineanmeldung sei dort eingeführt, was sicherlich ein erster Schritt zur Bearbeitung dieser Themen wäre. Es solle nicht heißen, dass sie diese Themen nicht bearbeiten könnten, aber zu diesem Zeitpunkt müsse die Aufstellung der Verbraucherzentrale abgewartet werden, und die Verwaltung unterstütze sie dabei auch. Es wäre fraglich, ob mit mehr Mitteln gegenwärtig mehr zu erreichen wäre. Wenn ihr etwas aufgedrängt würde, nehme sie es mit, aber eine Aufstockung wäre möglicherweise gegenwärtig nicht sinnvoll.

Franziska Becker (SPD) bemerkt, dass sie den Titel hätte zurückstellen lassen, wenn er nicht bereits zurückgestellt wäre.

Vorsitzender Frédéric Verrycken hält fest, die Frage Nr. 8 der Koalition solle schriftlich zur zweiten Lesung beantwortet werden. Die übrigen Berichte seien zur Kenntnis genommen.

S. 47: Titel 68304 – Förderung der Tierzucht –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Einzelplan 06 – Justiz und Verbraucherschutz Nr. 8: Haupt
Nr. 53: Kapitel 0608/Titel 68304: Förderung der
Tierzucht (S. 115)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der Ausschuss nimmt die Nummer 53 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 49: Titel 89237 – Zuschüsse für besondere Förderungsmaßnahmen in der Landwirtschaft mit EU- und Bundesbeteiligung –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Einzelplan 06 – Justiz und Verbraucherschutz Nr. 8: Haupt
Nr. 54 a/b: Kapitel 0608/Titel 89237: Zuschüsse für
besondere Förderungsmaßnahmen in der
Landwirtschaft (S. 116)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 54 a/b der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

**Kapitel 0609 – Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz – Personal-
überhang –**

Kapitelübergreifend zu Kapitel 0611 bis 0613, 0615 bis 0631, 0632, 0641, 0642 und
0651 wird mitberaten:

- a) Bericht SenJustV – I B 1 – vom 20.8.14 [0058 C](#)
Geschäftsentwicklungen und Verfahrensdauer in Haupt
den zivil-, straf- und öffentlich-rechtlichen
Gerichtsbarkeiten
- Bericht für das Jahr 2013 –
betr. Auflage Nr. II. B. 42 – Drucksache 17/1400 zum
Haushalt 2014/15
- b) Stellungnahme des Ausschusses Recht vom 07.01.2015 [0058 C-1](#)
(a) und b) vertagt in der 78. Sitzung am 27. Mai 2015) Haupt
- c) Bericht SenJustV – I B 1/I B 7 – vom 18.08.2015 [0058 D](#)
Geschäftsentwicklungen und Verfahrensdauer in Haupt
den zivil-, straf- und öffentlich-rechtlichen
Gerichtsbarkeiten
- Bericht für das Jahr 2014 –
betr. Auflage Nr. II. B 42 – Drucksache 17/1400 zum
Haushalt 2014/15
(in der 81. Sitzung vom 9.09.2015 zurückgestellt)

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte [0058 C](#) und [0058 D](#) sowie die Stellungnahme
[0058 C-1](#) zur Kenntnis.

Kapitel 0611 – Generalstaatsanwaltschaft

Kapitelübergreifend

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Kapitel 0611: Haupt
Nr. 55: Kapitel 0611 – 0613/Titel 42201: Bezüge der
planmäßigen Beamten/Beamtinnen (S. 117)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 55 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 65: Titel 54085 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IuK-Technik –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Kapitel 0611: Haupt
Nr. 56: Kapitel 0611/Titel 54085: Dienstleistungen
für die verfahrensabhängige IuK-Technik (S. 119)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 56 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

Kapitel 0612 – Staatsanwaltschaft

Titelübergreifend

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Kapitel 0612: Haupt
Nr. 57: Kapitel 0612: Null-Toleranz-Zonen (S. 120)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 57 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 70: Titel 11923 – Einnahmen aus der Abschöpfung von Gewinnen aus
Straftaten –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Kapitel 0612: Haupt
Nr. 58: Kapitel 0612/Titel 11923: Einnahmen aus
Abschöpfung von Gewinnen aus Straftaten (S. 121)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Frage Nr. 7, rote Nummer 1900 Z, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Wie kann eine Optimierung bei der illegalen Vermögensabschöpfung bei der Berliner Staatsanwaltschaft erreicht werden (z.B. S. 70, Kap. 0612, Titel 11923 Einnahmen aus der Abschöpfung von Gewinnen aus Straftaten)

Nicole Ludwig (GRÜNE) bemerkt zum obenstehenden Titel, der Titel sei für 2015 hoch angesetzt, für 2016 und 2017 aber wieder niedrig. Wenn erwartet werde, dass in der wachsenden Stadt mehr Straftaten stattfänden, warum werde der Ansatz dann so niedrig gehalten?

Karlheinz Nolte (SPD) erinnert an die Diskussion zum Thema vor zwei Jahren, als ein Vorschlag gemacht worden sei, wie kriminell erworbene Vermögen besser eingezogen werden könnten. Dies habe auch Eingang in die Koalitionsvereinbarung der Bundesregierung gefunden. Geschehe hier auf Bundesebene etwas, sodass längerfristig höhere Einnahmen im Landeshaushalt verbucht werden könnten?

Senator Thomas Heilmann (SenJustV) antwortet, in der gegenwärtigen Rechtslage sei der Titel extrem volatil. Es hätten im Ist schon einmal 43 Millionen Euro aus einem Verfahren gestanden. Das sei schwer prognostizierbar. Der Ansatz sei sehr vorsichtig gehalten.

Der Koalitionsvertrag enthalte hierzu eine Aussage, und nun sei auch eine sehr komplexe Richtlinie der EU erlassen worden. Die Länder hätten mit dem Bund vereinbart, dazu eine Arbeitsgruppe einzurichten, die die Vermögensabschöpfung von Grund auf umgestalten wolle. Er habe keine einzelne Gesetzesänderung im Bundesrat gestartet, weil die Erwartung bestanden habe, das Thema zusammen mit der EU-Richtlinie zu behandeln. Daran werde nun konstruktiv gearbeitet. Er hoffe, dass das BMJ 2016 dazu mit einem Vorschlag komme. Das Land Berlin wolle dabei konstruktiv mitarbeiten.

Karlheinz Nolte (SPD) fragt, in welche Richtung die EU-Richtlinie gehe. Solle die Abschöpfung erleichtert oder erschwert werden?

Senator Thomas Heilmann (SenJustV) antwortet, Hintergrund sei die rigorose italienische Regelung, mit der die Mafia-Gewinne relativ effektiv abgeschöpft würden. Insofern sei eine Verschärfung zu erwarten. Das italienische Muster passe nicht ganz zum deutschen Recht; er könne dazu jetzt nicht alle Details darstellen. Das Ziel sei jedenfalls eine Verschärfung. Als Beispiel: Die Staatsanwaltschaft Palermo schöpfe mehr ab als die gesamte Abschöpfung in Deutschland.

Nicole Ludwig (GRÜNE) bemerkt, der Staat sollte nicht in Versuchung kommen, bestimmte Geschäftszweige zu fördern, wenn es so gut laufe wie in Italien. Sie bitte, in einem Bericht zur zweiten Lesung am 13.11.2015 die für Berlin relevanten Punkte aus der EU-Richtlinie darstellen zu lassen.

Vorsitzender Frédéric Verrycken hält fest, auch die Frage Nr. 7 der Koalition solle zum 13.11.2015 beantwortet werden.

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 58 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 70: Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamten/Beamtinnen –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015

[2388](#)

Kapitel 0612:

Haupt

**Nr. 59: Kapitel 0612/Titel 42201: Bezüge der
planmäßigen Beamten/Beamtinnen (S. 122)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 59 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 72: Titel 52601 – Gerichts- und ähnliche Kosten –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015

[2388](#)

Kapitel 0612:

Haupt

**Nr. 60, 61: Kapitel 0612/Titel 52601: Gerichts- und
ähnliche Kosten (S. 123)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummern 60 und 61 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

Kapitel 0613 – Amtsanwaltschaft

Carola Bluhm (LINKE) bemerkt zu Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamten/ Beamtinnen –, in diesem Kapitel seien die Kosten um zwischen 15, 16 und 17 Prozent gestiegen, die Stellen aber nur um 2 Prozent. Seien hier Umgruppierungen vorgenommen worden?

Senator Thomas Heilmann (SenJustV) antwortet, hier bestehe ein doppeltes System: Es gebe Stellen und VZÄ – Vollzeitäquivalente – sowie Mittel für VZÄ. In der Amtsanwaltschaft seien eine ganze Reihe Stellen nicht besetzt, für die es nun eine Finanzierung gebe.

Der **Ausschuss** erwartet zur Frage der Linksfraktion einen Bericht zur zweiten Lesung am 13.11.2015.

**S. 83: Titel 51715 – Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des
Facility Managements –**

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015

[2388](#)

Kapitel 0613:

Haupt

**Nr. 62: Kapitel 0613/Titel 51715: Betriebs- und
Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements
(S. 125)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 62 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 83: Titel 51820 – Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Kapitel 0613: Haupt
Nr. 63: Kapitel 0613/Titel 51820: Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management (S. 126)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 63 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

Kapitel 0615 – Kammergericht

S. 88: Titel 11152 – Gebühren nach verschiedenen landesrechtlichen Vorschriften –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Kapitel 0615: Haupt
Nr. 64: Kapitel 0615/Titel 11152: Gebühren nach verschiedenen landesrechtlichen Vorschriften (S. 127)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 64 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 88: Titel 23101 – Ersatz von Ausgaben durch den Bund –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Kapitel 0615: Haupt
Nr. 65: Kapitel 0615/Titel 23101: Ersatz von Ausgaben durch den Bund (S. 128)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 66 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 88: Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamten/Beamtinnen –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015

[2388](#)

Kapitel 0615:

Haupt

Nr. 66: Kapitel 0615/Titel 42201: Bezüge der planmäßigen Beamten/Beamtinnen (S. 129)

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

S. 88: Titel 42202 – Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015

[2388](#)

Kapitel 0615:

Haupt

Nr. 67: Kapitel 0615/Titel 42202: Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen (S. 129)

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Nicole Ludwig (GRÜNE) fragt zu den voranstehenden Titeln zum Thema elektronischer Rechtsverkehr nach den zusätzlichen Stellen für Richter. Warum müssten hier Richter eingesetzt werden? Im Bericht an den Fachausschuss heiße es unter Nr. 4, dass 25 Planstellen zum Teil durch Umsetzung innerhalb der ordentlichen Gerichtsbarkeit im Rahmen der internen Personalverteilung durch haushaltsneutrale Umwandlungen geschaffen worden seien. Wie sei dies zu verstehen?

Senator Thomas Heilmann (SenJustV) antwortet, die Fachverfahren bei Gericht würden im Auftrag einer Gemeinschaft von Ländern extra programmiert. Dies werde nicht durch IT-Fachleute allein erstellt, weil in jedem Rechtsgebiet tief ins Detail eingestiegen werden müsse. So müsse ein Familienrichter entscheiden können, welche Entscheidung in welchem Fall gelte, wie sie begründet sei und wie das Formular aussehen müsse. Dafür würden Fachleute benötigt.

Zur zweiten Frage: Er verweise auf zwei Rotationssysteme bei Gericht. Das eine finde unter den Proberichtern statt, die von Stelle zu Stelle wanderten. Das zweite System bestehe aus Personalentwicklungsmaßnahmen, wobei Personen auch einmal bewusst an eine andere Stelle gingen und abgeordnet würden. Dabei würden auch Richter zu IT-Fachstellen versetzt. So finde ein interner Ausgleich statt.

Nicole Ludwig (GRÜNE) bemerkt zum Thema Digitalis, es sei ihr nicht geläufig, dass für die Erstellung komplexer Software bei einer Softwarefirma Fachspezialisten eingestellt würden. Es sollte auch bei Richtern so sein, dass sie die Erstellung begleiten und beraten könnten. Dafür würden doch dann die Personen genommen, die vorhanden seien und mit der Softwarefirma zusammen erarbeiteten. Daraus sei für sie kein Stellenaufwuchs zu begründen.

Senator Thomas Heilmann (SenJustV) antwortet, bei der juristischen Software sei Spezielles zu beachten. Die IT müsse an den gesetzlichen Vorschriften ausgerichtet werden, wofür Richter beratend tätig sein müssten. In der Theorie sei die Entwicklung irgendwann beendet, und dann würden weniger Richter benötigt. Die Menge der Gesetzesänderungen ziehe aber

auch IT-Änderungen nach sich. Wenn der elektronische Rechtsverkehr eingeführt sei, sei es auch möglich, dass dort weniger Richter erforderlich seien. Über die Fluktuation könne dies aber problemlos reguliert werden. Jetzt bereits seien hohe Abgänge vorhanden, was sich in den nächsten zehn Jahren massiv erhöhen werde. Kein Richter sei dort zehn Jahre tätig, die meisten machten dies drei bis vier Jahre in der Entwicklung und rotierten dann wieder in die Rechtsprechung zurück.

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 66 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 89: Titel 42221 – Bezüge der Anwörter/innen –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015

[2388](#)

Kapitel 0615:

Haupt

**Nr. 68 a/b: Kapitel 0615/Titel 42221: Bezüge von
Anwörter/innen (S. 131)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Frage Nr. 5, rote Nummer 1900 AB, Fraktion Die Linke

Erbitten einen Bericht zur Höhe des Bundesdurchschnittes der Unterhaltsbeihilfe für Rechtsreferendare und der Differenz zu den Berliner Bezügen.

Nicole Ludwig (GRÜNE) fragt zum selben Titel: Die Positionen würden abgesenkt, aber es sei nicht ersichtlich, dass die 100 Euro mehr, die die Anwörter erhielten, bereits veranschlagt seien.

Senator Thomas Heilmann (SenJustV) antwortet, die 100 Euro mehr würden in der Justizausbildungsordnung geregelt. Die Mittel für die Gesetzesänderung seien lt. Erläuterung gesperrt. Sollte die Änderung bereits 2016 umgesetzt werden, könne dies über die Absenkung der Referendarzahlen im Rahmen der Haushaltswirtschaft gegenfinanziert werden.

Vorsitzender Frédéric Verrycken bittet, die Frage Nr. 5 der Linken zur zweiten Lesung am 13.11.2015 zu beantworten.

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 68 a/b der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 90: Titel 51801 – Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume –

S. 91: Titel 52501 – Aus- und Fortbildung –

S. 92: Titel 53111 – Ausschreibungen, Bekanntmachungen –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015

[2388](#)

Kapitel 0615:

Haupt

**Nr. 69 a/b, 70: Kapitel 0615/Titel 51801, 52501 und
53111: Mieten für Grundstücke, Gebäude und
Räume/Aus- und Fortbildung/Ausschreibungen,
Bekanntmachungen (S. 132)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummern 69 a/b und 70 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 92: Titel 54010 – Dienstleistungen –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015

[2388](#)

Kapitel 0615:

Haupt

**Nr. 71, 72: Kapitel 0615/Titel 54010:
Dienstleistungen (S. 135)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Franziska Becker (SPD) hält fest, dass der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt sei.

Der **Ausschuss** nimmt die Nummern 71 und 72 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 94: Titel 54060 – Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IuK-Technik –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015

[2388](#)

Kapitel 0615:

Haupt

**Nr. 73: Kapitel 0615/Titel 54060: Dienstleistungen
für die verfahrensunabhängige IuK-Technik (S. 138)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 73 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

Kapitel 0616 – Landgericht

Titelübergreifend

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Kapitel 0616: Haupt
Nr. 74: Kapitel 0616/div. Titel: Umstrukturierung
des Landgerichts (S. 139)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 74 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 104: Titel 42202 – Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Kapitel 0616: Haupt
Nr. 75: Kapitel 0616/Titel 42202: Bezüge der
planmäßigen Richter/Richterinnen (S. 140)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 75 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 105: Titel 51715 – Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des
Facility Managements –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Kapitel 0616: Haupt
Nr. 76: Kapitel 0616/Titel 51715: Betriebs- und
Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements
(S. 141)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Nicole Ludwig (GRÜNE) bemerkt zum voranstehenden Titel, die Betriebs- und Nebenkosten stiegen im gesamten Einzelplan sehr stark an. Im Bericht werde dies vor allem damit erklärt, dass der Flächenzuwachs enorm sei. Bei diesem Kapitel sei die Erhöhung sehr hoch, von 1,5 Millionen Euro 2015 auf 2,2 Millionen Euro 2016. Finde ein Flächenzuwachs statt?

Senator Thomas Heilmann (SenJustV) antwortet, hier finde kein Flächenzuwachs statt; es handele sich um Kostensteigerungen aufgrund des Vermieters BIM. Die Ansätze seien seines Wissens in den Vorjahren unrealistisch niedrig gewesen, es sei zu Nachzahlungen gekommen, und das sei nun in den Ansatz aufgenommen worden. Einzelheiten könne er dazu nicht nennen.

Alle Amtsgerichte

Frage Nr. 6, rote Nummer 1900 AB, Fraktion Die Linke

1. Wie viel Berufsbetreuer sind in allen Amtsgerichten tätig und wieviel Betreuungen werden durch sie im Jahr bearbeitet? Sind die Aufgabenbereiche zwischen ehrenamtlichen und Berufsbetreuer/innen abgegrenzt und wenn ja wie und warum?
2. Gibt es eine Zusammenarbeit zwischen Berufsbetreuer/innen, ehrenamtlichen Betreuer/innen und den Betreuungsvereinen? Wenn ja, wie ist diese organisiert?
3. Wie will SenJustV den Vorrang der ehrenamtlichen Betreuung gegenüber der Berufsbetreuung nach §1836 Absatz 4 BGB durchsetzen, angesichts des seit Jahren stagnierenden Anteils der Ausgaben für Ehrenamtsbetreuungen in Höhe von 7,5% an den Gesamtbetreuungsausgaben?
4. Wurde bei SenJustV geprüft, ob eine Etatisierung der Zuwendungen für die Betreuungsvereine bei SenJustV und damit eine engere Anbindung an die Betreuungsbehörden der Durchsetzung des o. g. gesetzlichen Auftrages besser gerecht würde? Wenn nicht, dann bitte Gründe nennen.

Carola Bluhm (LINKE) erläutert zum Berichtswunsch, im Sozialbereich werde über die ehrenamtlichen Betreuer diskutiert, und hier sei von den Berufsbetreuern die Rede, und ihre Fraktion wolle das System der beteiligten Gruppen verstehen. Der Gesetzgeber bestimme einen Vorrang der ehrenamtlichen Betreuer. Die Zahlen zeigten aber nicht, dass dies aktuell der Fall wäre. Das eine werde relativ gut bezahlt, und das andere werde mit einer Jahrespauschale von 399 Euro abgegolten. Wie rekrutierten die Amtsgerichte die Berufsbetreuer? Hier sei kein juristisches Staatsexamen erforderlich. Sollte eine bessere Abstimmung zwischen den Bereichen erreicht werden? Sollte es nicht möglich sein, dass eine ehrenamtliche Betreuerin auch Berufsbetreuerin werden kann? Berührten sich diese unterschiedlichen und unterschiedlich vergüteten Bereiche? Machten sie die gleiche Arbeit? Wie seien die Aufgaben abgegrenzt?

Vorsitzender Frédéric Verrycken bittet um den Bericht zur zweiten Lesung am 13.11.2015. Er schläge vor, die Amtsgerichte dann wieder gesammelt aufzurufen.

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 76 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

Kapitel 0619 – Amtsgericht Charlottenburg

Kapitelübergreifend

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015

Nr. 77: Kapitel 0619 – 0631/Titel 42201: Bezüge der planmäßigen Beamten/Beamtinnen (S. 143)

Nr. 78, 79: Kapitel 0619 – 0631/Titel 42202: Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen (S. 147)

Nr. 80: Kapitel 0619 – 0631/Titel 52601: Gerichts- und ähnliche Kosten (S. 151)

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

[2388](#)

Haupt

Der **Ausschuss** nimmt die Nummern 77 bis 80 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

Kapitel 0621 – Amtsgericht Köpenick

S. 124: Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamten/Beamtinnen –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015

[2388](#)

Kapitel 0621:

Haupt

Nr. 81: Kapitel 0621/Titel 42201: Bezüge der planmäßigen Beamten/Beamtinnen (S. 152)

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 81 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

Kapitel 0622 – Amtsgericht Lichtenberg

Keine Wortmeldung.

Kapitel 0623 – Amtsgericht Mitte

S. 132: Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamten/Beamtinnen –

S. 132: Titel 42202 – Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015

[2388](#)

Kapitel 0623:

Haupt

Nr. 82 a/b: Kapitel 0623/Titel 42201 und 42202:

Bezüge der planmäßigen Beamten/Beamtinnen und Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen (S. 153)

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 82 a/b der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

Kapitel 0624 – Amtsgericht Neukölln

S. 137: Titel 51715 – Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015

[2388](#)

Kapitel 0624:

Haupt

**Nr. 83: Kapitel 0624/Titel 51715: Betriebs- und
Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements
(S. 154)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 83 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

Kapitel 0625 – Amtsgericht Pankow-Weißensee

**S. 141: Titel 51715 – Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility
Managements –**

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015

[2388](#)

Kapitel 0625:

Haupt

**Nr. 84: Kapitel 0625/Titel 51715: Betriebs- und
Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements
(S. 155)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 84 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

Kapitel 0626 – Amtsgericht Schöneberg

S. 146: Titel 11912 – Rückzahlung von Prozess- und Verfahrenskostenhilfe –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015

[2388](#)

Kapitel 0626:

Haupt

**Nr. 85: Kapitel 0626/Titel 11912: Rückzahlung von
Prozess- und Verfahrenskostenhilfe (S. 157)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 85 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 146: Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015

[2388](#)

Kapitel 0626:

Haupt

**Nr. 86: Kapitel 0626/Titel 42801: Entgelte der
planmäßigen Tarifbeschäftigten (S. 158)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 86 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

Kapitel 0627 – Amtsgericht Spandau

S. 151: **Titel 51715 – Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility
Managements –**

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015

[2388](#)

Kapitel 0627:

Haupt

**Nr. 87: Kapitel 0627/Titel 51715: Betriebs- und
Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements
(S. 159)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 87 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

Kapitel 0628 – Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg

S. 154: **Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamten/Beamtinnen –**

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015

[2388](#)

Kapitel 0628:

Haupt

**Nr. 88: Kapitel 0628/Titel 42201: Bezüge der
planmäßigen Beamten/Beamtinnen (S. 160)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 88 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 154: **Titel 42202 – Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen –**

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015

[2388](#)

Kapitel 0628:

Haupt

**Nr. 89: Kapitel 0628/Titel 42202: Bezüge der
planmäßigen Richter/Richterinnen (S. 161)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 89 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 154: Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015

[2388](#)

Kapitel 0628:

Haupt

**Nr. 90: Kapitel 0628/Titel 42801: Entgelte der
planmäßigen Tarifbeschäftigten (S. 162)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 90 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

Kapitel 0630 – Amtsgericht Tiergarten

S. 160: Titel 11101 – Gebühren, Geldstrafen, Geldbußen (nur für Justiz) –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015

[2388](#)

Kapitel 0630:

Haupt

**Nr. 91: Kapitel 0630/Titel 11101: Gebühren,
Geldstrafen, Geldbußen (nur für Justiz) (S. 163)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 91 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 160: Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamten/Beamtinnen –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015

[2388](#)

Kapitel 0630:

Haupt

**Nr. 92: Kapitel 0630/Titel 42201: Bezüge der
planmäßigen Beamten/Beamtinnen (S. 164)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 92 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 162: Titel 51925 – Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015

[2388](#)

Kapitel 0630:

Haupt

Nr. 93: Kapitel 0630/Titel 51925: Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements (S. 165)

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 93 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

Kapitel 0631 – Amtsgericht Wedding

Keine Wortmeldung

Kapitel 0632 – Zentrales Mahngericht Berlin-Brandenburg

S. 177: Titel 51715 – Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015

[2388](#)

Kapitel 0632:

Haupt

S. 94: Kapitel 0632/Titel 51715: Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements (S. 166)

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 94 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

Nicole Ludwig (GRÜNE) erkundigt sich zu Titel 11101 – Gebühren, Geldstrafen, Geldbußen (nur für Justiz) –, warum der Ansatz von 2015 auf 2016 abgesenkt werde. Dieselbe Frage stelle sich zu den einzelnen Amtsgerichten. Sei das Thema wachsende Stadt in solchen Titeln irgendwo berücksichtigt?

Senator Thomas Heilmann (SenJustV) antwortet, der Ansatz sei am Ist 2014 orientiert. Der Ansatz sei insofern konservativ und defensiv, aber das stelle sicherlich kein Problem dar.

Kapitel 0641 – Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg

S. 182: Titel 42202 – Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015

[2388](#)

Kapitel 0641:

Haupt

**Nr. 95: Kapitel 0641/Titel 42202: Bezüge der
planmäßigen Richter/Richterinnen (S. 167)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 95 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

Kapitel 0642 – Verwaltungsgericht

Titelübergreifend

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015

[2388](#)

Kapitel 0642:

Haupt

**Nr. 96 a/b: Kapitel 0642/div. Titel: Auswirkungen
der gestiegenen Asylanträge (S. 168)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Carola Bluhm (LINKE) hält fest, im Bericht sei für die Asylverfahren eine Aufstockung um 12,5 Arbeitskraftanteile – AKA – vorgesehen. Sei dies auskömmlich?

Senator Thomas Heilmann (SenJustV) antwortet, es sei schwer vorhersehbar, in welchem Zeitraum das BAMF in der Lage sein werde, Bescheide zu erlassen. Gegenwärtig bestehe eine Klagequote von 25 Prozent. Es sei nicht vorhersehbar, ob es so bleiben werde. Für die Auskömmlichkeit könne er keine Sicherheit gewähren. Mit SenFin sei verabredet worden, die Lage zu beobachten und gegebenenfalls gegenzusteuern. Seine Verwaltung sei aufgefordert, in dieser Woche auf Senatsebene dem Finanzsenator einen Zwischenbericht zu erstatten, was er auch tun werde. Wenn Reaktion notwendig sei, werde unterjährig reagiert werden.

Michael Freiberg (CDU) erinnert an die fraktionsübergreifende Absprache, dass der Senat zu Anfang November einen Bericht zur Flüchtlingsentwicklung abliefern solle, der auch die angesprochenen Sachfragen klären solle.

Carola Bluhm (LINKE) bemerkt, der Bericht solle also alle Fragen im Zusammenhang beantworten, von minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen bis zur Personalausstattung für Asylverfahren.

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 96 a/b der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 194: Titel 42202 – Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015

[2388](#)

Kapitel 0642:

Haupt

**Nr. 97: Kapitel 0642/Titel 42202: Bezüge der
planmäßigen Richter/Richterinnen (S. 170)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 97 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

**S. 195: Titel 51820 – Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher
Verpflichtungen aus dem Facility Management –**

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015

[2388](#)

Kapitel 0642:

Haupt

**Nr. 98: Kapitel 0642/Titel 51820: Mietausgaben für
die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher
Verpflichtungen aus dem Facility Management (S.
171)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 98 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 199: Titel 81240 – Kommunikation und Datenverarbeitung –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015

[2388](#)

Kapitel 0642:

Haupt

**Nr. 99: Kapitel 0642/Titel 81240: Kommunikation
und Datenverarbeitung (S. 172)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 99 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

Kapitel 0651 – Sozialgericht

Titelübergreifend

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Kapitel 0651: Haupt
Nr. 100: Kapitel 0651/allgemein: Entwicklung der
Verfahrenszahlen (S. 173)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 100 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 204: **Titel 51101 – Geschäftsbedarf –**

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Kapitel 0651: Haupt
Nr. 101: Kapitel 0651/Titel 51101: Geschäftsbedarf
(S. 176)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 101 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 205: **Titel 51925 – Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements –**

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Kapitel 0651: Haupt
Nr. 102: Kapitel 0651/Titel 51925: Nutzerspezifische
Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements
(S. 177)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 102 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 206: **Titel 52601 – Gerichts- und ähnliche Kosten –**

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Kapitel 0651: Haupt
Nr. 103: Kapitel 0651/Titel 52601: Gerichts- und
ähnliche Kosten (S. 178)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 103 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 206: Titel 52703 – Dienstreisen –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015

[2388](#)

Kapitel 0651:

Haupt

**Nr. 104: Kapitel 0651/Titel 52703: Dienstreisen
(S. 179)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 104 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

Zu den Kapiteln 0661, 0663, 0664, 0666, 0668, 0669, 0671 und 0672

Frage Nr. 3, rote Nummer 1900 Z, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Welcher Zeitplan liegt der Ausstattung aller Justizvollzugsanstalten mit entsprechenden Handyblockern zugrunde, und wie wird die Ausstattung der Anstalten mit den entsprechenden Geräten vorgenommen?

Frage Nr. 5, rote Nummer 1900 Z, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Welche Maßnahmen werden zusätzlich ergriffen, um den Drogenkonsum in den Justizvollzugsanstalten einzudämmen, und welche Mittel sind dafür vorgesehen?

Frage Nr. 6, rote Nummer 1900 Z, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Welches Konzept wird bei der Verpflegung der Gefangen verfolgt? Welche zusätzlichen Kosten entstehen durch die Umstrukturierung der Küchen und Bäckerei im Justizvollzug, wie viele Arbeitsplätze für Inhaftiert fallen dadurch zukünftig weg, mit welchen zusätzlichen Angebote können die Beschäftigten durch die Umstrukturierung erwarten?

Vorsitzender Frédéric Verrycken bittet um einen Bericht zu den Fragen zur zweiten Lesung am 13.11.2015.

Kapitel 0661 – Justizvollzugsanstalt Plötzensee

Kapitelübergreifend

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Nr. 105: Kapitel 0661 – 0672: Voraussetzungen für Haupt
die Festlegung einer Mindestbesuchsdauer von zwei
Stunden (S. 180)
Nr. 106: Kapitel 0661 – 0672/Titel 42201: Bezüge der
planmäßigen Beamten/Beamtinnen (S. 181)
Nr. 107: Kapitel 0661 – 0672/Titel 51136 und 51168:
MG 32 Geschäftsbedarf/Geräte, Ausstattungs- und
Ausrüstungsgegenstände für die
verfahrensabhängige IuK-Technik (S. 182)
Nr. 108: Kapitel 0661 – 0672/Titel 54010:
Dienstleistungen (S. 183)
Nr. 109: Kapitel 0661 – 0672/Titel 68142:
Arbeitsentgelte, Ausbildungsbeihilfen,
Taschengelder im Justizvollzug (S. 184)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummern 105 bis 109 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 214: **Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamten/Beamtinnen –**

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Kapitel 0661: Haupt
Nr. 110: Kapitel 0661/Titel 42201: Bezüge der
planmäßigen Beamten/Beamtinnen (S. 185)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 110 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 215: **Titel 42701 – Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter –**

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Kapitel 0661: Haupt
Nr. 111 a/b/c: Kapitel 0661/Titel 42701:
Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen /
Mitarbeiter (S. 187)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 111 a/b der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 215: **Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten –**

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015

[2388](#)

Kapitel 0661:

Haupt

**Nr. 112: Kapitel 0661/Titel 42801: Entgelte der
planmäßigen Tarifbeschäftigten (S. 190)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 112 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

Titel 51408 – Dienst- und Schutzkleidung –

Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände –

Frage Nr. 4, rote Nummer 1900 Z, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Welche Kosten sind zusätzlich geplant, um die Beschäftigten in den Justizvollzugsanstalten mit entsprechender Sicherheitsausrüstung und Kleidung zu schützen?

In welchem Umfang wird der Haushaltstitel für die Dienstkleidung im Justizvollzug erhöht, damit zukünftig auch dem Wetter angepasste Kleidung (z.B. Sommerbekleidung) beschafft werden kann?

Vorsitzender Frédéric Verrycken bittet um einen Bericht zu den Fragen zur zweiten Lesung am 13.11.2015

S. 220: **Titel 53111 – Ausschreibungen, Bekanntmachungen –**

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015

[2388](#)

Kapitel 0661:

Haupt

Nr. 113 a/b: Kapitel 0661/Titel 53111:

Ausschreibungen, Bekanntmachungen (S. 191)

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 113 a/b der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 220: **Titel 53113 – Werbung im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit –**

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015

[2388](#)

Kapitel 0661:

Haupt

**Nr. 114: Kapitel 0661/Titel 53113: Werbung im
Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit (S. 192)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 114 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 221: Titel 54010 – Dienstleistungen –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015

[2388](#)

Kapitel 0661:

Haupt

Nr. 115 a/b: Kapitel 0661/Titel 54010:

Dienstleistungen (S. 193)

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 115 a/b der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 222: Titel 67144 – Unterbringung in fremden Krankenanstalten –

S. 222: Titel 67155 – Unterbringung in öffentlichen Krankenhäusern –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015

[2388](#)

Kapitel 0661:

Haupt

Nr. 117 a/b: Kapitel 0661/Titel 67144 und 67155:

Unterbringung in fremden Krankenanstalten/

Unterbringung in öffentlichen Krankenhäusern

(S. 201)

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 117 a/b der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 226: Titel 54060 – Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IuK-Technik –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015

[2388](#)

Kapitel 0661:

Haupt

**Nr. 116: Kapitel 0661/Titel 54060: Dienstleistungen
für die verfahrensunabhängige IuK-Technik (S. 200)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 116 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

Kapitel 0663 – Justizvollzugsanstalt für Frauen

Titelübergreifend

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015

[2388](#)

Kapitel 0663:

Haupt

**Nr. 118: Kapitel 0663/allgemein: Konzept zur
Zukunft der verschiedenen Standorte der JVA für
Frauen (S. 202)**

**Nr. 119: Kapitel 0663/allgemein:
Wiederinbetriebnahme Standort Pankow (S. 203)**
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummern 118 und 119 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 242: Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamten/Beamtinnen –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015

[2388](#)

Kapitel 0663:

Haupt

**Nr. 120: Kapitel 0663/Titel 42201: Bezüge der
planmäßigen Beamten/Beamtinnen (S. 204)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 120 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

**S. 244: Titel 51715 – Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des
Facility Managements –**

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015

[2388](#)

Kapitel 0663:

Haupt

**Nr. 121: Kapitel 0663/Titel 51715: Betriebs- und
Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements
(S. 205)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 121 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 245: Titel 54010 – Dienstleistungen –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Kapitel 0663: Haupt
Nr. 122: Kapitel 0663/Titel 54010: Dienstleistungen
(S. 206)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 122 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

Nicole Ludwig (GRÜNE) fragt, inwiefern sich die 2016 geschlossene Teilanstalt Pankow in den Ansätzen widerspiegele.

Franziska Becker (SPD) fragt zu Titel 51101 – Geschäftsbedarf –, warum das Budget für Bücher von 1 500 Euro auf 500 Euro für 2016/17 zurückgefahren werde.

Senator Thomas Heilmann (SenJustV) antwortet, die Schließung in Pankow spiegele sich nicht wider im Haushaltsplan. Dazu werde es im Rechtsausschuss einen Änderungsantrag geben.

Zu dem Ansatz für Bücher werde er in einem Bericht zur zweiten Lesung am 13.11.2015 berichten.

Kapitel 0664 – Justizvollzugsanstalt des Offenen Vollzuges Berlin

S. 250: **Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamten/Beamtinnen –**

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Kapitel 0664: Haupt
Nr. 123: Kapitel 0664/Titel 42201: Bezüge der
planmäßigen Beamten/Beamtinnen (S. 207)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 123 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 254: **Titel 54010 – Dienstleistungen –**

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Kapitel 0664: Haupt
Nr. 124, 125: Kapitel 0664/Titel 54010:
Dienstleistungen (S. 208))
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Nicole Ludwig (GRÜNE) erkundigt sich zum Bericht zu Nr. 8, Kompetenzfeststellungsverfahren im Einweisungsverfahren, nach dem Ansatz von 43 000 Euro für 2016 und 85 000 Euro für 2017. Woraus ergebe sich der hohe Aufwand im Verhältnis zu anderen Leistungen?

Senator Thomas Heilmann (SenJustV) antwortet, es gehe dabei um ein intensives Diagnostik- und Beratungsverfahren. Wer im offenen Vollzug sei, solle auch arbeiten können. Wenn keine Berufsausbildung oder -praxis gegeben sei oder die Arbeit lange her sei, gehe es um die Frage, wie etwas entwickelt werden könne. Das werde kaum in einem einzelnen Gespräch möglich sein, und so ergebe sich der Aufwand.

Der **Ausschuss** nimmt die Nummern 124 und 125 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 254: Titel 68142 – Arbeitsentgelte, Ausbildungsbeihilfen, Taschengelder im Justizvollzug

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015	2388
Kapitel 0664:	Haupt
Nr. 126: Kapitel 0664/Titel 68142: Arbeitsentgelte, Ausbildungsbeihilfen, Taschengelder im Justizvollzug (S. 210)	
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht	

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 126 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

Kapitel 0666 – Justizvollzugsanstalt Moabit

S. 258: Titel 23102 – Ersatz von Verwaltungsausgaben durch den Bund –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015	2388
Kapitel 0666:	Haupt
Nr. 127: Kapitel 0666/Titel 23102: Ersatz von Verwaltungsausgaben durch den Bund (S. 212)	
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht	

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 127 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 259: Titel 42221 – Bezüge der Anwärter/innen –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Kapitel 0666: Haupt
Nr. 128 a/b: Kapitel 0666/Titel 42221: Bezüge der
Anwärter/innen (S. 213)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 128 a/b der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 259: Titel 42701 – Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Kapitel 0666: Haupt
Nr. 129: Kapitel 0666/Titel 42701: Aufwendungen
für freie Mitarbeiterinnen / Mitarbeiter (S. 214)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 129 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 261: Titel 51715 – Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des
Facility Managements –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Kapitel 0666: Haupt
Nr. 130: Kapitel 0666/Titel 51715: Betriebs- und
Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements
(S. 215)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 130 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 262: Titel 54010 – Dienstleistungen –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Kapitel 0666: Haupt
Nr. 131 a/b: Kapitel 0666/Titel 54010:
Dienstleistungen (S. 216)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 131 a/b der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

Kapitel 0668 – Justizvollzugsanstalt Tegel

Mitberaten wird:

Bericht SenJustV – I C 1 – vom 14.11.2014 [0178 G](#)
Bauliche Maßnahmen zur Schaffung von Haupt
Unterbringungsmöglichkeiten für die
Sicherungsverwahrung
1. Aktuelle Haftplatzsituation im geschlossenen
Männervollzug
2. Erwartete Entwicklung des Haftplatzbedarfs
(Berichtsauftrag aus der 67. Sitzung vom 15.10.2014)
(in der 81. Sitzung vom 9.09.2015 zurückgestellt)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht [0178 G](#) zur Kenntnis.

S. 267: Titel 42221 – Bezüge der Anwärter/innen –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Kapitel 0668: Haupt
Nr. 132: Kapitel 0668/Titel 42221: Bezüge der
Anwärter/innen (S. 220)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 132 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 270: Titel 51820 – Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Kapitel 0668: Haupt
Nr. 133: Kapitel 0668/Titel 51820: Mietausgaben für
die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher
Verpflichtungen aus dem Facility Management
(S. 221)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 133 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 271: Titel 54010 – Dienstleistungen –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Kapitel 0668: Haupt
Nr. 134: Kapitel 0668/Titel 54010: Dienstleistungen
(S. 222)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 134 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 272: Titel 81279 – Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Kapitel 0668: Haupt
Nr. 135: Kapitel 0668/Titel 81279: Geräte, technische
Einrichtungen, Ausstattungen (S. 223)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 135 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

Kapitel 0669 – Jugendstrafanstalt

Titelübergreifend

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Kapitel 0669: Haupt
Nr. 136: Kapitel 0669/div. Titel:
Überwurfproblematik (S. 224)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 136 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 276: Titel 42221 – Bezüge der Anwärter/innen –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015 [2388](#)
Kapitel 0669: Haupt
Nr.137: Kapitel 0669/Titel 42221: Bezüge der
Anwärter/innen (S. 225)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 137 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 276: Titel 42701 – Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015

[2388](#)

Kapitel 0669:

Haupt

**Nr. 138: Kapitel 0669/Titel 42701: Aufwendungen
für freie Mitarbeiter/innen (S. 226)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 138 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 280: Titel 54010 – Dienstleistungen –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015

[2388](#)

Kapitel 0669:

Haupt

**Nr. 139 a/b: Kapitel 0669/Titel 54010:
Dienstleistungen (S. 227)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 139 a/b der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

Kapitel 0671 – Jugendarrestanstalt

Titelübergreifend

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015

[2388](#)

Kapitel 0671:

Haupt

**Nr. 140 a/b: Kapitel 0671/allgemein: Gemeinsame
Jugendarrestanstalt der Länder Berlin und
Brandenburg (S. 228)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 140 a/b der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

Kapitel 0672 – Justizvollzugsanstalt Heidering

S. 290: Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamten/Beamtinnen –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015

[2388](#)

Kapitel 0672:

Haupt

**Nr. 141: Kapitel 0672/Titel 42201: Bezüge der
planmäßigen Beamten/Beamtinnen (S. 230)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 141 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

Titel 42701 – Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015

[2388](#)

Kapitel 0672:

Haupt

**Nr. 142: Kapitel 0672/Titel 42701: Aufwendungen
für freie Mitarbeiterinnen / Mitarbeiter (S. 231)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 142 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 291: Titel 51408 – Dienst- und Schutzkleidung –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015

[2388](#)

Kapitel 0672:

Haupt

**Nr. 143: Kapitel 0672/Titel 51408: Dienst- und
Schutzkleidung (S. 232)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 143
der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

**S. 292: Titel 51715 – Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des
Facility Managements –**

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015

[2388](#)

Kapitel 0672:

Haupt

**Nr. 144: Kapitel 0672/Titel 51715: Betriebs- und
Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements
(S. 233)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 144 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 293: Titel 54010 – Dienstleistungen –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015

[2388](#)

Kapitel 0672:

Haupt

Nr. 145 a/b: Kapitel 0672/Titel 54010:

Dienstleistungen (S. 234)

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 145 a/b der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 294: Titel 81279 – Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015

[2388](#)

Kapitel 0672:

Haupt

**Nr. 146: Kapitel 0672/Titel 81279: Geräte, technische
Einrichtungen, Ausstattungen (S. 237)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 146 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

Kapitel 0691 – Soziale Dienste der Justiz - Gerichtshilfe und Bewährungshilfe -

S. 298: Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015

[2388](#)

Kapitel 0691:

Haupt

**Nr. 147: Kapitel 0691/Titel 42801: Entgelte der
planmäßigen Tarifbeschäftigten (S. 238)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 147 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

S. 300: Titel 54010 – Dienstleistungen –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenJustV – I C 4 – vom 21.09.2015

[2388](#)

Kapitel 0691:

Haupt

**Nr. 148: Kapitel 0691/Titel 54010: Dienstleistungen
(S. 239)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Recht

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 148 der Sammelvorlage [2388](#) zur Kenntnis.

[Unterbrechung der Sitzung von 14.00 bis 14.30 Uhr]

Einzelplan 05 – Inneres und Sport

Einzelplanübergreifend

Mitberaten wird:

- a) Vertraulicher Bericht SenInnSport – ZS B 3 Kl – vom
07.08.2015

[1936](#)

Haupt

Wirtschaftsplan 2016/2017 des IT-

Dienstleistungszentrums Berlin – ITDZ –

betr. Auflage Nr. A. 8 – Drucksache 17/1400 zum
Haushalt 2014/15

(in der 81. Sitzung vom 9.09.2015 zurückgestellt)

Vertrauliche
Beratung

- b) Bericht SenFin – II B – vom 28.09.2015

[2390](#)

Haupt

Betreuung der Software ProFiskal durch das ITDZ

(Berichtsauftrag aus der 82. Sitzung vom 16.09.2015)

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Einzelplan 05 – allgemein -

Nr. 1: Bürgerschaftliches Engagement (S. 13)

Nr. 2: Jubiläumszuwendung (S. 15)

Nr. 3: Richter- und Beamtenbesoldung (S. 16)

Nr. 4: Richterbesoldung (S. 16)

**Nr. 5: Versorgungs- und Integrationskonzept für
Asylbegehrende und Flüchtlinge (S. 18)**

**Nr. 6: Versorgungs- und Integrationskonzept für
Asylbegehrende und Flüchtlinge (S. 18)**

**Nr. 7, 8: Umsetzung Partizipations- und
Integrationsgesetz (S. 19)**

**Nr. 9, 10: Abschiebungen und Rückführungen
(S. 23)**

Nr. 11, 12: Abschiebegewahrsam (S. 24)

**Nr. 13: Gender Budgeting – leitende Funktionen
(S. 26)**

Nr. 14: Ausbildungspositionen/-entgelte (S. 27)

Nr. 15: Zielvereinbarungen (S. 29)

**Nr. 16: Umsetzung Empfehlungen NSU-
Untersuchungsausschuss (S. 30)**

**Nr. 17: Umsetzung der Behindertenpolitischen
Leitlinien (S. 32)**

**Nr. 18: Tarifierung Personalkosten bei
Zuwendungsempfänger (S. 35)**

Nr. 19: Zensusklage (S. 36)

**Nr. 20: Titel 459 03: Vorschläge der letzten zwei
Jahre (S. 37)**

**Nr. 21: Titel 525 01: Fortbildungen der letzten zwei
Jahre (S. 39)**

**Nr. 22: Titel 531 01: Barrierefreie
Veröffentlichungen (S. 47)**

**Nr. 23: Titel 540 85: Barrierefreie IuK-Technik
(S. 48)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Joachim Esser (GRÜNE) nimmt Stellung zu den Berichten unter a und b, es sei zu fragen, warum sich so wenige Verwaltungszweige des ITDZ bedienen. Der Leiter Herr Kandziora habe in einem Interview empfohlen, den Anschluss- und Benutzerzwang einzuführen. – Um das zu erreichen, müsste das ITDZ konkurrenzfähige Preise nehmen. Wenn eine Verwaltung den Weg mit dem ITDZ nicht gehen wolle, müsste die Verwaltung zumindest Argumente nennen, warum sie das nicht mache. Es werde z. B. das Problem genannt, bis wann für den Notfall ein Servicetechniker vor Ort sein müsste. Bezirke behaupteten, es ginge mit der jeweils beauftragten Firma sehr viel schneller. Er wolle sich hier ergebnisoffen ausdrücken. Er bitte um einen Bericht zur zweiten Lesung am 4.11.2015 zur Frage, was beim ITDZ auf der Preis- und Dienstleistungsseite geschehen müsste, um die Attraktivität der Nutzung als zentraler Dienstleister zu erhöhen. Oder die Verwaltung beurteile es so, dass das Problem nicht

existiere – was er sich schwer vorstellen könne. Es bestünden mindestens ebenso große Widerstände gegen die Geschäftsbesorgung durch die BIM. Dort gebe es aber inzwischen größere Fortschritte als beim ITDZ, weil sich die Fälle häuften, wo es heiße, es sei doch ganz gut und lohne sich für die Verwaltung. Da habe es deutliche Veränderungen gegeben, auch z. B. bei der Polizei. Es müsse sich zeigen, ob die BIM es leiste, die Polizeiwachen in Ordnung zu bringen, aber insgesamt sei die Tendenz etwas besser als beim ITDZ.

Vorsitzender Frédéric Verrycken stellt die Kenntnisnahme der Berichte fest.

Frage Nr. 10, rote Nummer 1900 Z, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

In welchen Kapiteln/Titeln sind zusätzliche (d.h. über den bestehenden Entwurf hinausgehende) Ausgaben für die Bearbeitung von Belangen von Asylbewerbern/Flüchtlingsen eingeplant?

Frage Nr. 11, rote Nummer 1900 Z, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

In welchem Umfang sind bei den Zuwendungsempfängern Tarifvorsorgeerhöhungen enthalten?

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamten/Beamtinnen –

Frage Nr. 1, rote Nummer 1900 AA, Fraktion Die Linke

Die Senatsverwaltung wird gebeten, zum Stand der Erarbeitung des Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes 2016/2017 zu berichten.

Ferner ist zu den Auswirkungen des Verfassungsgerichtsurteils vom 5. Mai 2015 zur Richterbesoldung in Sachsen-Anhalt auf die Richter- und Beamtenbesoldung in Berlin und zu entsprechenden Vorkehrungen im Haushalt zu berichten.

Übergreifend

Frage Nr. 2, rote Nummer 1900 AA, Fraktion Die Linke

Die Senatsverwaltung wird gebeten, zum Stand der Umsetzung und zur haushaltsmäßigen Untersetzung der ihre Aufgaben tangierenden Bestandteile des Flüchtlingskonzeptes zu berichten.

Steffen Zillich (LINKE) fragt zu Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamten/Beamtinnen – zum Thema Umsetzung des Verfassungsgerichtsurteils zur Richterbesoldung in Sachsen-Anhalt. Nachdem die Justizverwaltung erklärt habe, damit habe sie nichts zu tun, obwohl sie auch Richter habe, und das alles Sache der Innenverwaltung sei, müsse es nun angesprochen werden. Hier sei lange geprüft worden, aber offensichtlich sei die Prüfung noch nicht zum Abschluss gekommen, was für die Haushaltsberatungen nachteilig sei. Mit dem Bericht zu Frage Nr. 1 solle versucht werden, noch vor Abschluss der Haushaltsverhandlungen hier zur Klärung zu kommen.

Was werde geschehen, wenn die Prüfung erst nach Beschlussfassung über den Haushalt zu einem Ergebnis komme und sich noch Nachbesserungsbedarf ergebe? Seien überplanmäßige Ausgaben dann gerechtfertigt? Er wolle dies deutlich infrage stellen, denn diese Ausgaben seien keineswegs nicht vorhersehbar gewesen, erst recht nicht, wenn nach Eintritt des Ereignisses ein halbes Jahr die Möglichkeit der Prüfung der Konsequenzen dieses Ereignisses bestanden habe. Gehe SenInnSport davon aus, dass noch während der Haushaltsberatungen die Prüfung zu einem Ergebnis kommen werde? Wie sehe SenFin die Situation mit überplanmäßigen Ausgaben, falls vor Ende der Haushaltsberatungen noch kein Prüfungsergebnis vorliege?

Staatssekretär Klaus Feiler (SenFin) antwortet, die Innenverwaltung prüfe, er habe aufgrund eigener Erkenntnisse aber eine klare Erwartung, wie die Prüfung ausgehen werde. Man könne sich darüber streiten, ob es sich um einen Fall von ÜPL oder APL handele, weil es möglicherweise um rechtliche Verpflichtungen gehe, wenn man zu dem Ergebnis komme, dass gezahlt werden müsse. Insofern sehe er dem Prüfungsergebnis mit großer Gelassenheit entgegen.

Staatssekretär Bernd Krömer (SenInnSport) nimmt Stellung, gegenwärtig werde die Rechtmäßigkeit der Besoldung der Besoldungsgruppen R 1 bis R 3 für Berlin geprüft. Für die A-Besoldung seien noch Fälle beim Bundesverfassungsgericht anhängig, die möglicherweise noch in diesem Jahr entschieden würden, wo wahrscheinlich ähnliche Parameter wie für die zur R-Besoldung aufgestellt würden. Bei Sachsen-Anhalt sei es zu dem Ergebnis gekommen, dass es verfassungswidrig wäre und man für andere Bundesländer zu einem anderen Ergebnis gekommen sei. SenInnSport werde die Prüfung noch in diesem Jahr abschließen, aber vermutlich nicht mehr vor der zweiten Lesung des Haushalts. Zur A-Besoldung werde die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts abgewartet.

Steffen Zillich (LINKE) fragt nach dem Zeitplan des Bundesverfassungsgerichts zur A-Besoldung. Nehme SenInnSport nicht zur R-Besoldung Stellung, weil Rechtspositionen des Landes nicht aufgegeben werden sollten vor dem Verfahren beim Bundesverfassungsgericht zur A-Besoldung? Dann stelle sich die Frage von ÜPL aber in besonderem Maße, weil die Rechtmäßigkeit dabei nicht gegeben wäre, wenn das Prüfungsergebnis aus gerichtstaktischen Gründen dem Parlament nicht vorgelegt werde.

Wenn eine Einschätzung zu den R-Besoldungen vorhanden wäre und dies Weiterungen für eine mögliche Entscheidung zu den A-Besoldungen hätte, bestehe die Vorsorgeverpflichtung im Haushalt umso mehr. Es sei denn, der Senat sei der Auffassung – die dann auch dargestellt werden sollte –, dass in den Ansätzen dafür ausreichend Vorsorge getroffen sei, worüber er dann auch berichten sollte.

Staatssekretär Bernd Krömer (SenInnSport) antwortet, SenInnSport arbeite an der Prüfung der Rechtmäßigkeit der Besoldung R 1 bis R 3. Dies werde nicht abhängig gemacht vom Ergebnis der Verfahren beim Bundesverfassungsgericht zur A-Besoldung. Fünf – nicht so einfache – Prüfungsparameter stünden zur Debatte. Eines der Kriterien sei der Quervergleich, ob das jährliche Bruttoeinkommen 10 Prozent unter dem Besoldungsdurchschnitt des Bundes und der Länder liege. Das Ergebnis der Prüfung laute, dass dies nicht der Fall sei. In diesem einen Punkt liege schon einmal keine Verfassungswidrigkeit vor. In der Jahresplanung des Bundesverfassungsgerichts sei vorgesehen, dass die Entscheidung zur A-Besoldung im Jahr

2015 fallen solle. Der Zeitpunkt sei nicht absehbar. Er glaube, ein Termin zur Entscheidung sei noch nicht angesetzt worden.

Steffen Zillich (LINKE) fragt, ob in die Ermittlung des genannten Besoldungsdurchschnitts die Besoldung aus Sachsen-Anhalt eingegangen sei.

Staatssekretär Bernd Krömer (SenInnSport) antwortet, natürlich sei auch die Besoldung in Sachsen-Anhalt in dem Durchschnitt enthalten. Man müsse sich an den Ist-Zahlen orientieren.

Vorsitzender Frédéric Verrycken bittet, die aufgeworfenen Fragen in den Bericht zur Frage Nr. 1 der Linksfraktion aufzunehmen. Die genannten Fragen Nr. 10 und 11 der Koalition und Nr. 1 und 2 der Linken seien schriftlich zu beantworten.

Joachim Esser (GRÜNE) spricht den zur zweiten Lesung des Einzelplans 29 erbetenen Bericht zur Spielbank an und fragt dazu nach, ob inzwischen das Konzessionsverfahren zur Spielbank abgeschlossen sei. Er habe vernommen, dass die Neuausschreibung bisher nicht erfolgt sei, obwohl sie bereits vor eineinhalb oder zwei Jahren hätte erfolgen sollen. Stattdessen sei dem jetzigen Konzessionsnehmer eine Verlängerung der alten Konzession angeboten worden, vermutlich dann zu gleichen Bedingungen. Es wäre interessant zu erfahren, ob sich mit einer Änderung auch die Haushaltseinnahmen veränderten. Offenbar stehe die eigentliche Ausschreibung noch bevor. Es sei wohl auch strittig, ob eine Konzession oder zwei ausgeschrieben werden müssten. Der Hauptausschuss sei zufrieden gewesen, dass dies in einer Hand zusammengeführt worden sei und nicht mit zwei Unternehmen verhandelt werden müsse. Wie sei der Stand der Dinge? Wann sei eine Ausschreibung vorgesehen, und welcher Art werde sie mit welchen Konditionen sein? Er habe gehört, dass die Verlängerung der jetzigen Konzession mit dem jetzigen Betreiber von einem anderen Interessenten vor Gericht beklagt werde, der sich an dem ursprünglichen Verfahren habe beteiligen wollen. Er wolle auch gern den Stand in dieser Angelegenheit erfahren. Die Klage könne ja die Ungültigkeit des geltenden Konzessionsvertrags feststellen, was zu einer Einstellung des Spielbankbetriebs und der Einnahmen führen könnte. Er sehe den Vorgang nunmehr als unübersichtlich an. Er bitte, dass sich die Senatsinnenverwaltung am erbetenen Bericht von SenFin zur zweiten Lesung des Einzelplans 29 seinen Fragen entsprechend beteilige und die angefragten Informationen mit einarbeite.

Michael Freiberg (CDU) spricht die Wahlen aufgrund des Seniorenmitwirkungsgesetzes an. Er bitte um Zurückstellung des Titels und einen Berichtsauftrag zu diesem Thema zur zweiten Lesung. Betroffen sei Kapitel 0500, Titel 54615 – Entgelte für Statistikleistungen aufgrund von Servicevereinbarungen –.

Stefanie Remlinger (GRÜNE) fragt zur Sammelvorlage rote Nummer 2386, lfd. Nr. 1, Bürgerschaftliches Engagement: In der Vergangenheit sei das Thema Sauberkeit im Wohnumfeld unterstützt worden, und dies sei eingestellt worden. Warum sei dies geschehen, und wie viel habe in der Vergangenheit hierfür zur Verfügung gestanden? Inwieweit sei sichergestellt, dass die Bezirke dieses Thema weiterbearbeiteten?

Zur lfd. Nr. 13, Gender-Budgeting – leitende Funktionen – werde in der Sammelvorlage rote Nummer 2386 berichtet, dass eine Reihe von Funktionen frei werde und SenInnSport sich keinerlei genderpolitische Ziele gesetzt habe. Sei dies nicht gewollt, oder seien keine Ideen

vorhanden, wie man hier Ziele und Maßnahmen initiieren könnte, um diese Chancen zu nutzen? Der demografische Umbruch und der stattfindende Personalaufbau ermöglichten Personalförderung und Nachwuchsentwicklung und Ähnliches in anderem Ausmaß, als es bei Personalabbau möglich gewesen sei.

Zu den lfd. Nrn. 6 – Versorgungs- und Integrationskonzept für Asylbegehrende und Flüchtlinge – und 7 – Umsetzung Partizipations- und Integrationsgesetz – bitte sie, im Hinblick auf den 4.11.2015 die Angaben zu aktualisieren, besonders im Hinblick auf die Sprachangebote, wo Englisch und Französisch als Angebote aufgeführt worden seien. Das scheine ihr aus alten Westberliner bzw. Brüssel-europäisch ausgerichteten Zeiten zu stammen. Sie gebe den Hinweis, dass die Volkshochschule Friedrichshain-Kreuzberg Crash-Kurse für Arabisch mit einer Einführung in kulturelle Kompetenzen angeboten habe und dass die Kurse innerhalb von zehn Minuten ausgebucht gewesen seien.

Michael Freiberg (CDU) sieht es ebenso, dass sich das Land Berlin auf die Flüchtlingsthematik einstellen müsse. Er sei sehr gespannt auf die Vorlage von SenFin zum 4.11.2015 mit den Auswirkungen der Thematik auf die laufenden Haushaltsberatungen.

Staatssekretär Bernd Krömer (SenInnSport) sagt die Berichte zu den Nrn. 6 und 7 der Vorrednerin zu. Zur Wohnumfeldfinanzierung: Von 2009 bis 2012 habe ein Pilotprojekt mit einer Anschubfinanzierung stattgefunden. Die anschließende Regelfinanzierung müsse von den Bezirken selbst im Rahmen der Globalsumme finanziert werden.

Zu den Seniorenvertretungswahlen sei angesprochen worden, ob die Wahlen zeitgleich zu den Abgeordnetenhauswahlen durchgeführt werden könnten. Die Verwaltung habe verfassungsrechtliche bzw. eher verfassungspolitische Bedenken dagegen, denn das Wahlprozedere sei völlig anders. Grundsätzlich wäre es vorstellbar, aber die Landeswahlleitung und die Wahlämter müssten hier etwas organisieren für einen relativ kleinen Teil der Bevölkerung und für ein völlig anders Wahlverfahren. Die Verständigung habe gelautet, dass aus den Reihen des Parlaments noch einmal abschließend über die Frage befunden werden solle. Man könne es vermutlich grundsätzlich machen.

Zur Spielbankkonzessionierung antworte er, in allen Bundesländern seien seit vielen Jahrzehnten die Konzessionen sozusagen freihändig vergeben worden. Zum ersten Mal sei in Berlin wie auch in anderen Ländern eine europaweite Ausschreibung erforderlich. Die Anschlusskonzessionierung sei zunächst für zwei Jahre mit dem bisherigen Betreiber vereinbart worden, wie es auch andere Länder gemacht hätten. Dies sei beklagt worden. Aber auch jedes Ergebnis einer Ausschreibung könne beklagt werden. Das Verfahren sollte daher möglichst rechtsicher gemacht werden. In den Spielbanken arbeiteten eine große Anzahl von Beschäftigten zum Teil schon seit vielen Jahren, und dort sei Unruhe entstanden, ob sie arbeitslos würden, wenn die bisherige Konzession auslaufe und die Ausschreibung noch nicht beendet wäre. Für eine Übergangsfrist von zwei Jahren sei die Konzession daher verlängert worden, um ein vernünftiges Verfahren durchführen zu können. Die Klage sei legitim, und er sehe dem Ergebnis recht gelassen entgegen. Er rechne damit, dass im ersten Quartal/im ersten Halbjahr 2016 die Konzession ausgeschrieben werde. Die gegenwärtigen Standorte könnten auch geprüft werden, und die Anschlussbeschäftigung des Personals sei zu steuern, ohne Unruhe und Hektik zu verursachen.

Vorsitzender Frédéric Verrycken hält fest, der Bericht zur Spielbank werde zum 4.11.2015 erwartet.

Dr. Erik Niels Voigt (SenInnSport) führt zum Thema Gender-Budgeting aus, die Frage habe gelautet, welche Positionen besetzt sollten und welche potenziell zur Frauen besetzt werden könnten. Es sei keine Position bekannt, die nicht durch eine Frau besetzt werden könne. Es sei ein Frauenförderplan vorhanden. Im Jahr 2015 seien drei Stellen in der B-Besoldung – zwei Referatsleiterstellen und eine Abteilungsleiterstelle – mit Frauen besetzt worden.

Michael Freiberg (CDU) hält am erbetenen Bericht zur zweiten Lesung zum Thema Seniorenvertretungswahlen fest. Es handele sich nicht um eine kleine Gruppe in der Gesellschaft; es nähmen bisher aber nur relativ wenige Personen an den Wahlen teil. Es sollten Anreize für die Wahlen gefunden werden; die Menschen sollten aktiver werden können. Es sei ihm ein Anliegen, dass die älteren Menschen die Chance hätten, evtl. im Einklang mit den Wahlen zum Abgeordnetenhaus wählen zu können.

Joachim Esser (GRÜNE) bittet, im Bericht zur Spielbank auf das Problem einzugehen, dass während der Ausschreibung die verlängerte Konzession auslaufen könnte und noch einmal verlängert werden müsse. Er sehe den Zeitplan mit Sorge. Es sei Planungssicherheit für Unternehmen und Belegschaft erforderlich.

Stefanie Remlinger (GRÜNE) bittet um einen Bericht im Hinblick auf die leitenden Funktionen und Personalentwicklungsmaßnahmen und Ähnliches, welche Ziele gesetzt seien, wie viele der Ausscheidenden Männer seien und welche Mann-Frau-Relation angezielt werden könnten.

Vorsitzender Frédéric Verrycken hält fest, der Bericht werde zum 11.11.2015 erwartet.

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte [1936](#) und [2390](#) zur Kenntnis. Die Nummern 1 bis 23 der Sammelvorlage [2386](#) werden zur Kenntnis genommen.

Kapitel 0500 – Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Kapitel – und Titelübergreifend

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Kapitel 0500, 0531-0559:
Nr. 24: Personalkonzept (S. 50)

Kapitel 0500:
Nr. 27: Ausgaben Abt. II – Verfassungsschutz (S. 58)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Frage Nr. 12, , rote Nummer 1900 Z, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Wir bitten um einen Bericht zum Verfahrensstand bei der (Wieder-) Einführung der Jubiläumszuwendung.

Staatssekretär Bernd Krömer (SenInnSport) antwortet zur letzteren Frage, die Personalvertretungen seien mit Schreiben vom 17.8.2015 um Stellungnahme zum Entwurf gebeten worden. Die Stellungnahmefrist habe am 30.9.2015 geendet. Derzeit werde dies ausgewertet. Nach Abschluss der Beteiligung werde die überarbeitete Senatsvorlage zum Gesetzentwurf SenFin und SenJustV zur Mitzeichnung zugeleitet. Bei unproblematischem Verlauf des Mitzeichnungsverfahrens werde die erste Senatsbefassung noch im Jahr 2015 erfolgen. Durch die Wiedereinführung der Jubiläumszuwendung seien für das Land ab 2016 maximal 1,5 Millionen Euro an Mehrausgaben zu erwarten. Diese würden aus den im Personalhaushalt veranschlagten Sätzen des Titels Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamten/Beamtinnen – getragen.

Christian Goiny (CDU) bittet hierzu um Bericht zur zweiten Lesung am 11.11.2015

Steffen Zillich (LINKE) spricht die rote Nummer 2386, lfd. Nr. 24 – Personalkonzept – an. Er wolle sich dann bei der Besprechung des Titels für pauschale Minderausgaben darauf beziehen. Er werde sich an dem Punkt noch einmal dazu melden.

Der **Ausschuss** nimmt die Nummern 24 und 27 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

S. 16: Titel 26101 – Ersatz von Verwaltungsausgaben –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Kapitel 0500:

**Nr. 28, 29: Titel 261 01: Aktueller Stand der
Gespräche mit den Kirchen; Fortschreibung
Kirchensteuermerkmale u. a. (S. 59)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 28 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

Frage Nr. 3, rote Nummer 1900 AA, Fraktion Die Linke

Die Senatsverwaltung wird gebeten, darzustellen, inwieweit und mit welchen Konsequenzen sich die rechtliche Situation in Bezug auf Ersatz von Verwaltungsausgaben durch die Kirchen für die Übermittlung von Meldedaten verändert und wie der Senat gedenkt darauf zu reagieren.

Vorsitzender Frédéric Verrycken hält Zurückstellung des Titels und Bericht zum 11.11.2015 fest.

S. 18: Titel 46201 – Pauschale Minderausgaben für Personalausgaben –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Kapitel 0500:

Nr. 30: Titel 462 01: Auflösung PMA (S. 60)

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

**Titel 46201 – Pauschale Minderausgaben für Personalausgaben – Bericht Nr. 24,
rote Nummer 2386 – Personalkonzept –**

Frage Nr. 4, rote Nummer 1900 AA, Fraktion Die Linke

Die Senatsverwaltung wird gebeten, detailliert zu erläutern, welche Stellen „zum Sparen vorgesehen“ sind, wie in der Fußnote 3 des Berichts ausgeführt ist.

Ferner wird gebeten, zu berichten, in welchen Organisationseinheiten und nachgeordneten Behörden geplant ist, in Umsetzung der pauschalen Minderausgaben Stellen einzusparen oder Stellen temporär nicht zu besetzen.

Steffen Zillich (LINKE) erinnert daran, dass die Personalsituation der Vollzugspolizei und der vollzugsnahen Bereiche regelmäßig thematisiert worden sei. Gleichzeitig seien pauschale Minderausgaben eingestellt gewesen, wobei erklärt worden sei, diese gingen nicht zulasten dieser sensiblen vollzugsnahen Bereiche und der Vollzugspolizei. Nun liege die Abrechnung der pauschalen Minderausgaben für 2014 vor, und es zeige sich, dass im Wert von 4,5 Millionen Euro ca. 70 bis 80 Stellen temporär im Bereich der vollzugsnahen Dienste, z. B. beim Objektschutz, nicht wiederbesetzt worden seien. Gleichzeitig würden aber, weil der zentrale Objektschutz nicht genügend besetzt sei, Vollzugspolizisten eingesetzt, um die Aufgaben zu erfüllen. Durch die PMA sei also bewirkt worden, dass weniger Vollzugspolizisten für ihre Aufgaben eingesetzt würden. Im aktuellen Haushaltsplanentwurf stünden wiederum pauschale Minderausgaben, die tatsächlich Auswirkungen hätten, die über den Ersatz von Alt durch Jung hinausgingen und entweder zur Einsparung von Stellen oder zur temporären Nichtbesetzung führten. Man sollte sich in diesen Haushaltsberatungen ehrlich machen und die Personalaufwüchse an vielen Stellen gegenrechnen gegen das, was über PMA an anderer Stelle wieder einkassiert werde.

Vorsitzender Frédéric Verrycken hält fest, der Bericht werde zum 11.11.2015 erwartet.

Stefanie Remlinger (GRÜNE) bittet, auch die vermutete Alt-Jung-PMA auszuweisen und zum Objektschutz darzustellen, ob und inwiefern sich durch Neueinstellungen die Überstundensituation klären werde.

Christian Goiny (CDU) verweist auf die Behandlung dieser Themen im UA PHPW. Er bitte um Vermeidung von Doppeldiskussionen.

Stefanie Remlinger (GRÜNE) bemerkt, sie habe Folgefragen an die Berichte, die der Innenausschuss angefordert habe. Diese Berichte hätten nicht zuvor im UA PHPW besprochen werden können.

Christian Goiny (CDU) antwortet, fast dieselben Fragen seien im UA PHPW gestellt worden, und der Bericht dazu komme noch einmal in den Hauptausschuss. Es sollte nicht doppelt berichtet werden.

Stefanie Remlinger (GRÜNE) entgegnet, sie habe diese Fragen im UA Stellenplan nicht gestellt. Sie habe auf die Berichte gewartet, die der Innenausschuss angefordert habe.

Vorsitzender Frédéric Verrycken hält fest, zum 10.11.2015 sollten im UA PHPW die Fragen zum Personalhaushalt beantwortet werden. Falls die Frage nun dort nicht gestellt worden sei, sollte die Frage am 11.11.2015 im Hauptausschuss aufgenommen werden. Dann sei sichergestellt, dass alle Fragen abgearbeitet würden.

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 30 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

S. 19: Titel 51715 – Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom [2386](#)
15.09.2015 Haupt
Kapitel 0500:
Nr. 31: Titel 517 15: Außenstellen Verfassungsschutz
– Abt. II – (S. 61)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 31 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

S. 20: Titel 52610 – Gutachten –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom [2386](#)
15.09.2015 Haupt
Kapitel 0500:
Nr. 32: Titel 526 10: Detaillierte Darstellung (S. 62)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Frage Nr. 5, rote Nummer 1900 AA, Fraktion Die Linke

Die Senatsverwaltung wird gebeten, die konkreten Umstände der Prüfung einer Kapitalentnahme zu erläutern. Für welches Unternehmen wurde aus welchem Grund / Anlass mit welchem Ergebnis geprüft?

Kirsten Dreher (SenInnSport) antwortet auf die letztere Frage, der Senat als Anstaltsträger habe mit Senatsbeschluss vom 26.6.2013 gebeten zu prüfen, ob die Herabsetzung des Eigenkapitals des ITDZ möglich sei. Daraufhin sei eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft beauftragt worden, die geprüft habe, in welchem Umfang Eigenkapital herabgesetzt werden könne. Im Jahr 2015 werde Eigenkapital des ITDZ in Höhe von 9,2 Millionen Euro in zwei Raten in Abstimmung mit SenFin abgeführt.

Steffen Zillich (LINKE) fragt nach den Konsequenzen. Nehme das ITDZ Fremdkapital auf, würden Rücklagen aufgelöst oder Ähnliches?

Kirsten Dreher (SenInnSport) antwortet, es sei nicht so, dass im gleichen Umfang Fremdkapital aufgenommen worden sei. Es könne Monate geben, wo es eng werden könne; daher bestehe ein Kontokorrentkredit. Dieser sei aber bisher noch nicht in Anspruch genommen worden. Sie sage einen Bericht zum 11.11.2015 zu.

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 32 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

S. 21: Titel 52703 – Dienstreisen –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Kapitel 0500:

Nr. 34: Titel 527 03: Detaillierte Darstellung (S. 64)

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 34 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

S. 21: Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Kapitel 0500:

Nr. 33: Titel 531 01: Detaillierte Darstellung (S. 63)

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 33 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

S. 21: Titel 54002 – Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung) –

S. 21: Titel 54010 – Dienstleistungen –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Kapitel 0500:

Nr. 35, 36: Titel 540 02 und 540 10: Detaillierte

Darstellung (S. 70) – Arbeitsmedizin /

Kompetenzstelle Cybersicherheit (S. 71)

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt die Nummern 25 und 36 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

Stefanie Remlinger (GRÜNE) fragt zu Titel 54050 – Innovationsfonds –. Welche Maßnahmen sollten mit den eingestellten 200 000 Euro durchgeführt werden? Werde das in der Erläuterung zum Titel genannte standardisierte Tool für Mitarbeiter- und Kundenbefragung, das durch die Senatskanzlei bereitgestellt werde, den Verwaltungen entgeltfrei zur Verfügung stehen? Welche Ressorts können das zukünftig einsetzen? Ein allgemeiner Einsatz würde sie sehr freuen, weil so die Mittel für Gesundheitsmanagement in anderen Ressorts noch besser eingesetzt werden könnten.

Vorsitzender Frédéric Verrycken hält fest, dass der Titel zurückgestellt sei und dazu schriftlich zum 11.11.2015 berichtet werden solle.

S. 22: Titel 54051 – Prävention im Bereich der inneren Sicherheit –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Kapitel 0500:

Nr. 37, 38, 39: Titel 540 51: Projekte,

Maßnahmen/Anzahl der Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter/Geschäftsstelle Landeskommision

gegen Gewalt (S. 72)

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 37 bis 39 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

Steffen Zillich (LINKE) bittet um Zurückstellung des Titels zur zweiten Lesung.

Stefanie Remlinger (GRÜNE) fragt, wo man bei der Gewalt- und Radikalisierungsprävention ansetzen müsse. Sie bitte um ergänzende Erläuterungen. Im Bericht stehe, es würden 1,6 Millionen Euro für diesen Bereich eingesetzt; im Titel stünden nur ca. 1,3 Millionen Euro. Wo würden außerdem noch Beträge veranschlagt? – Lt. Bericht sollten die Stellen ab Januar möglichst schnell besetzt werden. Wann könne dann wirklich mit der Arbeit begonnen werden?

Vorsitzender Frédéric Verrycken bittet um Bericht zum 11.11.2015

Franziska Becker (SPD) bittet um Zurückstellung des Titels 54060 – Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IuK-Technik – zur zweiten Lesung.

S. 24: Titel 54606 – Sächliche Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen des Wissens-transfers –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Kapitel 0500, 0553:

**Nr. 40: Titel 546 06: Umsetzungskonzept einschl.
Betrag (S. 75)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 40 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

S. 26: Titel 68432 – Zuschüsse für besondere soziale Projekte –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Kapitel 0500:

**Nr. 41, 42, 43: Titel 684 32: Detaillierte
Darstellung/Abschiebebeobachter an Berliner
Flughäfen/Tätigkeitsbericht (S. 78)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt die Nummern 41 bis 43 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

S. 26: Titel 68508 – Zuschuss an die Verwaltungsakademie –

Mitberaten wird:

Bericht SenInnSport – ZS B 3 Kl – vom 07.08.2015

**Entwurf des Haushaltsplans 2016/2017 der
Verwaltungsakademie Berlin**

[1941](#)
Haupt

betr. Auflage Nr. II. A. 8. – Drucksache 17/1400 zum
Haushalt 2014/15

(in der 81. Sitzung vom 9.09.2015 zurückgestellt)

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Kapitel 0500:

Nr. 44: Titel 685 08: Detaillierte Darstellung (S. 79)

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Stefanie Remlinger (GRÜNE) bittet um Zurückstellung des Titels 68432 – Zuschüsse für besondere soziale Projekte – zur zweiten Lesung

Vorsitzender Frédéric Verrycken hält die Kenntnisnahme des Berichts rote Nummer 1941 fest.

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 44 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

S. 27: Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Kapitel 0500:

Nr. 45: Titel 685 69: IOM-Beratungsstelle (S. 80)

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO
(Anlage nur für den Datenraum)

Vertrauliche
Beratung zur Anlage

Der **Ausschuss** nimmt die Nummer 45 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

Steffen Zillich (LINKE) bemerkt zu Titel 91917 – Zuführung an die Rücklage für den Digitalfunk –, im Innenausschuss sei die Auskunft gegeben worden, dass die notwendigen Arbeiten wahrscheinlich nicht im Jahr 2015 abgeschlossen werden könnten. Wie werde mit nicht verausgabten Mitteln umgegangen? Würden sie der Rücklage zugeführt, um dann 2016 entnommen zu werden, obwohl dafür keine Ansätze im Haushalt vorhanden seien? Oder werde ein anderes Verfahren der Sicherung der Ausgabeansätze im nächsten Jahr gewählt? SenInnSport habe dargestellt, dazu werde erst im Rahmen des Jahresabschlusses eine Verständigung erzielt. Es sei aber der Haushalt 2016/2017 betroffen. Werde sich ein Problem dabei stellen, die Ansätze der Rücklage zuzuführen?

Stefanie Remlinger (GRÜNE) hält fest, laut Rücklagentitel sei das Projekt abgeschlossen, und im genannten Titel sei auch nichts enthalten. Nun sei das Projekt aber nicht abgeschlossen, und an anderer Stelle heiße es, dass 14 Mitarbeiter für den Digitalfunk eingestellt würden. Würden nun die Kosten für den Digitalfunk nur anderswo verbucht? Was koste er tatsächlich? Sie wiederhole die These, dass der analoge Funk weiterhin vorgehalten werden müsse. Was koste dieser, wenn er beispielsweise noch fünf Jahre benötigt werde? Sie bitte um einen arrondierten Kostenstand für das Projekt.

Staatssekretär Bernd Krömer (SenInnSport) antwortet, zum Ende des Haushaltsjahres bzw. im Rahmen des Jahresabschlusses werde beantragt, Mittel in die Rücklage zu geben. Dies habe nichts mit dem Abschluss des Projekts zu tun, sondern mit der Rechnungslegung durch die Bundesanstalt für den Digitalfunk. Diese sei zögerlich mit der Rechnungslegung. Er habe

den Präsidenten nochmals gemahnt, dies in vernünftigen Zeitfristen zu erledigen. Das sei bereits in der Vergangenheit nicht zur Zufriedenheit gewesen, was bei einem so großen Projekt evtl. auch entschuldbar sei. Es gehe aber nichts verloren. Das Projekt als solches sei im vorgesehenen Kostenrahmen abgeschlossen, ein ziemlich teures Projekt mit etwas über 50 Millionen Euro. Es sei nicht teurer geworden, sondern im Laufe der Jahre etwas günstiger gegenüber den Planungen. Die 14 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien bereits tätig, nur die Stellen würden nunmehr nachträglich geschaffen.

Zur Vorhaltung des Analogfunks bemerke er, solange keine Flächendeckung zu 100 Prozent durch den Digitalfunk vorhanden sei – am Jahresende fehlten voraussichtlich noch fünf Masten, fünf würden noch 2015 eingerichtet –, werde der Analogfunk vorgehalten werden müssen. Er solle aber nicht für weitere fünf oder sechs Jahre in Betrieb gehalten werden. Wenn der Digitalfunk verlässlich überall in Deutschland eingeführt sei, werde der Analogfunk zügig dem Ende zugeführt werden.

Staatssekretär Klaus Feiler (SenFin) ergänzt, es seien keine neuen Ansätze vorhanden. Deshalb werde der vorhandene Bestand der Rücklage genutzt werden können. Die Mittel könnten in den Ausgabetitel übertragen werden, ohne dass es eine Mehrausgabe im haushaltsrechtlichen Sinne sei. Dazu sei eine Verständigung erreicht worden. Im Jahr 2016 werde dies die Restfinanzierung sein. Mehrausgaben seien nicht vorgesehen.

Stefanie Remlinger (GRÜNE) sieht ein Ende des Projekts, wenn eine verlässliche Vollabdeckung vorhanden sei, sodass der Analogfunk abgeschaltet werden könne. Da dies noch nicht der Fall sei, sei es noch nicht beendet. Wie viel Zeit sei bis zur Vollabdeckung erforderlich? Wie viel sei in der Rücklage? Wie sei es möglich, 14 Personen zu beschäftigen, für die noch keine Stellen vorhanden seien? Würden die Stellen für die nächsten Jahre auch aus der Rücklage bezahlt?

Steffen Zillich (LINKE) spricht eine Frage an, die den gesamten Einzelplan übergreife, nämlich welche Folgekosten durch die Titel der Hauptgruppe 8 innerhalb des Einzelplans 05 hervorgerufen würden, sowohl im konsumtiven als auch im Personalbereich.

Vorsitzender Frédéric Verrycken hält dies als Berichtsauftrag für die zweite Lesung am 11.11.2015 fest.

Kerstin Alms (SenInnSport) antwortet, das Personal für den Digitalfunk sei zum großen Teil Vollzugspersonal. Die Kollegen müssten funktaktisch und -technisch die anfallenden Aufgaben wahrnehmen. Mit dem Haushaltsplan 2016/17 sollten zehn Stellen für diesen Bereich geschaffen werden, sodass in anderen Bereichen, wo die Kollegen bisher stellentechnisch veranschlagt seien, die Stellen wieder frei würden für normale polizeiliche Tätigkeiten. Vier Stellen im Verwaltungsbereich würden für Technikpersonal benötigt.

Derzeit seien noch 2,7 Millionen Euro für dieses Projekt in der Rücklage vorhanden. Man warte auf die Rechnung, die Leistungen seien schon erfolgt, die Technik stehe, und sie hoffe, dass bis zum Jahresende viele Rechnungen eingingen, damit die Einlage in der Rücklage recht klein werden könne. Im Laufe des Monats Oktober werde erst die Prognose der Bundesanstalt eingehen, und dann werde hoffentlich klar sein, welche Mittel 2015 noch abfließen könnten.

Zur Beendigung des Projekts bemerke sie, im Projekt sei eine sogenannte Erstausrüstung vorgesehen, wo man sehr weit vorangeschritten sei. Aus ihrer Sicht seien die Projektaufgaben erledigt. Es seien aber noch Bauaktivitäten in Gang, dann ändere sich die Funkausleuchtung, und dann müsse jedes Mal geklärt werden, ob die Funkabdeckung noch gegeben sei wie geplant. Wenn sie ihm Stadtgebiet durch Neubauten nicht mehr gegeben sei, müsse nachgerüstet werden. Diese Kosten seien Betriebskosten, die in Kapitel 0553 u. a. beim Titel 63107 veranschlagt seien. Dort sei speziell aufgeführt, wo im Rahmen des Betriebs eine Ergänzung vorgenommen werden müsse.

S. 29: Titel 81260 – Bundesweite Einführung von Digitalfunk –

Mitberaten wird:

Bericht SenInnSport – III C 3 Ma/37 – vom 05.06.2015 [1775 B](#)
Bundesweite Einführung des Digitalfunks Haupt
Ausrüstung landeseigener Bestandsgebäude
(Berichtsauftrag aus der 73. Sitzung vom 18.02.2015)
(in der 80. Sitzung vom 24.06.2015 vertagt)

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom [2386](#)
15.09.2015 Haupt
Kapitel 0500, 0531-0559:
Nr. 25, 26: Titel 812 60: Ausgaben und
Umsetzungsstand – Digitalfunk (S. 55) und
Ergebnisse (S. 57)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Christian Goiny (CDU) bittet um Zurückstellung des Titels 97211 – Pauschale Minderausgaben für verfahrensunabhängige IuK-Ausgaben – zur zweiten Lesung.

Vorsitzender Frédéric Verrycken stellt die Kenntnisnahme des Berichts rote Nummer 1775 B fest.

Der **Ausschuss** nimmt die Nummern 25 und 26 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

Kapitel 0505 – Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Landesweite, zentrale E-Government- und IT-Maßnahmen -

Christian Goiny (CDU) bittet um Zurückstellung des Kapitels zur zweiten Lesung des Einzelplans 05 am 11.11.2015.

Mitberaten wird:

Bericht SenInnSport
Modernisierungsprogramm Service Stadt Berlin
betr. Auflage Nr. II.A.39 – Drucksache 17/1400 zum
Haushalt 2014/15

[1665 C](#)
Haupt

(in der 81. Sitzung vom 9.09.2015 dem Ausschuss IT-Dat m.d.B. um Stellungnahme bis zur Sitzung des Hauptausschusses am 7.10.2015 zur Verfügung gestellt)

Hinweis: Der Ausschuss ITDat hat den Bericht in seiner 61. Sitzung am 28.09.2015 vertagt und wird ihn in seiner Sitzung am 9.11.2015 besprechen. Vor diesem Hintergrund bittet der Ausschuss ITDat um eine Verlängerung der Frist bis zum 10.11.2015.

Vertagt zur zweiten Lesung des Einzelplans 05 am 11.11.2015; siehe vor Eintritt in die Tagesordnung.

Kapitel 0509 – Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Personalüberhang -

Keine Wortmeldung.

Kapitel 0510 – Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Sport -

Mitberaten wird:

Bericht SenInnSport – IV A 1 – vom 17.06.2015
Pachtvertrag Waldbühne 2015 mit CTS Eventim
(Berichtsauftrag aus der 79. Sitzung vom 10.06.2015)
(Anlage nur für den Datenraum)
(in der 80. Sitzung vom 24.06.2015 vertagt)

[1403 J](#)
Haupt

Vertrauliche
Beratung der Anlage

- a) Sammelvorlage SenInnSport – IV A 2 – vom
24.09.2015
Ausschuss für Sport
**Anlage nur für den Datenraum betr. Pachtvertrag
Waldbühne**
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Sport

[2394](#)
Haupt

- b) Sammelvorlage SenInnSport – IV A 2 – vom [2394](#)
24.09.2015 Haupt
- Ausschuss für Sport**
05 10 – 05 12 – Allgemeine Berichtsaufträge im Bereich Sport –
Bericht 1: Sport-Gesamtbudget (S. 4)
Bericht 2: 43 Sportgroßveranstaltungen (S. 4)
Bericht 2 A: Förderung von Frauen- und Mädchensport (S. 6)
Bericht 3: Solidarpakt Sport (S. 6)
Bericht 4: Versorgungs- und Integrationskonzept für Asylbegehrende und Flüchtlinge vom 11.08.2015 (S. 6)
Bericht 5: Sportangebote für geflüchtete Menschen (S. 7)
Bericht 6: Aktionsplan Roma des Senats (S. 7)
Bericht 7: Kooperationen (S. 7)
Bericht 8: BuT – Teilhabe durch Sport (S. 8)
Bericht 9: Initiative Sexuelle Vielfalt (S. 10)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Sport

Joachim Esser (GRÜNE) bemerkt, das Thema gehöre eigentlich zum Olympiapark, wo man inzwischen bei der roten Nummer 1403 M angelangt sei. Damit sei eine Fristverlängerung zur zweiten Lesung gebilligt worden. Er bitte, das Kapitel Olympiapark in die zweite Lesung zu vertagen. Die rote Nummer 1403 J sollte daher auch in der zweiten Lesung noch einmal aufgerufen werden.

Vorsitzender Frédéric Verrycken hält fest, das Kapitel 0511 – Olympiapark – sei zur zweiten Lesung zurückgestellt, ebenso wie die rote Nummer 1403 J.

Christian Goiny (CDU) bittet, zur zweiten Lesung über die aktuellen und für die nächste Saison gültigen Regularien zur Nutzung der Waldbühne zu berichten, was das Mitbringen von Getränken, Imbissen und die von den Berlinern sehr geschätzten kleinen Snacks angehe. Er höre dazu immer wieder Beschwerden und widersprüchliche Informationen.

Vorsitzender Frédéric Verrycken hält fest, zur zweiten Lesung soll auch die rote Nummer 1403 N mit aufgerufen werden.

Joachim Esser (GRÜNE) bittet, Titel 11921 – Rückzahlungen von Zuwendungen – zur zweiten Lesung zurückzustellen.

Steffen Zillich (LINKE) bittet, zu Titel 28290 – Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke – in Verbindung mit Titel 34290 – Sonstige zweckgebundene Einnahmen für Investitionen – unter der Überschrift Solidarpakt Sport – Lottomittel – zur zweiten Lesung zu berichten, wie die Sportförderung in der bisherigen Größenordnung, wie es die Koalitionsvereinbarung zusage, angesichts der schwankenden Einnahmehasis aufrechterhalten werden könne. In der Sammelvorlage rote Nummer 2394 sei von haushaltswirtschaftlichen Maßnah-

men die Rede, mit denen das gewährleistet werden solle. Er bitte um genauere Erläuterung. Er biete auch an, die Frage noch schriftlich nachzureichen, wie auch in zwei, drei anderen Fällen.

Vorsitzender Frédéric Verrycken hält den Bericht zum 11.11.2015 fest.

Steffen Zillich (LINKE) bittet zu Titel 68402 – Zuschuss an die DKLB-Stiftung – um einen Bericht über die Konstruktion der Förderung. Hier gehe es darum, wie sich die Stiftung gleichzeitig als Sportsponsor verhalte. Er werde den Auftrag noch schriftlich übermitteln.

Vorsitzender Frédéric Verrycken hält den Bericht zum 11.11.2015 fest.

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte 1 bis 9 der Sammelvorlage [2394](#) zur Kenntnis.

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – IV A 2 – vom [2394](#)
24.09.2015 Haupt
Ausschuss für Sport
Bericht 10: Kapitel 0510/Titel 11921:
Rückzahlungen von Zuwendungen (S. 11)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Sport

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht 10 der Sammelvorlage [2394](#) zur Kenntnis.

S. 44: Titel 12401 – Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – IV A 2 – vom [2394](#)
24.09.2015 Haupt
Ausschuss für Sport
Bericht 11, 12: Kapitel 0510/Titel 12401: Mieten für
Grundstücke, Gebäude und Räume (S. 12)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Sport

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte 11 und 12 der Sammelvorlage [2394](#) zur Kenntnis.

S. 44: Titel 23190 – Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke –
(und Kapitel 0512: S. 74: Titel 51990 – Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen aus zweckgebundenen Einnahmen –)

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – IV A 2 – vom
24.09.2015

[2394](#)
Haupt

Ausschuss für Sport

Bericht 13, 14, 15, 65, 67: Kapitel 0510/Titel 23190:

**Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für
konsumtive Zwecke und Kapitel 0512/Titel 51990:**

**Unterhaltung der Grundstücke und baulichen
Anlagen aus zweckgebundenen Einnahmen (S. 13)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Sport

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte 13, 14, 15, 65 und 67 der Sammelvorlage [2394](#) zur Kenntnis.

S. 45: **Titel 28290 – Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke –**

S. 45: **Titel 34290 – Sonstige zweckgebundene Einnahmen für Investitionen –**

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – IV A 2 – vom
24.09.2015

[2394](#)
Haupt

Ausschuss für Sport

Bericht 16, 17: Kapitel 0510/Titel 28290: Sonstige

**zweckgebundene Einnahmen für konsumtive
Zwecke und Titel 34290: Sonstige zweckgebundene
Einnahmen für Investitionen (S. 16)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Sport

Der **Ausschuss** nimmt die Bericht 16 und 17 der Sammelvorlage [2394](#) zur Kenntnis.

S. 46: **Titel 54053 – Veranstaltungen –**

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – IV A 2 – vom
24.09.2015

[2394](#)
Haupt

Ausschuss für Sport

Bericht 21, 22, 23: Kapitel 0510/Titel 54053:

Veranstaltungen (S. 17)

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Sport

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte 21, 22 und 23 der Sammelvorlage [2394](#) zur Kenntnis.

S. 46: **Titel 54111 – Vorbereitung und Durchführung des Internationalen Deutschen
Turnfestes 2017 –**

S. 47: **Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben –**

S. 51: **Titel 68465 – Zuschuss für die Durchführung des Internationalen Deutschen
Turnfestes 2017 –**

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – IV A 2 – vom [2394](#)
24.09.2015 Haupt
Ausschuss für Sport
Bericht 26, 27, 28: Kapitel 0510/Titel 54111, 67101
und 68465: Internationales Deutschen Turnfestes
2017 (S. 18)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Sport

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte 26, 27 und 28 der Sammelvorlage [2394](#) zur Kenntnis.

S. 46: **Titel 54112 – Durchführung der Leichtathletik-Europameisterschaften 2018 –**
S. 51: **Titel 68429 – Zuschuss für die Durchführung der Leichtathletik-**
Europameisterschaften 2018 –
S. 54: **Titel 81211 – Investitionen in Zusammenhang mit der Durchführung der**
Leichtathletik-EM 2018 –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – IV A 2 – vom [2394](#)
24.09.2015 Haupt
Ausschuss für Sport
Bericht 26, 29, 30: Kapitel 0510/Titel 54112, 68429
und 81211: Leichtathletik-Europameisterschaft 2018
(S. 22)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Sport

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte 26, 29 und 30 der Sammelvorlage [2394](#) zur Kenntnis.

S. 47: **Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben –**

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – IV A 2 – vom [2394](#)
24.09.2015 Haupt
Ausschuss für Sport
Bericht 32, 33: Kapitel 0510/Titel 67101: Ersatz von
Ausgaben (nur Anteil Velomax!)) (S. 25)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Sport

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte 32 und 33 der Sammelvorlage [2394](#) zur Kenntnis.

S. 48: **Titel 68402 – Zuschuss an die DKLB-Stiftung –**

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – IV A 2 – vom
24.09.2015
Ausschuss für Sport
Bericht 34, 35, 36: Kapitel 0510/Titel 68402:
Zuschuss an die DKL B-Stiftung (S. 25)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Sport

[2394](#)
Haupt

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte 34, 35 und 36 der Sammelvorlage [2394](#) zur Kenntnis.

S. 49: **Titel 68419 – Förderung des Sports –**

Mitberaten wird:

Bericht SenInnSport – IV C 21 – vom 28.09.2015
Abrechnung der Europameisterschaften im
Schwimmen 2014 und Nennung der
Veranstaltungen, die aus dem Titel 0510/68419
gefördert wurden
(Berichtsauftrag aus der 79. Sitzung vom 10.06.2015)

[2392](#)
Haupt

Frage Nr. 6, rote Nummer 1900 AA, Fraktion Die Linke

Erbeten wird ein einzelplanübergreifender Bericht: Übersicht über die Planung und Durchführung von Sportgroßveranstaltungen in Berlin insgesamt und deren Gesamtfinanzierung. Die Mittel des Landes Berlin sollen gesondert und je nach Einzelplan/Kapitel/Titel ausgewiesen werden.

Der Bericht soll beinhalten eine Übersicht über Bewerbungen und die Entscheidung über Durchführung oder Ablehnung einer Sportgroßveranstaltung, Kriterien für die Entscheidung der Durchführung, wer traf/trifft die Entscheidung über die Durchführung und den Finanzierungsrahmen, inwiefern ist der LSB in die Entscheidungsfindung einbezogen? Bei welchen geplanten Sportgroßveranstaltungen verzichtet der Senat auf welcher Rechtsgrundlage auf Steuereinnahmen in welcher Größenordnung? Wie wird SenInnSport zukünftig Transparenz über die Entscheidung und Finanzierungsrahmen herstellen? Wie steht der Senat zu Forderungen, Sportgroßveranstaltung über die Wirtschaftsförderung (zumindest anteilig) zu finanzieren?

Frage Nr. 7, rote Nummer 1900 AA, Fraktion Die Linke

Hier: Flüchtlingsarbeit:

Erbeten wird ein Bericht über Planungen des Senats, den gemeinnützigen Sport bei der Flüchtlingsarbeit zu unterstützen (Sofortmaßnahme und im Rahmen der Ansätze für 2016 und 2017)

Erbeten wird ein Bericht über den Anteil des gemeinnützigen Sports an den vom Bund in Aussicht gestellten Mitteln und deren Verwendung.

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – IV A 2 – vom
24.09.2015

[2394](#)
Haupt

Ausschuss für Sport

Bericht 37, 38, 39: Kapitel 0510/Titel 68419:

Förderung des Sports (S. 28)

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Sport

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte 37, 38 und 39 der Sammelvorlage [2394](#) zur Kenntnis.

Joachim Esser (GRÜNE) bittet um Zurückstellung des Titels Titel 68419 – Förderung des Sports – zur zweiten Lesung.

Steffen Zillich (LINKE) nimmt Stellung zur roten Nummer 2392, Abrechnung der Europameisterschaften im Schwimmen 2014, die relativ kurzfristig zugegangen sei. Es ergebe sich daraus, dass die Zuwendung des Landes Berlin ca. zwei Drittel der Gesamtveranstaltung decke. Wenn noch zusätzliche Sportveranstaltungen akquiriert werden sollten, wäre fraglich, ob diese Größenordnung regelmäßig bei vergleichbaren internationalen Veranstaltungen in dieser Größe anfalle. Oder handele es sich hier um eine Sondersituation, weil der Pool gemietet werden müsse? Sei für die Kurzbahn-Schwimmeuropameisterschaften die SSE groß genug, oder müsse dann auch in die Radsporthalle umgezogen werden?

Joachim Esser (GRÜNE) sieht in der Sportpolitik keine Verbesserungen. Die SSE entspreche den neuen Anforderungen der internationalen Schwimmverbände nicht mehr, was sich auch bei Olympia gezeigt habe. Ihn ärgere der Stil in der Angelegenheit. Ihm sei haushaltsrechtlich unklar, wie bei der Akquirierung von Großveranstaltungen und bei Zusagen von Finanzierungen für kleinere Veranstaltungen im Vorfeld verfahren werde. Wie es faktisch laufe, sei ihm klar. Die Europameisterschaft der Leichtathletik werde auch nicht gerade preiswert. Das Land zahle einen Zuschuss an den Deutschen Leichtathletikverband, der das Land bei der Olympiabewerbung habe „sitzenlassen“, und belohne das auch noch. Alles das passiere relativ freihändig. Man müsse dies angeblich so machen, wie am Thema Kirchentag und anderem diskutiert, weil es so üblich sei. Andererseits gebe es für diese Dinge eigentlich keine Regeln. Wenn man das Champions-League-Finale haben wolle – was auch Millionenumsätze gebracht habe –, werde mit der UEFA irgendwas ausgehandelt, die dem Land dann sage, man erwarte eine bestimmte finanzielle Beteiligung oder auch nicht und erwarte ebenfalls, dass noch Verschiedenes an den Sportstätten oder Veranstaltungsstätten verbessert werde oder auch nicht. Dann wolle das Land auch selbst noch vermarkten und gebe noch Geld bei Berlin Partner und Visit Berlin aus und investiere da oder dort etwas und bekomme dann jedes Mal Rechnungen darüber.

Es gebe keine Verpflichtungsermächtigung aus dem Parlament für das alles im Vorfeld – das könne es auch nicht geben, wenn er sich die Liste ansehe: EM 2018, Vergabe nach Berlin erfolgt, Weltcup im Bogenschießen 2018/19, Vergabe erfolgt, Finanzierungszusage über jeweils bis zu 350 000 Euro unter Vorbehalt der parlamentarischen Gremien. Es werde erstens bei 350 000 Euro nicht bleiben, und zweitens: Was für ein Vorbehalt bestehe hier? Gebe es eine Vorlage an das Parlament, dass das gebilligt werde? Seien die Mittel dann im nächsten Haushalt veranschlagt und werde so der Vorbehalt ausgeräumt? American Football, laufende

Akquisition, für 2018 Finanzierungszusage über bis zu 400 000 Euro für den Verband, unter Vorbehalt der parlamentarischen Gremien zum Haushalt – daraus würden dann vielleicht 1,2 Millionen Euro, die dann im nächsten Haushaltsplan stünden. Damit sei der Vorbehalt dann erfüllt?

Er verstehe nicht, auf welcher Grundlage man auf diese Weise im Vorfeld tätig sei. Es sei ihm klar, dass das nicht einfach geregelt werden könne, aber bei diesem Veranstaltungstitel müsste im Grund eine VE veranschlagt sein, die diese Fragen über die Jahre zusammenfasse und die Sportverwaltung ermächtige, in einem bestimmten Umfang die Finanzierungszusagen vorzunehmen bei dem Versuch, diese Veranstaltungen nach Berlin zu ziehen. Solange der Grundsatz praktiziert werde, in jedem Jahr eine Großveranstaltung durchzuführen, werde dies so jährlich fortgesetzt werden. Ansonsten würde eine Veranstaltung zum ersten Mal im nächsten Haushalt veranschlagt, und die andere Veranstaltung, weil es im zweiten Jahr noch nicht habe veranschlagt werden können, erscheine dann als überplanmäßige Ausgabe. Hinzu komme das, was am Rande im investiven Bereich geschehe. Dies sei ein unbefriedigender Zustand, den nicht nur das Land Berlin und die Sportverwaltung zu verantworten habe. Die Partner auf der anderen Seite würden ebenfalls erwarten, dass so freihändig verfahren werde. Anderswo im Haushalt würden solche Verfahren nicht zugelassen. Er bitte in Richtung SenFin, dies mittelfristig zu klären, dass ein haushaltsrechtlich sauberes Verfahren gewählt werde, mit dem Verfahrensspielräume, aber auch Grenzen gegeben würden, um diese Politik weiterführen zu können. Gegenwärtig fange man eine Sache mit 400 000 Euro an und beende sie mit 15,7 Millionen Euro. Das könne nicht so sein, sondern das Parlament müsse die Möglichkeit haben, in die mehrjährigen Planungsprozesse einbezogen zu werden. Die Planungen reichten bis 2023, und da bewerbe man sich ohne Finanzmittel – was aber bekanntlich nicht so bleiben werde. Diese Liste könnte man auch anders diskutieren und ein ungefähres Budget dafür zu teilen. Dies wäre angemessener als das jetzige Ex-post-Verfahren. Er würde begrüßen, wenn der Senat in der Lage wäre, einen Verfahrensvorschlag zu machen.

Michael Freiberg (CDU) verweist auf den nationalen und internationalen Wettbewerb um Großveranstaltungen. Das Problem sei richtig beschrieben. Es bestehe ein Dilemma zwischen den Regularien und der Wettbewerbsfähigkeit Berlins. Man könne darüber diskutieren, eine gewisse Planbarkeit zu erreichen, was aber nichts mit den Haushaltsberatungen zu tun habe. Er rege eine Diskussion im nächsten Frühjahr an.

Vorsitzender Frédéric Verrycken schlägt vor, dass SenInnSport bis Ende März 2016 über Umstrukturierungsmöglichkeiten mit Blick auf die nächsten Haushaltsberatungen berichte.

Bürgermeister Frank Henkel (SenInnSport) erklärt, dass es keinen innovativen Vorschlag geben könne. Im Übrigen passiere nichts freihändig und geheimniskrämerisch. Wenn Verbände an Berlin heranträten, werde über Kosten und Rahmenbedingungen gesprochen. Nächster Schritt sei ein LOI, der mit einem Haushaltsvorbehalt versehen sei. Wäre eine VE im Haushalt und bereits belegt, könnte man kurzfristig auftretende wichtige Sportereignisse nicht mehr berücksichtigen. Der Finanzierungsanteil Berlins schwanke je nach Veranstaltung. Natürlich gehe SenInnSport damit in den Senat, wenn ein bestimmtes Volumen erreicht werde. Er erinnere auch daran, dass das Parlament über die Makkabi-Games informiert worden sei. Berlin solle Sportmetropole bleiben. Deshalb habe man bei der Akquise ein offenes Ohr. Das SSE reiche für die Kurzbahn-Schwimmeuropameisterschaften.

Joachim Esser (GRÜNE) unterstreicht, dass kein Verhandlungsmandat über einen Betrag existiere. Dieses Problem würde er gerne lösen. Finanzierungszusagen seien problematisch, weil jedes Mal Fehlbedarfe einträten. Daher sei über die Struktur der Verträge nachzudenken. Dass SenInnSport damit in den Senat gehe, interessiere ihn als Abgeordneten nicht. Herr des Haushalts sei das Parlament. Der Senat müsse sein Vorgehen mit dem Parlament klären.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht [2392](#) zur Kenntnis, erwartet den geforderten Bericht zum 31. März 2016 und beschließt die Berichtsaufträge Nrn. 6 und 7 (rote Nummer [1900 AA](#)).

S. 51: Titel 68467 – Zuschuss an das Sekretariat für Sportwissenschaft und Leibeskörpererziehung –

Joachim Esser (GRÜNE) beantragt Zurückstellung zur zweiten Lesung.

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – IV A 2 – vom
24.09.2015

[2394](#)
Haupt

Ausschuss für Sport

**Bericht 40, 41, 42, 42 A: Kapitel 0510/Titel 68467:
Zuschuss an das Sekretariat für Sportwissenschaft
und Leibeskörpererziehung (S. 41)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Sport

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte 40, 41, 42 und 42 A der Sammelvorlage [2394](#) zur Kenntnis.

Frage Nr. 8, rote Nummer [1900 AA](#), Fraktion Die Linke

Welche Leistungen erbringt bzw. erbrachte das Sekretariat für Berlin konkret in 2014 und 2015 und was ist für 2016 und 2017 vereinbart? Wie wurden diese Leistungen im Einzelnen finanziert oder gelten diese mit der öffentlichen Förderung des Sekretariats als abgegolten? Wie erklärt der Senat, dass der Bund sich aus der Finanzierungsbeteiligung zurückzieht, obwohl, wie im Bericht RN 2394 erläutert, der Sportausschuss des Bundestags zunehmend Leistungen des Sekretariats nachfragt?

Der **Ausschuss** erwartet schriftliche Berichterstattung zur zweiten Lesung.

S. 52: Titel 68490 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus zweckgebundenen Einnahmen –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – IV A 2 – vom
24.09.2015

[2394](#)
Haupt

Ausschuss für Sport

**Bericht 44, 45: Kapitel 0510/Titel 68490: Zuschüsse
an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus
zweckgebundenen Einnahmen
(S. 44)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Sport

Joachim Esser (GRÜNE) fragt, ob Zuschüsse an Sportleistungszentren in diesem Titel richtig etatisiert seien und was Folgekosten des Landesleistungszentrums Sportsportarten seien.

Thomas Düring (SenInnSport) antwortet, SenFin ordne Sportvereine diesem Titel zu. Folgekosten seien Kosten zum Betrieb des Sportzentrums: Personal- und Betriebskosten sowie Ersatzinvestitionen und bauliche Unterhaltung.

Steffen Zillich (LINKE) betont, dass Inhalt und Bezeichnung des Titels nicht übereinstimmten, zumal die Unterhaltungsmaßnahmen nicht einmalig seien, sodass man eine stimmige Zuordnung finden müsste.

Joachim Esser (GRÜNE) knüpft an, die Unterteilung in Folgekosten und laufende bzw. einmalige Unterhaltungsmaßnahmen erschließe sich nicht, sodass er um Erläuterung bitte. Enthalte Ziffer 2 andere Dinge als Ziffer 6?

Vorsitzender Frédéric Verrycken hält fest, dass hierzu zur zweiten Lesung berichtet werde.

Joachim Esser (GRÜNE) moniert, dass sich SenInnSport beim Mädchenfußballprojekt aus der Verantwortung ziehe, zumal es nur um eine kleine Summe gehe. Er erwarte eine Klärung, welches Ressort das Projekt fortführen werde.

Harald Bösch-Soleil (SenInnSport) verweist auf SenStadtUm, da das Projekt nach dem Anschlag durch die Sportverwaltung in den Rahmen der Sozialen Stadt gehöre.

Vorsitzender Frédéric Verrycken bittet um schriftlichen Bericht zur zweiten Lesung, wo der Ball am Ende landen werde.

Steffen Zillich (LINKE) vertritt die Ansicht, dass das Projekt zum Kernaufgabengebiet der Sportverwaltung gehöre. Mittel der Sozialen Stadt seien keine Dauerfinanzierung für ein sportliches Anliegen, sondern eine temporäre Veranstaltung aus anderen Gründen. Eine sportfachliche Bewertung der Förderungswürdigkeit stehe aus.

Vorsitzender Frédéric Verrycken merkt an, dass dazu ebenfalls berichtet werde.

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte 44 und 45 der Sammelvorlage [2394](#) zur Kenntnis.

S. 53: **Titel 68506 – Zuschüsse an die Berliner Bäderbetriebe –**

S. 56: **Titel 89201 – Zuschüsse an private Unternehmen für Investitionen –**

Mitberaten wird:

- | | | |
|----|---|--|
| a) | Bericht SenInnSport – IV A 3 Sch – vom 17.08.2015
Berliner Bäder-Betriebe
- Personalbestand
- haushaltstechnische Umstellung zu einer
Bruttobeziehung bei der entgeltfreien Nutzung von
Vereinen und Schulen
- Umgang mit dem bestehenden Sanierungsstau
(Berichtsauftrag aus der 77. Sitzung vom 06.05.2015) | 0087 O
Haupt |
| b) | Vertraulicher Bericht SenInnSport – IV A 32 – vom
15.09.2015
Entwurf des Wirtschaftsplans 2016 der Berliner
Bäder-Betriebe
betr. Auflage Nr. II. A. 8 – Drucksache 17/1400 zum
Haushalt 2014/15
(Anlage nur für den Datenraum) | 1937 A
Haupt

Öffentliche
Beratung |

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – IV A 2 – vom 24.09.2015 Ausschuss für Sport Bericht 46, 47, 47 A, 53: Kapitel 0510/Titel 685 06: Zuschüsse an die Berliner Bäder-Betriebe und Titel 892 01: Zuschüsse an private Unternehmen für Investitionen (S. 45) Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Sport	2394 Haupt
--	-------------------------------

Frage Nr. 13, rote Nummer [1900 Z](#), Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

In welchen Sommerbädern werden ganztägige Öffnungszeiten angeboten?

Steffen Zillich (LINKE) beantragt Zurückstellung der Titel und des Berichts 1937 A zur zweiten Lesung. Im Kern gehe es um die Frage, ob die politischen Ansprüche aus dem Bäderkonzept – Aufgabenerfüllung, Erhaltung der Infrastruktur – mit den zur Verfügung gestellten Mitteln erfüllt würden. Die Aussage, dass Personal- und konsumtive Mittel ausreichen, widerspreche einer Prognose der BBB, die über 49 Mio. Euro für 2016/17 deutlich hinausgehe. Welche Effizienzsteigerungen führten dazu, dass dieser Betrag ausreiche? Trotz Bädersanierungsprogramm sei der Sanierungsstau auf 93 Mio. Euro – Stand Dezember 2014 ohne Olympiabad – gestiegen. Er begrüße die Erhöhung des investiven Zuschusses um 1 Mio. Euro, bezweifle aber, dass diese ausreiche, um ein weiteres Anwachsen des Sanierungsstaus zu verhindern, das zu Schließungen und Substanzverlust führe. Die BBB rechneten – ohne Kombibäder – mindestens mit dem doppelten Betrag. Es sei darzustellen, wie der Bäderbestand gesichert und der Sanierungsstau mit den Zuschüssen abgebaut werden solle bzw. wie er weiter wachsen werde. Das Bäderkonzept sei nicht plausibel untersetzt. Inwieweit schränke die KInvFG-Zweckbindung energetische Sanierung die Mittelverwendung für die Bädersanierung ein? Müssten die Maßnahmen anders zugeschnitten werden? Bei der Schwimmhalle Tiergarten zeigten sich Verschiebungen aufgrund der Zweckbindung, sodass sich die Frage nach der Eignung stelle. Im Übrigen erhöhe sich der eingesetzte Betrag durch die Bundesmittel nicht. Weiterer Sanierungsbedarf in den nächsten drei Jahren werde nicht berücksichtigt.

Vorsitzender Frédéric Verrycken hält fest, dass hierzu schriftlich zur zweiten Lesung berichtet werde.

Joachim Esser (GRÜNE) unterstreicht, dass die Sanierungsplanung nicht erfüllt worden sei. Angesichts der Kostensteigerungen gehe zu weit, dass der Sportstaatssekretär ein weiteres Hallenbad in Charlottenburg schaffen wolle. Hier sei eine Grenze zu ziehen. Mit 6 Mio. Euro sei man 13 Jahre unterwegs, was ihm lang erscheine. Zudem würden die Beträge nicht reichen. 93 Mio. Euro seien nicht das letzte Wort. Mit Blick auf die rote Nr. 0087 O und die Verwendung von BENE-Mitteln erwarte er eine Aussage über das Ergebnis der Prüfung. Angesichts der roten Zahlen und im Interesse des Klimas plädiere er dafür, das BENE-Programm zu nutzen und seine Kriterien zu erfüllen, auch wenn Sanierungen evtl. teilweise aufwendiger würden. Die Vorgaben des Kommunalinvestprogramms seien vermutlich weniger hart.

Vorsitzender Frédéric Verrycken merkt an, dass der Berichtswunsch insoweit ergänzt werde.

Steffen Zillich (LINKE) kündigt an, dass er seinen Berichtswunsch noch schriftlich präzisieren werde.

Staatssekretär Bernd Krömer (SenInnSport) teilt Öffnungszeiten der Sommerbäder mit: Olympia-Stadion, Wilmersdorf, Spandau-Süd, Kreuzberg und – künftig – Mariendorf 7 bis 20 Uhr, Gropiusstadt 7.30 bis 20 Uhr vom 11. Juli bis 30. August, Kombiabad Seestraße, Neukölln, Tegeler See und Staaken-West 8 bis 20 Uhr.

Staatssekretär Klaus Feiler (SenFin) wendet sich dagegen, das Kommunalinvestitionsprogramm zu diskreditieren. Eine Aufstockung der Bäder-Investitionen wäre nicht ohne Weiteres möglich gewesen. Man sei dem Bund für diese Mittel dankbar.

Steffen Zillich (LINKE) gesteht zu, dass die Verausgabung der Bundesmittel sinnvoll sei. Dennoch sei die Frage erlaubt, welche Veränderungen sich dadurch inhaltlich ergäben. Er sehe Differenzen zum Bäderkonzept des Senats.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht [0087 O](#) sowie die Berichte 46, 47, 47 A und 53 der Sammelvorlage [2394](#) zur Kenntnis und vertagt den Bericht [1937 A](#) zur zweiten Lesung. Der Berichtsantrag lfd. Nr. 13 (rote Nummer [1900 Z](#)) wird für erledigt erklärt.

S. 53: Titel 68627 – Zuschüsse für besondere kulturelle, touristische und sportbezogene Projekte –

Joachim Esser (GRÜNE) beantragt Zurückstellung zur zweiten Lesung.

Mitberaten wird:

Bericht SenFin – II F – vom 14.09.2015	1808 K-1
Planungen zur Verausgabung der City-Tax	Haupt
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 2zweiten04.2015)	
(in der 84. Sitzung vom 30.09.2015 zurückgestellt)	

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – IV A 2 – vom 24.09.2015	2394
Ausschuss für Sport	Haupt
Bericht 48, 49, 50: Kapitel 0510/Titel 686 27:	
Zuschüsse für besondere kulturelle, touristische und sportbezogene Projekte (S. 54)	
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Sport	

Frage Nr. 9, rote Nummer [1900 AA](#), Fraktion Die Linke

Wie wird SenInnSport gewährleisten, dass die Verwendung dieser Mittel in einem transparenten Verfahren und unter Einbeziehung des AGH-Sportausschusses sowie des LSB läuft? Welches Verfahren soll dazu für 2016 und 2017 Anwendung finden?

Staatssekretär Bernd Krömer (SenInnSport) kündigt schriftliche Beantwortung an.

Steffen Zillich (LINKE) fragt, ob SenInnSport die zusätzlichen Einnahmen aus der City-Tax weiterhin für Großveranstaltungen nutzen wolle.

Staatssekretär Bernd Krömer (SenInnSport) bestätigt dies.

Der **Ausschuss** nimmt Bericht [1808 K-1](#) hinsichtlich des Einzelplans 05 sowie die Berichte 48, 49 und 50 der Sammelvorlage [2394](#) zur Kenntnis.

S. 55: **Titel 86305 – Darlehen an Sportorganisationen –**

S. 56: **Titel 89360 – Zuschüsse an Sportorganisationen –**

Joachim Esser (GRÜNE) beantragt Zurückstellung zur zweiten Lesung und nimmt Bezug auf Anlage 6 zur roten Nr. 2394. Das Vereinsinvestitionsprogramm bestehe praktisch komplett aus Tennis, Hockey und Segeln, also „akademischen Sportarten“, was nicht gehe. Solche Vereine seien relativ reich und auf diese Zuschüsse nicht angewiesen. Er plädiere für einen Ab- oder Umbau der Förderung, wobei er anmerke, dass er keine Vorbehalte gegen die genannten Sportarten hege, sondern ihnen persönlich sehr zuneige.

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – IV A 2 – vom
24.09.2015

[2394](#)
Haupt

Ausschuss für Sport

**Bericht 51, 52: Kapitel 0510/Titel 863 05: Darlehen
an Sportorganisationen und Titel 893 60: Zuschüsse
an Sportorganisationen (S. 55)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Sport

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte 51 und 52 der Sammelvorlage [2394](#) zur Kenntnis.

Kapitel 0511 – Olympiapark

Vorsitzender Frédéric Verrycken hält fest, dass das Kapitel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Steffen Zillich (LINKE) bittet um einen Bericht, in welchem Umfang und mit welcher Zeitschiene im Haushalt und in der I-Planung Maßnahmen aus den sog. Sowieso-Kosten der Olympiabewerbung veranschlagt seien. Zum Olympiabad interessiere ihn, welche Teilmaßnahme aus welchem Grund vorgezogen oder verschoben werde. Zudem erbitte er zur zweiten Lesung eine Gesamtdarstellung der Prioritätensetzung bei den Sportinvestitionen, nicht nur für den Olympiapark, sondern auch für die anderen zentral verwalteten Sportstätten, wobei diese ins Verhältnis zu den bezirklichen Sportanlagen zu setzen sei. Man brauche eine Budgetbetrachtung für die Maßnahmen in der gesamten Stadt.

Vorsitzender Frédéric Verrycken konstatiert, dass zur zweiten Lesung entsprechend berichtet werde.

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – IV A 2 – vom [2394](#)
24.09.2015 Haupt
Ausschuss für Sport
Bericht 55: Olympiapark (S. 56)
Bericht 56, 57, 58: Friedrich-Ludwig-Jahn
Sportpark (S. 58)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Sport

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte 55, 56, 57 und 58 der Sammelvorlage [2394](#) zur Kenntnis.

S. 62: **Titel 12401 – Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume –**

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – IV A 2 – vom [2394](#)
24.09.2015 Haupt
Ausschuss für Sport
Bericht 59, 60: Kapitel 0511/Titel 12401: Mieten für
Grundstücke, Gebäude und Räume (S. 59)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Sport

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte 59 und 60 der Sammelvorlage [2394](#) zur Kenntnis.

S. 64: **Titel 51900 – Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen –**

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – IV A 2 – vom [2394](#)
24.09.2015 Haupt
Ausschuss für Sport
Bericht 61: Kapitel 0511/Titel 519 00: Unterhaltung
der Grundstücke und baulichen Anlagen (S. 60)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Sport

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 61 der Sammelvorlage [2394](#) zur Kenntnis.

S. 64: Titel 54010 – Dienstleistungen –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – IV A 2 – vom [2394](#)
24.09.2015 Haupt
Ausschuss für Sport
Bericht 62: Kapitel 0511/Titel 54010:
Dienstleistungen – Sportmuseum (S. 61)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Sport

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 62 der Sammelvorlage [2394](#) zur Kenntnis.

Kapitel 0512 – Sportforum

Steffen Zillich (LINKE) beantragt, das Kapitel zur zweiten Lesung zurückzustellen.

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – IV A 2 – vom [2394](#)
24.09.2015 Haupt
Ausschuss für Sport - Kapitel 05 12:
Bericht 64: Investitionsvorhaben (S. 62)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Sport

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 64 der Sammelvorlage [2394](#) zur Kenntnis.

S. 72: Titel 12401 – Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – IV A 2 – vom [2394](#)
24.09.2015 Haupt
Ausschuss für Sport - Kapitel 05 12:
Bericht 66: Kapitel 0512/Titel 12401: Mieten für
Grundstücke, Gebäude und Räume (S. 63)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Sport

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 66 der Sammelvorlage [2394](#) zur Kenntnis.

Einzelplan 27 – Zuweisungen an und Programme für die Bezirke

Kapitel 2705 – Aufwendungen der Bezirke - Inneres und Sport -

Markus Klaer (CDU) beantragt, das Kapitel zur zweiten Lesung zurückzustellen.

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – IV A 2 – vom
24.09.2015

[2394](#)
Haupt

Ausschuss für Sport - Kapitel 27 05:
Bericht 73, 74: Kapitel 2705/Titel 51915ff:
Unterhaltung der Grundstücke und baulichen
Anlagen – Sportanlagen-sanierungsprogramm (S. 69)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss Sport

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte 73 und 74 der Sammelvorlage [2394](#) zur Kenntnis.

Frage Nr. 16, rote Nummer [1900 AA](#), Fraktion Die Linke

Erbeten wird eine Übersicht über den Sanierungsbedarf der Sportanlagen des Landes Berlin, eingeschlossen die zentral verwalteten Sportanlagen und die Sportanlagen im Fachvermögen der Bezirke. Der Finanzbedarf zur Herstellung der Barrierefreiheit soll gesondert ausgewiesen werden. Der Senat wird gebeten darzulegen, wie er den Sanierungsbedarf zu decken gedenkt.

Erbeten wird in diesem Zusammenhang ebenfalls die Darlegung des Bedarfs an Sportstätten, der aus der „Wachsenden Stadt“ resultiert. Anhand welcher Kriterien wurde dieser Bedarf ermittelt und wie soll er gedeckt werden?

Der **Ausschuss** erwartet einen schriftlichen Bericht zur zweiten Lesung.

[Unterbrechung der Sitzung von 16.57 bis 17.18 Uhr]

Kapitel 0520 – Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Verfassungsschutz -

Stefanie Remlinger (GRÜNE) beantragt, das Kapitel zur zweiten Lesung zurückzustellen.

Franziska Becker (SPD) bittet, folgende Titel zur zweiten Lesung zurückzustellen:

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamten/Beamtinnen –
Titel 42701 – Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter –
Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten –
Titel 81289 – Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die
verfahrensunabhängige IuK-Technik –

Kapitel 0531 bis 0559 – PolPräs – kapitel- und titelübergreifend

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Kapitel 0531-0559, 0561-0565:

**Nr. 46: Wesentliche konsumtive Ausgaben /
Sachmittel ggü. Ansatz 2015 (S. 82)**

Kapitel 0531-0559:

**Nr. 47: Polizeivollzug – Unterstützungskräfte/
Überstunden (S. 83)**

Kapitel 0531-0559:

Nr. 48: Mehrbedarf „Wachsende Stadt“ (S. 84)

**Nr. 49: Fachkräftesicherung in Mangelberufen
(S. 88)**

Nr. 50: Sachmittel für zusätzliches Personal (S. 89)

Kapitel (0500,) 0531-0559

Nr. 51: Schießstände/Schießbahnen (S. 90)

Nr. 52: Schießstände (S. 90)

Nr. 53: Schießstätten (S. 91)

Nr. 54: Polizeireformen (S. 94)

Kapitel 0531 – 0559:

**Nr. 55: Einsatz von Beamtinnen und Beamten i. R. v.
Frontex u. a. außerhalb Berlins (S. 96)**

Nr. 56: Bildung einer Einsatzdirektion (S. 97)

**Nr. 57: Projekte gegen Links- und
Rechtsextremismus (S. 98)**

Nr. 58: Präventionsmaßnahmen (S. 100)

Nr. 59: Dritte Bereitschaftspolizeiabteilung (S. 103)

Nr. 60: Projekte Polizei (S. 104)

Kapitel 0531-0553:

Nr. 61: Titel 111 51: Gebührentatbestände (S. 106)

**Nr. 62, 63: Titel 422 01: Personalkonzept/
-entwicklung Polizei (S. 108)**

Kapitel 0531-0559:

**Nr. 66, 67: Titel 514 29: Patronen für Reizstoff-
sprühgeräte/ Detaillierte Darstellung (S. 111)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Kapitel 0533-0553:

**Nr. 73: Titel 514 03: Maßnahmen für
kostengünstigeren Fahrzeugunterhalt (S. 122)**

Nr. 74: Titel 514 32: Detaillierte Darstellung (S. 124)

Kapitel 0533-0543:

**Nr. 75: Titel 526 10: Ausgabenentwicklung
Auskunftersuchen und Dolmetscher (S. 125)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte 46 bis 63, 66, 67 sowie 73 bis 75 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

Frage Nr. 10, rote Nummer [1900 AA](#), Fraktion Die Linke

Die Senatsverwaltung wird gebeten, zum Betreff Polizeireform zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

Auswirkungen auf Personalplanung, Auswirkungen auf benötigte Liegenschaften, Auswirkungen auf geplante Sanierungen bzw. Investitionen, möglicher Standort für 3. BPA, Veränderungen in der Balance zwischen zentraler und dezentraler Aufgabenwahrnehmung, Stellungnahme der Gewerkschaften, Berufsverbände und Beschäftigtenvertretungen. Welche Reformen der vergangenen 15 Jahre werden rückgängig gemacht? Warum? Auswirkungen auf die Integration der geschlossenen Einheiten in den alltäglichen Dienst? Politische Grundlagen: Inwieweit gibt es Senatsbeschlüsse in Bezug auf die Reformen? Was verbirgt sich in diesem Zusammenhang hinter einem angekündigten neuen Arbeitszeitmodell?

Steffen Zillich (LINKE) erläutert zum Berichts Antrag, dass die zur Umsetzung anstehenden Schritte der Polizeireform unterhalb des Wahrnehmungsraders durchliefen. Neben der Fachdebatte, die zu führen sei, gehe es auch darum, welche Auswirkungen die Reform auf Liegenschaften, Investitionen und Personalwirtschaft haben werde und wie effizient sie sei.

Stefanie Remlinger (GRÜNE) bittet ergänzend um Darstellung, welche Effekte sich der Senat von den neuen Serviceeinheiten angesichts des neuen Arbeitszeitmodells verspreche.

Stellv. Vorsitzender Joachim Esser hält fest, dass zur zweiten Lesung entsprechend berichtet werde.

Kapitel 0531 – Der Polizeipräsident in Berlin – Behördenleitung und Stab –

S. 92: Titel 51420 – Beköstigung –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Kapitel 0531:

Nr. 64, 65: Titel 514 20: Hohes Ist 2014 ggü.

Ansatz/Ausgaben 1. Halbjahr 2015 (S. 110)

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte 64 und 65 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

**S. 93: Titel 63102 – Ersatz von Personalausgaben an den Bund bei Abordnungen
und Versetzungen –**

**S. 94: Titel 63202 – Ersatz von Personalausgaben an Länder bei Abordnungen und
Versetzungen –**

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Kapitel 0531:

Nr. 68, 69, 70: Titel 631 02 und 632 02: Hohes Ist

2014 ggü. Ansatz – Ersatz an Bund -/Ausgaben 1.

Halbjahr 2015 / Ansatzbildung 2016/2017

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte 68 bis 70 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

S. 94: Titel 81279 – Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Kapitel 0531:

**Nr. 71: Titel 812 79: Verkehrsüberwachungs-
kameras – AVÜK-Anlagen (S. 119)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 71 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

S. 99: Produktdarstellung – 004843 Kriminalprävention

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Kapitel 0531:

Nr. 72: Produktdarstellung – Projekte

Kriminalprävention (S. 121)

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Steffen Zillich (LINKE) legt dar, dass die Mengenbeziehung bei der Kriminalprävention die allgemeine Kriminalität sei, sodass die Maßnahmen bei steigender Kriminalität günstiger und bei sinkender Kriminalität teurer würden, was unsinnig sei und keinen Aussagewert habe. Er bitte, die Mengen- und Preisaussage über die Verwaltungsleistung sinnvoller zu gestalten und dies in einem Folgebericht bis Ende März 2016 darzustellen.

Stefanie Remlinger (GRÜNE) bezieht sich auf die Unterpunkte Wissen und Bildung als Schutzfaktor gegen Rechts- bzw. Linksextremismus. Die Widerstandsforschung zum Dritten Reich habe gezeigt, dass Antisemitismus von Bildung und Wissen unabhängig sei. Sie frage nach dem Konzept, wie Wissen und Bildung gegen Extremismus impfen könnten, dem Abruf der Programme in den Bezirken, der Mittelausstattung und der Fortführung bzw. Einstellung.

Staatssekretär Bernd Krömer (SenInnSport) sagt einen schriftlichen Bericht zu, da die durchgeführten Veranstaltungen und der entsprechende Aufwand bei den Direktionen und Abschnitten erst erhoben werden müssten.

Stellv. Vorsitzender Joachim Esser hält fest, dass der Ausschuss einen Folgebericht über die Maßnahmen zur Kriminalprävention und deren Darstellung als Produkt erwarte.

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 72 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis und erwartet zum 31. März 2016 einen Folgebericht.

Kapitel 0533 – Der Polizeipräsident in Berlin - Direktion 1 –

Franziska Becker (SPD) beantragt, folgende Titel zur zweiten Lesung zurückzustellen:

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamten/Beamtinnen –

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten –

Titel 54085 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IuK-Technik –

Kapitel 0534 – Der Polizeipräsident in Berlin - Direktion 2 –

Keine Wortmeldung.

**Kapitel 0535 – Der Polizeipräsident in Berlin - Direktion 3 –
S. 125: Titel 51403 – Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen –**

Stefanie Remlinger (GRÜNE) beantragt, den Titel zur zweiten Lesung zurückzustellen.

Kapitel 0536 – Der Polizeipräsident in Berlin - Direktion 4 –

Keine Wortmeldung.

Kapitel 0537 – Der Polizeipräsident in Berlin - Direktion 5 –

Keine Wortmeldung.

Kapitel 0538 – Der Polizeipräsident in Berlin - Direktion 6 –

Keine Wortmeldung.

Kapitel 0541 – Der Polizeipräsident in Berlin - Direktion Zentrale Aufgaben –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Kapitel 0541:

Nr. 76, 77: Personalkonzept ZOS/Gef (S. 126)

Nr. 78, 79, 80: Zukunft Abschiebegewahrsam

Köpenick (S. 128)

**Nr. 81: Personal Abschiebegewahrsam Köpenick
(S. 131)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte 76 bis 81 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

Steffen Zillich (LINKE) bittet zur zweiten Lesung um einen schriftlichen Bericht über den Stand bei der Kooperationsvereinbarung mit Brandenburg zum Thema Abschiebungsgewahrsam.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

S. 156: Titel 23211 – Ersatz von Ausgaben durch die Länder –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom [2386](#)
15.09.2015 Haupt
Kapitel 0541:
Nr. 82, 83: Titel 232 11: Grundlage für
Kostenerstattung/Kooperationsvereinbarungen/
Amtshilfe Abschiebehäftlinge (S. 132)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte 82 und 83 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

S. 156: Titel 28101 – Ersatz von Ausgaben –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom [2386](#)
15.09.2015 Haupt
Kapitel 0541:
Nr. 84, 85: Titel 281 01: Anzahl Abschiebehäftlinge /
Grundlage für Kostenerstattung/Erstattung Kosten
Abschiebehäftlinge (S. 134)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte 84 und 85 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

S. 157: Titel 51403 – Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen –

Christian Goiny (CDU) beantragt Zurückstellung zur zweiten Lesung.

S. 158: Titel 51408 – Dienst- und Schutzkleidung –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom [2386](#)
15.09.2015 Haupt
Kapitel 0541:
Nr. 86: Titel 514 08: Erhöhung des Titels
(S. 135)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 86 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

S. 158: Titel 51420 – Beköstigung –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom [2386](#)
15.09.2015 Haupt
Kapitel 0541:
**Nr. 87, 88, 89: Titel 514 20: Detaillierte Aufstellung/
Verpflegung im Abschiebegewahrsam/ Detaillierte
Aufstellung (S. 136)**
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte 87 bis 89 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

S. 159: Titel 52703 – Dienstreisen –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom [2386](#)
15.09.2015 Haupt
Kapitel 0541:
**Nr. 90: Titel 527 03: Kosten im Zusammenhang mit
Abschiebungen und Rückführungen (S. 138)**
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 90 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

S. 159: Titel 54011 – Überführungen, Überstellungen –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom [2386](#)
15.09.2015 Haupt
Kapitel 0541:
**Nr. 91, 92, 93, 94: Titel 540 11: Detaillierte
Darstellung/Ausgaben für Abschiebungen und
Rückführungen/ Handgeld (S. 139)**
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Frage Nr. 11, rote Nummer [1900 AA](#), Fraktion Die Linke

Die Senatsverwaltung wird um einen Bericht über das Procedere und die ordnungsgemäße Kontrolle der Ausgabe von Handgeld gebeten.

Steffen Zillich (LINKE) bittet hierzu um einen schriftlichen Bericht.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend und nimmt die Berichte 91 bis 94 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

Kapitel 0543 – Der Polizeipräsident in Berlin - Landeskriminalamt –

**S. 166: Titel 11149 – Gebühren nach der Verordnung über die Erhebung von
Gebühren im Umweltschutz –**

Stefanie Remlinger (GRÜNE) beantragt Zurückstellung zur zweiten Lesung.

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom [2386](#)
15.09.2015 Haupt
Kapitel 0543:
Nr. 95: Titel 111 49: Ansatz zu Ist 2014 (S. 144)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 95 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

S. 167: Titel 42701 – Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom [2386](#)
15.09.2015 Haupt
Kapitel 0543:
Nr. 96: Titel 427 01: Fortbildungen zu
Gleichgeschlechtliche Lebensweisen und
geschlechtliche Vielfalt (S. 145)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 96 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

S. 168: Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom [2386](#)
15.09.2015 Haupt
Kapitel 0543:
Nr. 97: Titel 511 40: Umzüge (S. 146)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 97 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

S. 169: Titel 51433 – Laborbedarf und kriminaltechnisches Verbrauchsmaterial –

Christian Goiny (CDU) beantragt Zurückstellung zur zweiten Lesung.

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom [2386](#)
15.09.2015 Haupt
Kapitel 0543:
Nr. 98: Titel 514 33: DNA-Untersuchungen (S. 147)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 98 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

S. 170: Titel 52610 – Gutachten –

Markus Klaer (CDU) beantragt Zurückstellung zur zweiten Lesung.

S. 170: Titel 52703 – Dienstreisen –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom [2386](#)
15.09.2015 Haupt
Kapitel 0543:
Nr. 99: Titel 527 03: Konkretisierung Ansatz (S. 148)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 99 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

S. 170: Titel 54023 – Fahndungsmaßnahmen –

Steffen Zillich (LINKE) beantragt Zurückstellung zur zweiten Lesung.

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom [2386](#)
15.09.2015 Haupt
Kapitel 0543:
Nr. 100, 101, 102: Titel 540 23: Detaillierte
Darstellung/ Konkretisierung Ansatz und Ist (S. 149)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte 100 bis 102 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

S. 171: Titel 54042 – Leistungen an die Labor Berlin - Charité Vivantes GmbH –

Stefanie Remlinger (GRÜNE) beantragt Zurückstellung zur zweiten Lesung.

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)

Haupt

Kapitel 0543:

**Nr. 103, 104: Titel 540 42: Maßnahmen zur
Reduzierung der Fremdvergaben/Fremdvergabe
DNA-Untersuchungen (S. 151)**

Vertrauliche
Beratung zur Anlage

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO
(Anlage nur für den Datenram)

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte 103 und 104 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

S. 171: **Titel 63207 – Anteil an gemeinsamen Einrichtungen der Länder –**

Franziska Becker (SPD) beantragt Zurückstellung zur zweiten Lesung.

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)

Haupt

Kapitel 0543:

**Nr. 105, 106, 107: Titel 632 07: Planungsstand /
Befassungen /Einsparungen? – Gemeinsames
Kompetenz- und Dienstleistungszentrum
Telekommunikationsüberwachung (S. 153)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Frage Nr. 12, rote Nummer [1900 AA](#), Fraktion Die Linke

Die Senatsverwaltung wird um einen Bericht zum Planungsstand, zur Kostenstruktur und zu den voraussichtlichen jährlichen Kosten im Mittelfristzeitraum gebeten. Darüber hinaus soll eine Wirtschaftsplanung oder Vergleichbares für das TKÜ-Zentrum vorgelegt werden.

Steffen Zillich (LINKE) greift auf, dass SenInnSport dem Abghs weitere Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen erst nach Vorliegen des Staatsvertragsentwurfs vorlegen wolle. Die LHO sehe eine andere Reihenfolge vor. Vor der Veranschlagung hätten Planung und Wirtschaftlichkeitsbetrachtung zu erfolgen. Bislang unklar seien Planung, Wirtschaftsplan, investive und konsumtive Anteile und Folgebelastungen. Er verweise auf den Berichtsantrag. Zudem bitte er SenFin um Einschätzung, inwieweit es den üblichen Verfahren entspreche, dass eine gemeinsame Investition von Ländern mit Folgekosten komplett ohne Vorliegen von Veranschlagungsvoraussetzungen in den Haushalt übernommen werde.

Stefanie Remlinger (GRÜNE) fragt, ob zutreffe, dass der Bund auch etwas in dieser Richtung entwickle, Berlin noch etwas Eigenes habe und Verträge zur Pflege von Dingen existierten, die im Moment noch nicht funktionierten.

Staatssekretär Bernd Krömer (SenInnSport) schildert, durch gemeinsames Handeln fünf ostdeutscher Länder sollten Synergieeffekte genutzt werden; es gebe bereits einen norddeutschen Verbund. Seit 2010 existiere eine Projektgruppe, die auch eine Wirtschaftlichkeitsberechnung angestellt habe. Es sei vereinbart worden, nicht über „Wasserstandsmeldungen“ zu diskutieren, bevor die genauen Rahmenbedingungen bekannt seien. Beabsichtigt sei ein Staatsvertrag, mit dem sich das Abghs nach Senatsbeschluss befassen werde. Dann würden auch entsprechende Unterlagen zur Verfügung gestellt.

Staatssekretär Klaus Feiler (SenFin) knüpft an, dass dem Abghs eine ausführliche Wirtschaftlichkeitsbetrachtung nach der Senatsbefassung vorgelegt werde. Im Bericht sei auch aus der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung zitiert worden. Insofern gebe es eine Grundlage für die Veranschlagung im Haushalt. Die Einrichtung werde einen Wirtschaftsplan haben, der dann auch vorgelegt werden könne. Allerdings werde dieser üblicherweise nur im Sitzland, im vorliegenden Fall Sachsen, in den Haushalt aufgenommen.

Steffen Zillich (LINKE) erwidert, der Bericht enthalte nur eine allgemeine Schätzung, die nicht nach konsumtiven, investiven und Personalkosten aufgeschlüsselt sei. Die Planungsunterlagen seien dem Abghs nicht bekannt. Deshalb bitte er um deren Vorlage. Nach der LHO müsse der Wirtschaftsplan regelmäßig zur Kenntnis gegeben werden. Die Veranschlagungsreife sei derzeit nicht nachvollziehbar.

Staatssekretär Klaus Feiler (SenFin) merkt an, dass diese weit gehenden Wünsche verständlich seien. Allerdings habe der Senat bei der Einschätzung der Veranschlagungsreife einen relativ weiten Spielraum. SenFin habe sich anhand der Unterlagen davon überzeugt. Die LHO gebe nicht vor, was vor einer Ansatzbildung vorgelegt werden müsse.

Steffen Zillich (LINKE) erbittet die Unterlagen zur zweiten Lesung. Im Hinblick auf die anteilige Investitionssumme stelle sich die Frage, inwieweit die Regelungen der LHO für die Veranschlagungsreife von Investitionsmaßnahmen hier keine Rolle spielen sollten.

Staatssekretär Bernd Krömer (SenInnSport) macht geltend, dass die gemeinsame Anstalt die Investitionen vornehmen werde, wofür es anteilige Finanzzuweisungen Berlins wie der anderen Länder geben werde. Nach der Senatsbefassung, voraussichtlich im ersten Quartal 2016, werde das Abghs die gewünschten Unterlagen erhalten. Er verweise auf die vorliegenden Zahlenmodelle. Weitergehende Auskünfte werde es bis zur zweiten Lesung nicht geben.

Stellv. Vorsitzender Joachim Esser plädiert dafür, den Berichtsantrag zur zweiten Lesung dennoch aufrechtzuerhalten. Es stelle sich auch die Frage, ob der Ansatz auf einen Sechser und einen Achtertitel aufgeteilt werden müsste. In fast allen Fraktionen werde noch über das TKÜ-Zentrum diskutiert. Insofern könnte der Ansatz zunächst auch gesperrt werden. Über die Veranschlagungsreife entscheide letztlich der Haushaltsgesetzgeber.

Stefanie Remlinger (GRÜNE) wirft die Fragen auf, ob dem Parlament bei Staatsverträgen generell erst nach deren Abschluss eine Kostenabschätzung ermöglicht werde und wie die

Kontrolle eines effizienten Mitteleinsatzes bei länderübergreifenden Einrichtungen erfolgen könne. Unverständlich sei, weshalb die Wirtschaftlichkeitsberechnung, die offenbar existiere, nicht vorgelegt werde.

Steffen Zillich (LINKE) bittet darum, dass im Bericht zur zweiten Lesung auch erläutert werde, inwieweit die Vorschriften der LHO für die Veranschlagung gemeinsamer Investitionen gölten.

Staatssekretär Klaus Feiler (SenFin) sagt eine Beantwortung zu den aufgeworfenen Fragen – LHO-Voraussetzungen, Sechsertitel – zu. Die Frage der Frau Abg. Remlinger sei sicherlich berechtigt, die Mitfinanzierung von kofinanzierten Einrichtungen ein weites Feld, insbesondere im Wissenschaftsetat. SenFin stehe dabei meist auf verlorenem Posten. Beim TKÜ-Zentrum sollte man sich auf die konkreten Fragen beschränken.

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte 105 bis 107 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

S. 172: Titel 81216 – Ballistische Schutzhelme –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Kapitel 0543:

**Nr. 108: Titel 812 16: Entscheidungskriterien für
Anschaffung (S. 156)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 108 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

S. 172: Titel 81220 – DNA-Gerätschaften –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Kapitel 0543:

**Nr. 109: Titel 812 20: Detaillierte Darstellung zu
Anzahl der Vorgänge (S. 157)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 109 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

S. 173: Titel 81222 – Technisches Analysesystem Internet/Telekommunikation –

Stefanie Remlinger (GRÜNE) und **Steffen Zillich** (LINKE) beantragen Zurückstellung zur zweiten Lesung.

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015
Kapitel 0543:
Nr. 110, 111: Titel 812 22: IMSI-Catcher (S. 158)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

[2386](#)
Haupt

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte 110 und 111 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

S. 175: **Titel 81279 – Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen –**

Stefanie Remlinger (GRÜNE) beantragt Zurückstellung zur zweiten Lesung.

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015
Kapitel 0543:
Nr. 112: Titel 812 79: Fernlenkmanipulatoren
(S. 160)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

[2386](#)
Haupt

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 112 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

S. 179: **Titel 51453 – Verbrauchsmittel für die verfahrensabhängige IuK-Technik –**

Stefanie Remlinger (GRÜNE) beantragt Zurückstellung zur zweiten Lesung.

S. 179: **Titel 54085 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IuK-Technik –**

Steffen Zillich (LINKE) beantragt Zurückstellung zur zweiten Lesung.

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015
Kapitel 0543:
Nr. 113: Titel 540 85: Detaillierte Erläuterungen
(S. 161)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

[2386](#)
Haupt

Stefanie Remlinger (GRÜNE) spricht an, dass ein Pflegebetrag notwendig sein solle, obwohl die TKÜ noch nicht eingesetzt werden könne. Sie frage, um welche es sich handle. Nach ihrer Kenntnis entwickle das BKA auch eine Software, sodass sich die Frage stelle, was Land, Bund und Fünf-Länder-Zentrum machten.

Kerstin Alms (SenInnSport) schildert, stationäre TKÜ werde derzeit in allen Ländern mit einer eigenen Anlage durchgeführt. Der Anbieter habe die Softwarepflegeverträge gekündigt. Da sie noch liefen, seien sie auch noch unter Nr. 10 veranschlagt. In diesem Bereich solle künftig eine Kooperation mit anderen Ländern stattfinden. Bei der Quellen-TKÜ verfüge die Berliner Polizei über ein kommerzielles Produkt, dessen Softwarepflegeverträge unter Nr. 18 verzeichnet seien. Dazu existiere auch eine Eigenentwicklung des BKA, deren Eignung geprüft werde, sodass der Vertrag mit dem kommerziellen Anbieter ggf. auslaufen könnte.

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 113 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

S. 180: Titel 81240 – Informationssystem LKA/CASA –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom [2386](#)
15.09.2015 Haupt
Kapitel 0543:
Nr. 114: Titel 812 40: Detaillierte Darstellung
(S. 162)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 114 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

S. 180: Titel 81243 – Telekommunikationsüberwachung –

Stellv. Vorsitzender Joachim Esser konstatiert Zurückstellung zur zweiten Lesung.

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom [2386](#)
15.09.2015 Haupt
Kapitel 0543:
Nr. 115: Titel 812 43: Modernisierung TKÜ-
Dienststelle (S. 163)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 115 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

S. 181: Titel 81253 – Polizeilicher Informations- und Analyseverbund (PIAV) –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Kapitel 0543:

**Nr. 116: Titel 812 53: Detaillierte Erläuterung
(S. 164)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 116 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

S. 181: Titel 81254 – Spezialtechnik LKA 7 –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Kapitel 0543:

**Nr. 117, 118: Titel 812 54: Darstellung geplanter
Ausgaben (S. 166)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte 117 und 118 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

**S. 182: Titel 81255 – Aufbau der IuK-Ermittlungs und Einsatzunterstützung (EEU)
im LKA (IuK-HotSpot) –**

Frage Nr. 13, rote Nummer [1900 AA](#), Fraktion Die Linke

Die Senatsverwaltung wird gebeten, in einem **kapitelübergreifenden** Bericht in Bezug auf den EPl. 05 zu erläutern, welche konsumtiven Folgeaufwendungen sich aus den jeweiligen Ausgaben der HG 8 ergeben (selbstverständlich einschl. der Auswirkungen auf das Personal).

Steffen Zillich (LINKE) teilt mit, dass er bloße Ausrüstungs- und Fahrzeugbeschaffungen ausnehme, da der Berichtsauftrag sonst zu umfänglich wäre.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Kapitel 0543:

**Nr. 119, 120: Titel 812 55: a) Darstellung geplanter
Ausgaben b) Funkzellen (S. 168)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte 119 und 120 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

Kapitel 0553 – Der Polizeipräsident in Berlin - Zentraler Service –

S. 186: **Titel 11151 – Gebühren nach der Gebührenordnung für die Benutzung
polizeilicher Einrichtungen –**

S. 186: **Titel 11201 – Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder –**

Franziska Becker (SPD) beantragt Zurückstellung der Titel zur zweiten Lesung. Sei das Thema „Wachsende Stadt“ hier antizipiert?

Staatssekretär Bernd Krömer (SenInnSport) äußert, nach seiner Kenntnis sei dies nicht berücksichtigt worden, es könnte allenfalls prognostisch eingearbeitet werden.

S. 187: **Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamten/Beamtinnen –**

S. 187: **Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten –**

Franziska Becker (SPD) beantragt Zurückstellung der Titel zur zweiten Lesung.

S. 187: **Titel 42221 – Bezüge der Anwärter/innen –**

Christian Goiny (CDU) beantragt Zurückstellung zur zweiten Lesung.

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Kapitel 0553:

Nr. 121: Titel 422 21: Polizeiausbildung (S. 170)

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 121 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

S. 187: Titel 42701 – Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Kapitel 0553:

**Nr. 122: Titel 427 01: Detaillierte Darstellung
(S. 172)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 122 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

S. 188: Titel 46201 – Pauschale Minderausgaben für Personalausgaben –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Kapitel 0553:

Nr. 123: Titel 462 01: Auflösung PMA (S. 174)

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 123 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

S. 188: Titel 51101 – Geschäftsbedarf –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Kapitel 0553:

**Nr. 124: Titel 511 01: Ansatzbildung zu Ist 2014
(S. 175)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 124 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

S. 188: Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände –

Christian Goiny (CDU) beantragt Zurückstellung zur zweiten Lesung.

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Kapitel 0553:

**Nr. 125: Titel 511 40: Detaillierte Darstellung
(S. 176)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 125 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

S. 189: **Titel 51408 – Dienst- und Schutzkleidung –**

Christian Goiny (CDU) beantragt Zurückstellung zur zweiten Lesung.

S. 189: **Titel 51410 – Allgemeine Dienstkleidung (Kontenwirtschaft) –**

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Kapitel 0553:

**Nr. 126, 127: Titel 514 08 und 514 10: Detaillierte
Darstellung/Kennzeichnungspflicht (S. 177)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte 126 und 127 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

S. 189: **Titel 51426 – Verbrauchsmittel für medizinische Zwecke –**

Christian Goiny (CDU) beantragt Zurückstellung zur zweiten Lesung.

S. 190: **Titel 51715 – Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility
Managements –**

Franziska Becker (SPD) beantragt Zurückstellung zur zweiten Lesung.

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Kapitel 0553:

**Nr. 128: Titel 517 15: Detaillierte Darstellung zu
Mehrausgaben (S. 179)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 128 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

S. 192: Titel 51801 – Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume –

Christian Goiny (CDU) beantragt Zurückstellung zur zweiten Lesung.

S.192: Titel 51802 – Mieten für Fahrzeuge –

Nicole Ludwig (GRÜNE) fragt, wie viele Elektrofahrzeuge für die Polizei im Einsatz seien, wie viele Anschaffungen in welchen Bereichen noch geplant seien und wie sich die Unterhaltungskosten durch die Elektrofahrzeuge verändern würden.

Staatssekretär Bernd Krömer (SenInnSport) sagt eine schriftliche Information zu. Die Zahl bewege sich derzeit im zweistelligen Bereich. Die Fahrzeugbeschaffungen würden ausgeschrieben. Auch die Polizei sei gehalten, das wirtschaftlichste Angebot zu nehmen. Zielsetzung seien auch Elektrofahrzeuge, allerdings befürchte er, dass die Verbrechensbekämpfung im Hinblick auf die Ladekapazität möglicherweise leiden könnte.

Stellv. Vorsitzender Joachim Esser merkt an, dass beim derzeitigen Stand der Batterietechnik nicht der gesamte Fuhrpark umgerüstet werden sollte.

Franziska Becker (SPD) beantragt Zurückstellung folgender Titel zur zweiten Lesung:

Titel 51820 – Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management –
Titel 51925 – Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements
Titel 68260 – Zuschüsse für Bauvorbereitungsmittel an Dritte –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom [2386](#)
15.09.2015 Haupt
Kapitel 0553:
Nr. 129: Titel 519 25: Darstellung
„Unvorhergesehene...“ / Stand Polizeischule (S. 181)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 129 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

S. 198: Titel 54010 – Dienstleistungen –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom [2386](#)
15.09.2015 Haupt
Kapitel 0553:
Nr. 130: Titel 540 10: Kosten Projektgruppe EES /
Werbekonzept Nachwuchsgewinnung (S. 183)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 130 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

Christian Goiny (CDU) beantragt Zurückstellung folgender Titel zur zweiten Lesung:

Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben –
Titel 81111 – Gefangenenkraftwagen –
Titel 81114 – Gruppenkraftwagen –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom [2386](#)
15.09.2015 Haupt
Kapitel 0553:
Nr. 131: Titel 671 01: Planungsstand Ausbildung /
HWR (S. 185)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 131 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

S. 201: **Titel 81179 – Fahrzeuge –**

Nicole Ludwig (GRÜNE) beantragt Zurückstellung zur zweiten Lesung.

**Kapitel 0559 – Hauptstadtbedingte Aufwendungen im Sicherheitsbereich des
Landes Berlin**

S. 218: **Titel 23141 – Zuweisungen des Bundes für hauptstadtbedingte
Mehraufwendungen für die innere Sicherheit –**

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom [2386](#)
15.09.2015 Haupt
Kapitel 0559:
Nr. 132, 133: Titel 231 41: Maßnahmen seit
Haushaltsplanung 2014/2015/Stand Verhandlungen
mit dem Bund (S. 186)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte 132 und 133 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

S. 218: Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamten/Beamtinnen –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom [2386](#)
15.09.2015 Haupt
Kapitel 0559:
Nr. 134: Titel 422 01: Hauptstadtbedingte Einsätze
in 2014 (S. 187)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 134 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

S. 219: Titel 51420 – Beköstigung –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom [2386](#)
15.09.2015 Haupt
Kapitel 0559:
Nr. 135: Titel 514 20: Kosten im 1. Halbjahr 2015
(S. 188)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 135 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

S. 221: Titel 81103 – Drehleiter –

Franziska Becker (SPD) fragt, an welchen Standorten Drehleitern vorgesehen seien.

Stefanie Remlinger (GRÜNE) beantragt Zurückstellung des Titels zur zweiten Lesung.

Staatssekretär Bernd Krömer (SenInnSport) nennt die Feuerwache Tiergarten. Die Drehleiter sei nicht teurer als eine normale.

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom [2386](#)
15.09.2015 Haupt
Kapitel 0559:
Nr. 136: Titel 811 03: Detaillierte Erläuterung
(S. 189)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 136 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

S. 221: Titel 81107 – Notarzt-Einsatzfahrzeuge –

Frage Nr. 14, rote Nummer [1900 Z](#), Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Wir bitten um einen Bericht, welche Vergabekriterien bei der Ausschreibung/Zuweisung der Notarzt-Einsatzfahrzeuge (NEFs) Anwendung finden. Wie stellt sich die aktuelle Verteilung der NEFs über die einzelnen Krankenhausstandorte im Vergleich zur Vorperiode dar?

Christian Goiny (CDU) verweist auf den Berichts Antrag. Zudem bitte er um eine Auflistung, wie die Krankenhäuser ausgestattet seien, wo NEFs wegfielen, und wie die Krankenhäuser ausgestattet seien, wo NEFs hinkämen, und zwar hinsichtlich der einzelnen Kliniken, Spezialzentren und der dort vorhandenen Ärzte, auch im 24-Stunden-Betrieb.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

S. 222: Titel 81179 – Fahrzeuge –

Christian Goiny (CDU) beantragt Zurückstellung zur zweiten Lesung.

Kapitel 0561 – Berliner Feuerwehr - Landesbranddirektor –

Mitberaten wird:

Zwischenbericht SenInnSport – III C 11 – vom
29.07.2015

Konzept für die Umstellung der Notfallrettung
(Berichtsauftrag aus der 59. Sitzung am 09.04.14 und
aus der 70. Sitzung am 10.12.2014)

[1055 E](#)
Haupt

Frage Nr. 14, rote Nummer [1900 AA](#), Fraktion Die Linke

Die Senatsverwaltung wird gebeten, die Umsetzung des Notfallsanitätärgesetzes zu erläutern. Dabei ist darzustellen, wie viele Rettungsassistentinnen und Rettungsassistenten, Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitäter im Bereich der Berliner Feuerwehr für den Einsatz jeweils zur Verfügung stehen unter Berücksichtigung folgender Faktoren: Neueinstellungen, allg. Personalentwicklung, Fluktuation und notwendige Ersatzeneinstellungen, Abwesenheit aufgrund von Ausbildung bzw. Ergänzungsausbildungen.

Steffen Zillich (LINKE) verweist auf den Berichts Antrag. Zudem bitte er, zum Ergebnis der Tarifgespräche über die Eingruppierung der Notfallsanitäter zu berichten.

Heiko Thomas (GRÜNE) greift auf, die ursprüngliche Idee, den Prozess bis 2020 abwickeln zu können, sei nicht mehr haltbar, da SenInnSport zu langsam angefangen habe. Bedürfe es einer bundesgesetzlichen Änderung? Wie wolle SenInnSport dies sicherstellen? Er bitte um Ausführungen zum Gutachten Rettungsdienst im Hinblick auf den ärztlichen Leiter.

Staatssekretär Bernd Krömer (SenInnSport) weist zurück, dass SenInnSport zu spät angefangen habe. Es gehe um die Umsetzung eines Bundesgesetzes, das noch durch zusätzliche Rahmenbedingungen ausgefüllt sein müsste. Die Eingruppierung werde zwischen den Tarifparteien diskutiert. Die Übergangsfrist laufe bis 2020. Man habe bereits in diesem Jahr begonnen. Es gebe eine Reihe von Rettungsassistenten aus dem Bereich der Feuerwehr, die in den kommenden Jahren sukzessive umgeschult würden. Er gehe davon aus, dass das Ziel bis 2020 weitgehend umgesetzt werde.

Kerstin Alms (SenInnSport) ergänzt, bei der Überarbeitung des RDG sei geplant, dass der ärztliche Leiter für ganz Berlin der ärztliche Leiter der Feuerwehr sein solle. Hierzu fänden noch Absprachen und Beteiligungen aller Betroffenen, auch Hilfsorganisationen, statt.

Steffen Zillich (LINKE) fragt, ob vorgesehen sei, jährlich 120 Rettungsassistenten zu Notfallsanitätern umzuschulen, oder perspektivisch eine höhere Kapazität benötigt werde.

Heiko Thomas (GRÜNE) lobt den Beitrag des ärztlichen Leiters der Feuerwehr zur Ausbildung. SenInnSport habe im Bericht selbst eingeräumt, dass das Ziel 2020 zu ehrgeizig sei. Ihn interessiere, was nach Überschreitung der Übergangsfrist passieren werde und ob die Rettungswagen 2020 mit genügend Leuten besetzt werden könnten, zumal nicht nur Berlin, sondern auch andere Bundesländer zu wenig hätten.

Staatssekretär Bernd Krömer (SenInnSport) bestätigt, 120 seien das perspektivische Ziel für die nächsten Jahre, auch mal 140. Man bilde seit 1. September im ersten Lehrgang 20 Leute zum Notfallsanitäter aus. Er gehe davon aus, dass der Kraftakt möglicherweise mit Ach und Krach gelingen werde. Da der Personenkreis begrenzt sei, werde es bundesweit schwierig sein, den Bedarf zu decken. Ein Problem für die Feuerwehr werde sein, dass Hilfsorganisationen Notfallsanitäter in aller Regel deutlich besser bezahlen.

Steffen Zillich (LINKE) bittet, dem Ausschuss die Ausbildungsplanung bis 2020 zur Verfügung zu stellen.

Heiko Thomas (GRÜNE) knüpft an, dass 20 Auszubildende pro Jahr weit unter den früheren Werten lägen, auch wenn es sich um ein anderes System gehandelt habe. Deshalb bitte er, ergänzend auch den alten Zustand darzustellen.

Vorsitzender Frédéric Verrycken hält fest, dass zur zweiten Lesung entsprechend berichtet werde und der Ausschuss den Zwischenbericht [1055 E](#) zur Kenntnis nehme.

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Kapitel 0561 – 0565:

**Nr. 137: Verbesserung der baulichen Situation
(S. 190)**

**Nr. 138: Einhaltung Schutzziele im Rettungsdienst
(S. 191)**

**Nr. 139, 140: Umsetzung Notfallsanitätäergesetz
(S. 192)**

Nr. 141, 142, 143: Titel 422 01:

Personalkonzept Feuerwehr (S. 194)

Nr. 144: Titel 422 21: Feuerwehrausbildung (S. 197)

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte 137 bis 144 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

S. 228: **Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände –**

Christian Goiny (CDU) beantragt Zurückstellung zur zweiten Lesung. Zudem bitte er um einen Bericht zum Feuerwehrmuseum: baulicher Zustand, Ausstattung, Besucherzahlen und Programm.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

S. 228: **Titel 53105 – Beteiligung an Messen und Ausstellungen –**

Franziska Becker (SPD) fragt, ob das Budget nicht zu gering sei, um sich auf Messen etc. als Top-Arbeitgeber zu präsentieren. Sie beantrage vorsorglich Zurückstellung zur zweiten Lesung.

Staatssekretär Bernd Krömer (SenInnSport) merkt an, abgedeckt würden nur Standgebühren auf Messen. Mehr Geld wäre wünschenswert. Gleiches gelte im Übrigen für die Notfallsanitäter. Die Motivation, bei der Berufsfeuerwehr zu arbeiten, könnte vielleicht mit einer Zulage erhöht werden.

Heiko Thomas (GRÜNE) erkundigt sich nach der entsprechenden Haushaltsanmeldung durch SenInnSport bzw. Ablehnung durch SenFin.

Staatssekretär Bernd Krömer (SenInnSport) erklärt, man befinde sich in der senatsinternen Abstimmung. Er verweise auch auf den Haushaltsgesetzgeber, der nicht unterschätzt werden sollte.

Torsten Schneider (SPD) geht davon aus, dass die Haushaltsverhandlungen des Senats abgeschlossen seien. Müsse mit einer Nachschiebeliste gerechnet werden? Welchen Deckungsvorschlag werde SenInnSport dazu machen?

Staatssekretär Bernd Krömer (SenInnSport) stellt klar, Notfallsanitäterzulagen bei abgeschlossenen Ergänzungsausbildungen seien im Haushalt abgedeckt. Im Übrigen handele es sich um einen perspektiven Ausblick auf künftige Haushalte. Mit einer besseren Bezahlung könnte man im Konkurrenzkampf mit Hilfsorganisationen eher bestehen.

S. 229: Titel 52601 – Gerichts- und ähnliche Kosten –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Kapitel 0561:

**Nr. 145: Titel 526 01: Verfahren Krankenkassen
(S. 198)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 145 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

**S. 229: Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der
Öffentlichkeitsarbeit –**

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Kapitel 0561:

Nr. 146: Titel 531 01: Nachwuchskampagne (S. 199)

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Franziska Becker (SPD) erkundigt sich nach dem Sprung in der Ansatzhöhe, der ihr für die genannten Kampagnen hoch erscheine.

Stefanie Remlinger (GRÜNE) fragt, ob Mittel für Messestände auch aus diesem Titel genommen werden könnten. Sie beziehe außerdem Titel 42221 – Bezüge der Anwärter/innen – in die Diskussion ein. Angesichts der Bewerberzahl, der Ausbildungsreife und des Fachkräftemangels stelle sich die Frage, welche Schwächen Bewerber hätten, ob stärker in Richtung assistierte Ausbildung/Nachqualifizierung gedacht werde und dafür Mittel vorhanden wären.

Clara Herrmann (GRÜNE) bemerkt, dass der Frauenanteil im Vollzugsbereich unter 2 Prozent liege, sodass die Feuerwehr überlegen sollte, wie sie für unterrepräsentierte Gruppen attraktiver werden könnte. Sie denke, dass es genügend geeignete Frauen gebe.

Staatssekretär Bernd Krömer (SenInnSport) schildert, die Zahl der Bewerber sei rückläufig, es bewürben sich wenig Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund. Eine abgeschlossene Berufsausbildung sei nicht mehr Voraussetzung, es würden auch Schulabgänger genommen, die mit den Anwärterbezügen eher zurechtkämen als Lebensältere, die bereits eine Familie hätten. Ein Problem von Bewerbern sei mangelnde sportliche Fitness. Bei der Polizei gebe es im Rahmen der Ausbildung mittlerweile Nachjustierungen bei den Grund-

kenntnissen der deutschen Sprache in Schrift, Bild und Zahlen. Ähnliches werde bei der Feuerwehr beobachtet, sodass Leute in großer Zahl durch Eignungstests fielen. Gleichwohl senke man die Qualifikationsanforderungen bislang in beiden Bereichen nicht.

Stefanie Remlinger (GRÜNE) plädiert dafür, während in der Ausbildung stärker nachzuarbeiten, z. B. an körperlicher Fitness. Bei der deutschen Sprache gebe es in der Bildungskette Förderdefizite, die zu Entmutigung und Stigmatisierung führten. Dass sich wenig Frauen und Migranten bewürben, habe auch etwas mit der Grundeinstellung und Ausstrahlung des Arbeitgebers zu tun und sei im 21. Jahrhundert nicht mehr einfach nur hinzunehmen. Werbemühnungen seien zu verstärken. Für die interkulturelle Öffnung von Betrieben gebe es entsprechende Beratungsangebote, die sie SenInnSport empfehle.

Christian Goiny (CDU) erwidert, dass der Staatssekretär nur die Ist-Lage beschrieben habe, aus der die Vorrednerin sofort einen politischen Vorwurf generiere. Im Übrigen habe sich der UA PHPW intensiv mit dem Thema Ausbildung/Personalgewinnung/Personalkonzept befasst. Hier werde nun ein Aspekt für eine pseudoideologische Debatte herausgerissen.

Stefanie Remlinger (GRÜNE) erklärt, dass sie sich auf vorliegende Berichte bezogen habe. Ihre Fraktion wäre dafür, die Ansätze für Nachwuchskampagnen zu erhöhen, die auf Frauen und Migranten zielten, da sie sich um den Nachwuchs für die Feuerwehr Sorge.

Staatssekretär Bernd Krömer (SenInnSport) verweist darauf, dass der LBD die Ausbildungskonzepte der Feuerwehr ausführlich vorgestellt habe, die keineswegs an überkommenen Bildern festhielten. Polizei und Feuerwehr würben auch in den Schulen. Allerdings sei der feuerwehrtechnische Einsatz nicht ganz einfach, sodass es bei bestimmten Bevölkerungsgruppen noch Hemmschuhe gebe. Konkrete Verbesserungsvorschläge nähme er gerne mit.

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 146 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

S. 229: Titel 54010 – Dienstleistungen –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Kapitel 0561:

**Nr. 147: Titel 540 10: Arbeitsmedizinische
Leistungen – Erläuterungen Ist – Ansatz (S. 200)**
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 147 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

Kapitelübergreifend

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Kapitel 0562 – 0565:

**Nr. 148: Titel 526 02: Erläuterungen Ist – Ansatz
(S. 201)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 148 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

Kapitel 0562 – Berliner Feuerwehr - Direktion Nord –

S. 234: Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamten/Beamtinnen –

Stefanie Remlinger (GRÜNE) beantragt Zurückstellung des Titels zur zweiten Lesung.

Kapitel 0563 – Berliner Feuerwehr - Direktion Süd –

S. 238: Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamten/Beamtinnen –

Christian Goiny (CDU) beantragt Zurückstellung des Titels zur zweiten Lesung.

Kapitel 0564 – Berliner Feuerwehr - Direktion West –

S. 242: Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamten/Beamtinnen –

Stefanie Remlinger (GRÜNE) beantragt Zurückstellung des Titels zur zweiten Lesung.

S. 242: Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände –

S. 242: Titel 51420 – Beköstigung –

Christian Goiny (CDU) beantragt Zurückstellung der Titel zur zweiten Lesung.

Kapitel 0565 – Berliner Feuerwehr - Service –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Kapitel 0565:

**Nr. 149: Berliner Feuerwehr- und Rettungssakademie
(BFRA) (S. 202)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 149 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

Frage Nr. 17, rote Nummer [1900 Z](#), Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Wir bitten um die Vorlage eines Konzepts zur Fahrzeug- und Fahrzeuersatzbeschaffung für die Berliner Feuerwehr.

Vorsitzender Frédéric Verrycken hält fest, dass hierzu schriftlich berichtet werde.

S. 246: **Titel 11152 – Gebühren nach verschiedenen landesrechtlichen Vorschriften –**

Stefanie Remlinger (GRÜNE) beantragt Zurückstellung zur zweiten Lesung.

S. 248: **Titel 42701 – Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter –**

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) fragt, welche Teile der Ausbildung bei einem Wechsel von der Freiwilligen Feuerwehr zur Berufsfeuerwehr anerkannt würden, falls nichts, warum nicht.

Staatssekretär Bernd Krömer (SenInnSport) erklärt, dass dies von den individuellen Voraussetzungen abhängt und jeweils im Einzelfall geprüft werde, ggf. gebe es Rabattierungen bestimmter Ausbildungsabschnitte.

S. 262: **Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben –**

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Kapitel 0565:

**Nr. 150, 151, 152: Titel 111 52 und 671 01: Beleihung
Hilfsorganisationen/Höhe Einnahmetitel/
Auslagenersatz Krankenhäuser – Höhe Ausgabebetitel
(S. 203)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte 150 bis 152 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

S. 249: **Titel 51403 – Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen –**

S. 249: **Titel 51408 – Dienst- und Schutzkleidung –**

Christian Goiny (CDU) beantragt Zurückstellung der Titel zur zweiten Lesung.

S. 263: **Titel 81101 – Lösch-Hilfeleistungsfahrzeuge – bis**
S. 364: **Titel 81112 – Rettungswagen –**

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom [2386](#)
15.09.2015 Haupt
Kapitel 0565:
Nr. 153: Titel 514 03 und 811 01 bis 811 12:
Instandhaltung und Neuanschaffung Fahrzeuge
(S. 205)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 153 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

S. 261: **Titel 52703 – Dienstreisen –**

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom [2386](#)
15.09.2015 Haupt
Kapitel 0565:
Nr. 154: Titel 527 03: Detaillierte Aufstellung
(S. 207)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 154 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

S. 263: **Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –**

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom [2386](#)
15.09.2015 Haupt
Kapitel 0565:
Nr. 155: Titel 685 69: Mehrkosten
Katastrophenschutzkonzept (S. 208)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 155 der Sammelvorlage [2386](#) zur Kenntnis.

Frage Nr. 15, rote Nummer [1900 Z](#), Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Wir bitten um einen Bericht, wie die Zuwendung an die Arbeitsgemeinschaft Wasserrettungsdienst unter den drei Zuwendungsempfängern ASB/DLRG/DRK aufgeteilt wird und für welche Maßnahmen die Mittel eingesetzt werden.

Vorsitzender Frédéric Verrycken hält fest, dass hierzu schriftlich berichtet werde.

S. 263: Titel 81101 – Lösch-Hilfeleistungsfahrzeuge –

Stefanie Remlinger (GRÜNE) beantragt Zurückstellung dieses Titels zur zweiten Lesung.

S. 263: Titel 81103 – Hubrettungsfahrzeuge –

Stefanie Remlinger (GRÜNE) beantragt Zurückstellung dieses Titels zur zweiten Lesung.

S. 263: Titel 81107 – Notarzteinsatzfahrzeuge –

Christian Goiny (CDU) beantragt Zurückstellung dieses Titels zur zweiten Lesung.

S. 264: Titel 81111 – Stroke-Einsatz-Mobile –

Mitberaten wird:

Bericht SenInnSport – III A 23 – vom 11.09.2015
**Analyse der gesundheitsökonomischen Aspekte des
STEMO und der Konsequenzen für das Land Berlin**
(Berichtsauftrag aus der 79. Sitzung vom 10.06.2015)
(auch an GesSoz)

[1468 H](#)
Haupt

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015
Kapitel 0565:
Nr. 156: Titel 811 11: Erläuterung der Maßnahme
(S. 209)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

[2386](#)
Haupt

Frage Nr. 16, rote Nummer [1900 Z](#), Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Wir bitten in Ergänzung zur roten Nummer 1468 H um die die Bereitstellung eines Nutzungskonzepts für die drei neu zu beschaffenden STEMOs.

Vorsitzender Frédéric Verrycken erinnert daran, dass der Bericht rote Nr. 1468 H zu Beginn der Sitzung zur zweiten Lesung vertagt worden sei. Zur Frage Nr. 16 der Koalitionsfraktionen solle zur zweiten Lesung schriftlich berichtet werden.

Heiko Thomas (GRÜNE) verweist auf frühere Planungen, wonach u. a. das Unfallkrankenhaus eines dieser Stroke-Einsatz-Mobile – STEMO – bekommen solle. Sei dies noch der aktuelle Stand der Planung?

Staatssekretär Bernd Krömer (SenInnSport) erklärt, dies sei weiterhin so geplant. Die Beschaffung erfolge über den Bezirk; es gebe eine Kofinanzierung aus EU-Mitteln. Das STEMO werde dann der Feuerwehr übereignet werden.

Heiko Thomas (GRÜNE) bittet darum, zur zweiten Lesung schriftlich darzustellen, ob noch geplant sei, ein STEMO für das Unfallkrankenhaus vorzusehen, wie das ablaufe und wie sich das rechtlich verhalte.

Vorsitzender Frédéric Verrycken stellt fest, diese Frage werde SenInnSport in dem bereits von den Koalitionsfraktionen beantragten Bericht zusätzlich mit beantworten.

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 156 der Sammelvorlage rote Nr. 2386 zur Kenntnis.

S. 264: **Titel 81112 – Rettungswagen –**

Christian Goiny (CDU) beantragt Zurückstellung dieses Titels zur zweiten Lesung.

S. 264: **Titel 81150 – Fahrzeuge des Katastrophenschutzes –**

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Kapitel 0565:

**Nr. 157: Titel 811 50: Anschaffungen im
Katastrophenschutz (S. 211)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 157 der Sammelvorlage rote Nr. 2386 ohne Aussprache zur Kenntnis.

S. 272: **Titel 81240 – Ertüchtigung des Einsatzleitsystems IGNIS –**

S. 273: **Titel 81241 – Erneuerung der zentralen Komponenten des Leitstellensystems
IGNIS –**

Franziska Becker (SPD) beantragt Zurückstellung des Titels 81241 zur zweiten Lesung.

S. 273: **Titel 81242 – Erneuerung der dezentralen Komponenten des Leitstellensystems
IGNIS –**

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Kapitel 0565:

**Nr. 158, 159: Titel 812 40, 812 41 und 812 42:
Teilprojekte Telenotarzt, eCall, GIS, Pflegearbeit zu
Titel 812 40/Erläuterung des Gesamtprojekts
(S. 214)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte 158 und 159 der Sammelvorlage rote Nr. 2386 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 0571 – 0574 Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten – Gesamt –

Frage Nr. 15, rote Nummer [1900 AA](#) Fraktion Die Linke

Die Senatsverwaltung wird gebeten, zum derzeitigen Stand der stellenplanmäßigen Auswirkungen und zu den Maßnahmen außerhalb des Stellenplans für die unterschiedlichen Abteilungen im LaBo zu berichten.

Steffen Zillich (LINKE) weist darauf hin, dass man diese Frage im Fragenkatalog zwar dem Kapitel 0574 zugeordnet habe, doch beziehe sie sich auf die LABO-Kapitel insgesamt. – Beim Thema Ausländerbehörde stelle sich die Frage nach den Mehraufwendungserfordernissen aufgrund der steigenden Flüchtlingszahlen. Inwieweit seien in dem 600-Millionen-Euro-Paket hierzu Maßnahmen vorgesehen. Es gehe ihm hierbei lediglich um die Zuordnung.

Staatssekretär Klaus Feiler (SenFin) erklärt, in dem 600-Millionen-Euro-Paket seien hierzu Maßnahmen vorgesehen.

Kapitel 0571 – Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Leitung -

Kapitelübergreifend

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Kapitel 0571 – 0575:

Nr. 160: Gender Budgeting – Dienstreisen (S. 215)

Nr. 161: Personalkonzept (S. 216)

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte 160 und 161 der Sammelvorlage rote Nr. 2386 ohne Aussprache zur Kenntnis.

S. 282: Titel 52501 – Aus- und Fortbildung –

Steffen Zillich (LINKE) beantragt Zurückstellung dieses Titels zur zweiten Lesung.

S. 282: Titel 54010 – Dienstleistungen –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Kapitel 0571:

**Nr. 162: Titel 540 10: „Work-Life Management“
(S. 218)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 162 der Sammelvorlage rote Nr. 2386 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 0572 – Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Personenstands- und Einwohnerwesen -

Titelübergreifend

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Kapitel 0572:

Nr. 163: Standesamt 1 (S. 219)

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 163 der Sammelvorlage rote Nr. 2386 ohne Aussprache zur Kenntnis.

S. 290: Titel 54010 – Dienstleistungen –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Kapitel 0572:

Nr. 164: Titel 540 10: Kundenmonitoring (S. 220)

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 164 der Sammelvorlage rote Nr. 2386 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 0573 – Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Kraftfahrzeugwesen -

S. 306: **Titel 82127 – Erwerb von Grundstücken und Gebäuden (Sonderfinanzierungen) –**

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Kapitel 0573:

**Nr. 165: Titel 821 27: Flächenoptimierung KfZ-
Zulassungsstelle (S. 221)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 165 der Sammelvorlage rote Nr. 2386 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 0574 – Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Ausländerangelegenheiten -

Titelübergreifend

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Kapitel 0574:

**Nr. 166: Personalkonzept / finanzielle Vorsorge für
weitere Maßnahmen (S. 222)**

Nr. 167, 168: Interkulturelle Öffnung

Ausländerbehörde (S. 223)

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Christian Goiny (CDU) beantragt, das gesamte Kapitel 0574 zur zweiten Lesung zurückzustellen.

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte 166 bis 168 der Sammelvorlage rote Nr. 2386 ohne Aussprache zur Kenntnis.

S. 316: Titel 11153 – Gebühren nach Bundesrecht –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Kapitel 0574:

Nr. 169, 170, 171: Titel 111 53:

**Gebührentatbestände/Gebühren von Geduldeten für
Verlassenserlaubnisse/Verlassenserlaubnisse
(S. 224)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte 169 bis 171 der Sammelvorlage rote Nr. 2386 ohne Aussprache zur Kenntnis.

S. 316: Titel 28101 – Ersatz von Ausgaben –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Kapitel 0574:

**Nr. 172, 173: Titel 281 01: Geltendmachung von
Abschiebekosten / Einnahmen aus Abschiebung/Haft
ausländischer Staatsangehöriger (S. 226)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte 172 und 173 der Sammelvorlage rote Nr. 2386 ohne Aussprache zur Kenntnis.

S. 316: Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamten/Beamtinnen –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Kapitel 0574:

**Nr. 174, 175: Titel 422 01: Konzept für zusätzliche
Stellen / Konzept für zusätzliche Stellen /
Interkulturelle Öffnung der Ausländerbehörde
(S. 228)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte 174 und 175 der Sammelvorlage rote Nr. 2386 ohne Aussprache zur Kenntnis.

S. 316: Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Kapitel 0574:

**Nr. 176: Titel 428 01: Konzept für zusätzliche
Stellen / Interkulturelle Öffnung der
Ausländerbehörde S. 229)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 176 der Sammelvorlage rote Nr. 2386 ohne Aussprache zur Kenntnis.

S. 316: Titel 51101 – Geschäftsbedarf –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Kapitel 0574:

**Nr. 177: Titel 511 01: Elektronischer Aufenthaltstitel
(S. 230)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 177 der Sammelvorlage rote Nr. 2386 ohne Aussprache zur Kenntnis.

S. 318: Titel 52601 – Gerichts- und ähnliche Kosten –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Kapitel 0574:

**Nr. 178: Titel 526 01: Entwicklung Streitverfahren
(S. 231)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 178 der Sammelvorlage rote Nr. 2386 ohne Aussprache zur Kenntnis.

S. 318: Titel 52610 – Gutachten –

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Kapitel 0574:

**Nr. 179, 180, 181: Titel 526 10: Gutachten im
Zusammenhang mit Abschiebungsmaßnahmen (S.
232)**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt Berichte 179 bis 181 der Sammelvorlage rote Nr. 2386 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 0575 – Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Entschädigungsleistungen -

Keine Wortmeldung.

Kapitel 0585 – Landesverwaltungsamt - Leitung -

Keine Wortmeldung.

Kapitel 0586 – Landesverwaltungsamt - Logistikservice -

Nicole Ludwig (GRÜNE) verweist auf die Ankündigung der Staatssekretäre Beermann und Statzkowski vom September 2014, wonach der Landesfuhrpark mit Elektrofahrzeugen ausgestattet werden solle – bis zu zehn Prozent in den kommenden Jahren. Dafür seien aus dem Internationalen Schaufenster der Elektromobilität Berlin-Brandenburg 3 Mio. Euro zur Verfügung gestellt worden. Wofür seien diese 3 Mio. Euro im Einzelnen verwendet worden? Mit wie vielen Elektrofahrzeugen sei der Landesfuhrpark des Landes Berlin derzeit ausgestattet? Wie viele Ladesäulen befänden sich derzeit auf dem Gelände der Verwaltung? – Das Internationale Schaufenster der Elektromobilität Berlin-Brandenburg laufe zum Jahresende aus. Was sei für die Zeit danach geplant, um den Fuhrpark des Landes Berlin weiter zu elektrifizieren? – Diese Fragen bezögen sich nicht auf einen Titel, sondern auf das Kapitel 0586 insgesamt.

Kirsten Dreher (SenInnSport) erklärt, das Landesverwaltungsamt sei nur für den personen gebundenen Fuhrpark der Senatoren, der Staatssekretäre, des Präsidenten des Abghs und der Fraktionsvorsitzenden im Abghs zuständig. Es gebe in dem Sinne keinen Landesfuhrpark Berlin, sondern der Fuhrpark sei dezentral organisiert. Zum personengebundenen Fuhrpark im Landesverwaltungsamt gehörten 41 Fahrzeuge. Für einen Testbetrieb habe man den BMW i3 angeschafft – als Poolfahrzeug –, und alle neuen Modelle, die infrage kämen, teste man.

Nicole Ludwig (GRÜNE) fragt, wer für die Anschaffung von Elektrofahrzeugen im Land Berlin zuständig sei.

Kirsten Dreher (SenInnSport) teilt mit, dass man hierbei gemeinsam mit SenWiTechForsch eine koordinierende Rolle einnehme. Man habe verschiedene Veranstaltungen durchgeführt und die Berliner Behörden zu diesem Thema eingeladen. Letztlich sei aber jede Verwaltung allein für diese Beschaffung zuständig.

Nicole Ludwig (GRÜNE) fragt, ob es auch Initiativen gebe, die über solche Veranstaltungen hinausgingen – z. B. das Einholen von günstigen Angeboten für Elektrofahrzeuge.

Staatssekretär Bernd Krömer (SenInnSport) weist darauf hin, dass mit solchen Angeboten gegebenenfalls die ständige Abnahme von Elektrofahrzeugen verbunden wäre. Zudem sei der Fuhrpark zahlenmäßig nicht so groß, dass man mit einem deutlichen Mengenrabatt rechnen könnte. Einige wie z. B. die Grünen-Fraktion verzichteten überhaupt auf ein Kraftfahrzeug und trügen so natürlich auch nicht zum Anwachsen der Quote der Elektrofahrzeuge bei. Wie bereits ausgeführt, liege die Entscheidung über eine solche Anschaffung bei der jeweiligen Verwaltung. Für die Auswahl kämen neben Elektrofahrzeugen z. B. auch Hybridfahrzeuge, Dieselfahrzeuge etc. infrage.

Stefanie Remlinger (GRÜNE) fragt, ob bzw. zu welchem Teil SenInnSport die 3 Mio. Euro für das Projekt Elektrifizierung des Landesfuhrparks Berlin habe einsetzen können. Verfielen die Mittel, wenn z. B. keine Anschaffungen vorgenommen würden?

Kirsten Dreher (SenInnSport) weist darauf hin, dass diese 3 Mio. Euro nicht bei SenInnSport etatisiert seien, um sie für diesen Zweck einzusetzen. Die Frage wäre also von SenWiTechForsch als der zuständigen Verwaltung zu beantworten.

Nicole Ludwig (GRÜNE) erklärt, SenInnSport solle hinsichtlich ihrer Leistungen im Rahmen des Internationalen Schaufensters der Elektromobilität schriftlich berichten.

Vorsitzender Frédéric Verrycken weist darauf hin, dass in der nächsten Sitzung SenWiTechForsch zu diesem Thema befragt werden könne. Er schlage vor, dass man deshalb heute auf die Anforderung eines schriftlichen Berichts verzichte.

Nicole Ludwig (GRÜNE) stimmt dem zu.

Vorsitzender Frédéric Verrycken stellt fest, dass keine weitere Wortmeldung vorliege und die Beratung zu Kapitel 0586 insoweit abgeschlossen sei.

Kapitel 0587 – Landesverwaltungsamt - Zentraler Personalservice - - Personalverwaltung -

Titelübergreifend

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Kapitel 0587:

Nr. 182: Shared Services (S. 234)

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 182 der Sammelvorlage rote Nr. 2386 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 0588 – Landesverwaltungsamt - Zentraler Personalservice - - Versorgung und Beihilfe -

Titelübergreifend

Aus dem Fachausschuss

Sammelvorlage SenInnSport – ZS A/III C – vom
15.09.2015

[2386](#)
Haupt

Kapitel 0588:

Nr. 183: Bearbeitungsdauer Beihilfeanträge (S. 236)

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss InnSichO

S. 358: **Titel 11903 – Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen –**

Stefanie Remlinger (GRÜNE) beantragt Zurückstellung dieses Titels zur zweiten Lesung.

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 183 der Sammelvorlage rote Nr. 2386 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Vorsitzender Frédéric Verrycken stellt fest, dass damit die erste Lesung des Einzelplans 5 beendet sei.

Punkt 11 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.